Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 9 (1980)

Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 9. Jahrgang Nr. 3 März 1980 **Kiosk Fr. 2.–**

das konzept

mit bücher service Seite 14

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz Auflage 32 000

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30
D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel Tel. (061) 22 41 41
Postfach 1351, CH-3001 Bern Tel. (031) 25 88 05

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 20.– (Ausl. 26.–), PC-Konto 80-37626

Ex-Nazis im Atomgeschäft:
Sulzers «saubere» Geschäftspartner *S. 3*

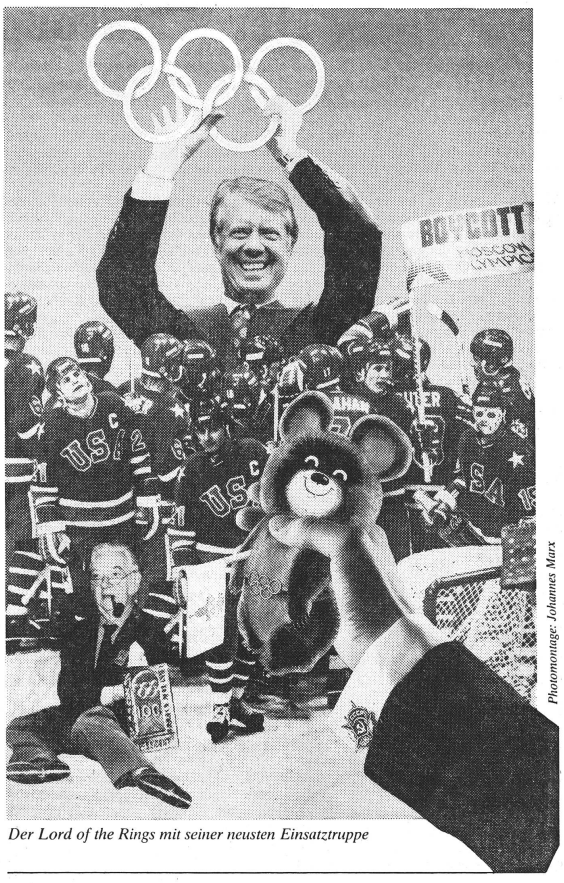
Rudolf Bahro, Niklaus Meienberg:
Diskussion um Afghanistan *S. 3/4*

Frauen und Militär:
Peggy Parnass: Das gleiche Recht zu töten? *S. 5*

«Grün 80» in Basel:
Des Schweizers grösster Schrebergarten *S. 7*

Reaktion und Kommerz bemühen sich um Radio und TV:
Der Griff nach den Medien *S. 9*

Der Herr der Ringe



Photomontage: Johannes Marx

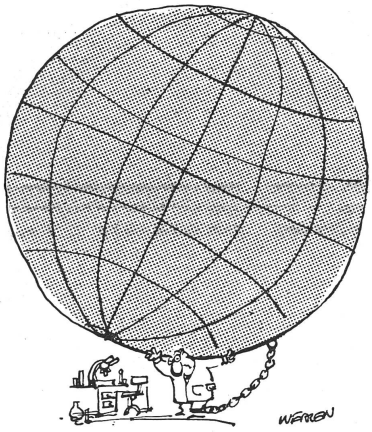
Der Lord of the Rings mit seiner neusten Einsatztruppe

Vor dem Gösgen-Entscheid des Bundesrats

Urteil aus dem hohlen Bauch

*Von Alex Oberholzer, Präsident der ÜBA SO/AG**

Der Bundesrat – die politische, nicht eine richterliche Behörde also – wird in diesem Sommer darüber befinden, ob das Atomkraftwerk Gösgen sicher sei, ob der Betrieb so weitergehen darf oder ob zusätzliche Sicherheitsauflagen gemacht werden müssen. An den Hearings über das AKW, wo die für den Entscheid wichtigen Informationen zusammenkamen, ist allerdings kein Bundesrat je aufgetaucht.



Die Welt – für Bürokraten ein paar Nummern zu gross?

Es ist das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, welches damit beauftragt ist, zuhanden des Bundesrats den Gösgen-Entscheid vorzubereiten. Der Chef des Departements, *Bundesrat Furgler*, delegiert an den Chef des Bundesamts für Justiz, dieser wiederum an den *Zentralen Dienst für Beschwerden an den Bundesrat*, eine ihm untergeordnete Verwaltungsinstanz. Dieser Zentrale Dienst, ein Juristengremium unter Leitung von *Dr. Werner Braunschweiger*, hat Antrag zu stellen an den Bundesrat.

Mut und gute Argumente

Dr. Braunschweiger ist Adjunkt im Justizdepartement und vollamtlich damit beschäftigt, die Beschwerden gegen die Atomkraftwerke zu behandeln. In dieser Funktion hat er auch bereits den ablehnenden Entscheid betreffend die aufschiebende Wirkung der Beschwerden entworfen (vgl. Kasten «Das waren die Gösgen-Hearings»).

Unter solch schlechten Voraussetzungen braucht es schon den Mut der Verzweiflung – oder gute Argumente –, um überhaupt in ein Beschwerdeverfahren einzusteigen. Die Beschwerdeführer haben von beidem mitgebracht! Die Experten, welche von den Beschwerdeführern angerufen worden waren, haben Fragen und Probleme aufgeworfen, welche von seiten der AKW-Befürworter nicht beantwortet werden konnten, und solche, welche die Behörden gar nicht erst berücksichtigt hatten. Zweimal während des Beweisverfahrens musste das Atomkraftwerk Gösgen wegen technischer Pannen abgestellt werden. Auch wenn es offenbar nicht gravierende Zwischenfälle waren, haben sie doch ganz deutlich gezeigt, dass die Einwände und Bedenken der Beschwerdeführer nicht aus der Luft gegriffen sind.

Dr. Braunschweiger und sein Behördengremium haben sich während der Gespräche mit mehr oder weniger Erfolg bemüht, den Schein von Objektivität zu wahren. Der Gesprächsleiter hatte aber – von der Sicherheit der AKW überzeugt – bereits Partei genommen. Einwände, die von seiten der AKW-Gegner-Experten vorgebracht wurden, fanden nur widerwärtig Gehör. Beispielsweise konnte Dr. Braunschweiger nicht verstehen, dass beim Betrieb eines Atomkraftwerks auch auf schwangere Frauen Rücksicht genommen werden muss, weil Föten erheblich strahlengefährdeter sind. Einem Experten gegenüber meinte er *man könne doch nicht wegen ein paar Schwangeren das AKW abstellen.*

Flaue Juristen urteilen über die Energiefrage

Man hatte über weite Strecken den Eindruck, dass die Behörden – *durchwegs Juristen* – die Argumentation der wissenschaftlichen Experten nicht verstanden, ja dass sie sich nicht einmal besonders dafür interessierten. Nur ganz selten kam von ihrer Seite eine Frage an die Experten. Einhalten des Terminplans und der Kaffeepausen schien einen höheren Stellenwert einzunehmen als das Erzielen von Resultaten. Zeitdruck führte immer wieder dazu, dass der Vorsitzende nur unwirsch auf Fragen einging und die Experten zur Kürze mahnte.

Auch nach den Gesprächen bestehen noch eine Vielzahl offener und zuwenig diskutierter Fragen, zu denen die Behörden in ihrem Entscheid aber werden Stellung nehmen müssen. Die Juristen allein sind dieser Aufgabe kaum gewachsen, auch dann nicht, wenn sie sich auf die Protokolle der Gespräche stützen. Es besteht die Gefahr, dass sie sich nun an ihre Kollegen von der Energiebehörde wenden, an die Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA) und an die Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen (ASK): Auf deren Begutachtung aber beruht die angefochtene Bewilligung, über die der Bundesrat jetzt entscheiden muss. KSA und ASK sind deshalb selber Partei; gegen sie – wie auch gegen die Kernkraftwerk Gösgen AG – richtet sich die Beschwerde.

Keiner der Bundesräte, welche schliesslich entscheiden werden, war je an den Gesprächen anwesend, um sich selbst ein Bild von den Diskussionen zu machen. Sie werden bei ihrem Entscheid allein auf die Informationen von Dr. Braunschweiger angewiesen sein. Wenn aber die entscheidenden Behörden nicht einmal das Beweisverfahren mitanhören, verkommt die Diskussion von Sachfragen, mit welcher die Behörden ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen wollten, zur reinen Alibiübung. ●

* Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Solothurn /Aargau

Das waren die Gösgen-Hearings

Das Energiewirtschaftsdepartement erteilte dem Atomkraftwerk Gösgen am 29. 9. 1978 die Inbetriebnahmebewilligung. Trotz unzähligen Beschwerden gegen diese Verfügung durfte der Betrieb des Atomkraftwerks aufgenommen werden. Denn der Bundesrat, die Beschwerdeinstanz, hatte allen eventuellen Einsprachen vorsorglich die aufschiebende Wirkung entzogen. Das Risiko, meinte er in seinem Entscheid, sei tragbar: Man müsse nicht den Beschwerdeentscheid abwarten, um das Atomkraftwerk in Betrieb zu setzen. Schliesslich nehme man auch jährlich Tausende von Verkehrstoten in Kauf. Als dann die Beschwerden kamen, musste die zuständige Behörde, das Bundesamt für Justiz (!), erkennen, dass die vorgebrachten Argumente und der damit verbundene politische Druck nicht ohne weitere Umtriebe unter den Teppich gewischt werden konnten. Der Antrag der Beschwerdeführer auf Anhörung von Experten durch die zuständige Instanz (Hearings) musste deshalb wohl oder übel akzeptiert werden.

Aber wie? Das Bundesamt für Justiz schloss kurzerhand die Öffentlichkeit vom Verfahren aus und verlangte einen Kostenvorschuss von 15 000 Franken, die von den Beschwerdeführern aufgebracht werden mussten. Flugblattitel der Atomkraftgegner von Solothurn/Aargau: «Ohne Geld kein Recht!» Damit nicht genug. Wichtige Problemkreise wie *Atommüll, Strombedarf* und die nach spätestens 25 Jahren Betriebszeit fällige *Stillegung des AKW* wurden aus dem Fragenkatalog gestrichen.

Acht Tage diskutierten von morgens 8.30 bis abends 18.00 Uhr dreissig Fachberater und Parteivertreter. Auf der einen Seite das angeklagte Amt für Energiewirtschaft, welches die Gösgen-Bewilligung erteilt hatte, in trauter Gemeinsamkeit mit den Direktoren und Mitarbeitern des AKW Gösgen und auf der anderen Seite die beschwerdeführenden Atomkraftgegner mit ihren Anwälten und Fachberatern.

Experten beurteilen die «Sicherheit» von Atomkraftwerken

Wem ist Gösgen noch geheuer?

Von Ruedi Bühler und Ueli Kasser[1]

Der Kampf gegen Atomkraftwerke muss weitergehen. Die Hearings haben keine Fronten aufgelöst. Immerhin: auch den Beratern der AKW-Lobby ist der heutige Atombetrieb nicht mehr ganz geheuer.

Das AKW Gösgen muss abgestellt werden, weil der Schutz von Leben und Gesundheit nicht gewährleistet werden kann. Dies folgerten die Atomkraftwerkgegner aus den achttägigen Anhörungen verschiedener wissenschaftlicher Experten zur Frage der Sicherheit der Atomkraftwerke und speziell zu Gösgen. Für die eidgenössischen Behörden ist die Sicherheit des AKW Gösgen weiterhin gegeben. Es darf und soll weiter betrieben werden. – Wie wurden während der Hearings Werte wie Leben und Sicherheit gemessen?

Gösgen kann morgen explodieren

Die Diskussion um *Unfallfolgen* und *Unfallwahrscheinlichkeiten* hatte bei den *Gösgen-Hearings* einen grossen Stellenwert. In Abweichung von den bisherigen Verlautbarungen der eidgenössischen Experten und der AKW-Betreiber stellten die beiden vom Bundesrat vorgeladenen *Oberexperten*[2] übereinstimmend fest: Bei einem sehr schweren Unfall (Kernschmelzen mit anschliessender Dampfexplosion und Freisetzung grosser Mengen von Radioaktivität in die Luft) werden riesige Gebiete radioaktiv verseucht, in einem Ausmass, *dass dort Leben nicht mehr möglich sein wird.*

Gösgen liegt in dieser Hinsicht ganz besonders ungünstig. In der Hauptwindrichtung, bei Westwind, sind Aarau, Baden, Brugg, Zürich, Winterthur und Konstanz von der radioaktiven Wolke und ihren Niederschlägen betroffen. Bei Ostwind liegen Olten, Solothurn, Grenchen, Biel, Bern, Freiburg, Lausanne und Genf im radioaktiven Strahlungsfeld. An vier von fünf Tagen bläst in Gösgen der Ost- oder Westwind.

Die Oberexperten waren sich also einig, dass bei solchen Unfällen die Region, in der sofort tödlich wirkende Strahlendosen auftreten, weit über Aarau und Olten hinausreicht. Das AKW Gösgen und die schweizerischen Behörden aber haben die Alarmzone 1, in der kurzfristig hohe Dosen erwartet werden (bis 100 rem[3]), auf den Umkreis von fünf Kilometern um das AKW beschränkt. Nicht einmal die Städte Olten und Aarau sind darin enthalten.

Bei einem schweren Unfall sind je nach Wetterlage und Schutzmassnahmen bereits in den ersten Monaten zwischen 5000 und 100 000 Tote zu erwarten. Angesichts der Ungeheuerlichkeit dieser Unfallfolgen mussten sich auch die Oberexperten sagen, dass ihre Differenzen in den Berechnungen nicht mehr ins Gewicht fallen. Und die langfristigen Auswirkungen sind nicht weniger erschreckend: Aus riesigen Gebieten,

Fortsetzung auf Seite 8

Auch in Zürich, 50 km in Windrichtung, ist in den ersten drei Monaten nach dem Unfall eine Dosis von mehr als 100 rem zu erwarten. Noch nach fünf Jahren wäre die Jahresdosis gefährlich (30 bis 100 rem). Diese radioaktive Belastung würde in einer Agglomeration wie Zürich jährlich bis zu 50 000 Krebstote verursachen. Noch nach Jahren aktiver Entgiftungskampagnen würden jedes Jahr noch 100 Leute zusätzlich an Krebs sterben.

[1] Wissenschaftliche Berater der Beschwerdeführer (AKW-Gegner) an den Gösgen-Hearings.

[2] Die vom Bundesrat gewählten Fachleute werden im Unterschied zu den wissenschaftlichen Beratern der AKW-Befürwortern bzw. AKW-Gegner offiziell als *Ober*experten bezeichnet. Dass es entgegen den üblichen Gepflogenheiten bei solchen Verfahren bei sozusagen jedem Thema *zwei* (einer für jede Seite) sind, hat seinen Grund darin, dass die AKW-Frage auch auf objektiver Wissenschaftsebene *kontrovers* eingeschätzt wird.

[3] Die *kosmische Strahlung*, mit der ein Schweizer jährlich belastet wird, beträgt etwa 100 millirem, das heisst ein Tausendstel von 100 rem. Die Schweizerische Strahlenschutzkommission begrenzt die künstliche Strahlenbelastung auf 500 millirem (inklusive Röntgenuntersuchung) pro Jahr. Ein AKW darf die ansässige Bevölkerung höchstens mit 40 millirem belasten.

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Wie ich meinen Bruder zum Grossrat machte

Der Wahlcoup von Wattwil

Er war aussichtsloser Kandidat auf der SP-Liste für den sanktgallischen Kantonsrat gewesen. Doch dann machte ein Gaga-Inserat das Unmögliche zur Toggenburger Wahlsensation.

Schon zum zweitenmal stellte sich mein Bruder Daniel der SP Neutoggenburg als Listenfüller zur Verfügung. Der Ausdruck stimmt, denn nach den letzten Wahlen lag er an letzter Stelle und nichts, aber auch gar nichts sprach dafür, dass es diesmal anders aussehen würde. Denn Daniel ist der eher öffentlichkeitsscheue Einzelgänger geblieben, den man mehr hinter Ständen von Amnesty International, Terre des hommes oder SP als in Beizen sieht. Ausserdem lässt er sich schwer in ein Schema einordnen, indem er einerseits als *einsatzfreudiger Primarlehrer, Christ und Sportfreund* bürgerliche Wertvorstellungen geradezu mustergültig erfüllt, anderseits aber immer wieder durch «ungeschicktes» Abweichen auffällt, sei es, dass er sich in Leserbriefen *auf die Seite von diskriminierten Strafgefangenen stellt,* Autofahrer an Verkehrsampeln zum Abschalten des Motors auffordert oder *arbeitslose Schutzbefohlene in seiner Wohnung aufnimmt.*

Das war also die Ausgangslage, als mir Daniel etwa 2 Monate vor den Wahlen von seiner Wiederkandidatur erzählte. Ich sah für ihn eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder den trostlosen «Wahlkampf»-Kelch tapfer an sich vorübergehen lassen oder – den Spielraum voll ausnützen, etwas riskieren, ein *Farbtupferl* setzen.

Für jeden etwas

Viel konnte ich allerdings von Basel aus (wo ich wohne) nicht helfen. Oder doch? Ich beschloss, ein Inserat zu entwerfen, das möglichst viele Leser irritiert, aktiviert, provoziert und dabei gleichzeitig für Daniel wirbt. Das «Negativ-Inserat» erlaubte mir, *in unbotmässig negativer Form positive Aussagen* zu machen. Die «Anschuldigungen» habe ich bewusst so konzipiert und formuliert, dass praktisch jeder Leser «seinen» Anstoss findet, dass sich jeder darin als möglichen Mit-Angegriffenen wiedererkennt.

Ich telefonierte dann den Inseratetext einem Vertrauensmann durch, der das übrige besorgte. Und nachdem es erst danach aussah, als ob sich das (freisinnige) Lokalblatt «Toggenburger» weigere, das «sehr ungewöhnliche» Inserat abzudrucken, erschien es dann doch – und zwar genau *eine Woche vor den Wahlen.*

Wählen Sie diesen Mann

nicht!

denn Daniel Rittmeyer (34, aus Ulisbach)

- **geht für umstrittene Organisationen (Terre des hommes uam.) auf die Strasse,**
- **betreibt zwar Sport, aber ohne jegliche Leistungsorientierung,**
- **bekennt sich als Umweltschützer, fährt aber Motorrad,**
- **erscheint stets in ungepflegter Manier**
- **gibt sich als Kinderfreund, hat aber keine.**

Aktion für landesübliche Volksvertreter

3308

«Angriff» zurückgeschlagen

Das Inserat schlug wie eine Bombe ein. Daniels Telefon war permanent besetzt durch Freunde, Kollegen, Eltern, aber auch durch völlig Unbekannte. Grundtenor: helle Empörung. In der Montagausgabe erschienen dann die ersten Leserbriefe – *durchwegs Solidaritätsbekundungen,* darunter als prominentester Schreiber der *Schulpräsident,* der den vermeintlichen Angriff mit einer Würdigung für Daniels Leistungen als Lehrer konterte. Andere wieder gingen auf den Inseratetext ein und setzten den Anschuldigungen entkräftende Details entgegen *(«. . . man sieht ihn mehr auf dem Velo als auf dem Motorrad»)* oder forderten von der anonymen «Aktion» eine Definition von «Gepflegtsein». Auch die nächste Zeitungsausgabe enthielt ausführliche Zuschriften, und gar der «Blick» war fünfspaltig dabei.

Reaktionen aber auch von der Freisinnigen Partei, die sofort Kontraproduktivität witterte und alles unternahm, um die Urheberschaft herauszubekommen. So wurde der Inseratüberbringer (durch Indiskretion) ermittelt und stark, aber umsonst bedrängt, die «Täterschaft» zu nennen.

Verdächtigungen und Beschuldigungen wurden allmählich so penetrant und absurd, dass sich mein Bruder in letzter Minute (Freitagausgabe) zu einer von mir gezeichneten *«Klarstellung» («. . . möchte ich mich für die entstandene Aufregung und die dadurch verursachten Missverständnisse in aller Form . . . entschuldigen»)* entschloss. Die Sache schien damit gelaufen. Wir machten uns auf eine böse Schlappe, eventuell gar auf den Verlust des einzigen SP-Sitzes gefasst . . . Und dann das Ergebnis: nicht nur die SP machte den Sitz, sondern gar – mit vielen Panaschierstimmen – mein Bruder! Die Sensation war perfekt.

Die Ehrlichkeit der Antiwerbung

Waren es ausschliesslich «Troststimmen» (wie bürgerlicherseits immer wieder behauptet wird), die den Erfolg ermöglicht haben? Wohl kaum. Wer eine solche Welle von öffentlichen Solidaritätsbekundungen erfährt, bedarf keines Trostes mehr. Zudem wurden die Stimmbürger in aller Form und noch vor Urnenöffnung darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Angriff inszeniert war. Die Annahme, dass es *viel eher Unterstützungs- und Sympathiestimmen* gewesen sind, scheint mir wahrscheinlicher.

Der Wahlcoup von Wattwil ist eine frappante Demaskierung des herrschenden blutleeren, ätzend-öden politischen Klimas hierzulande. Er hat gezeigt, dass viele Leute die seriösen, synthetischen, gepflegten Fassadensprüche über haben.

Dieses wohl spür-, aber nicht fassbare Unbehagen war die Grundlage zu unserem Erfolg. Es war eine Art *homöopathische Behandlung* nach dem Motto: Was ist ehrlicher – die Ehrlichkeit von Positivwerbung oder die Unehrlichkeit von Negativwerbung?

Natürlich ist zu hoffen, dass das Beispiel – in dieser oder irgendwelcher Form – Schule macht. Die Chancen sind nicht schlecht. Denn: es gibt in diesem Land eine Stimmung gegen Veränderer, Konsumverweigerer, Nonkonformisten – gewiss. Aber es gibt auch eine latent mindestens so grosse *Stimmung gegen Verödung, Verdummung, Aushöhlung.* Wenn es gelingt, diese Stimmung aufzuzeigen und umzusetzen, dann gibt's nicht nur Wahlkampfstimmung, dann gibt's sogar Siegesstimmung.

Joachim Rittmeyer, Kabarettist

Warum wurde er von der Polizei spitalreif geprügelt?

Kein Recht auf Wahrheit

Ein unschuldiger Bürger wird von einer Polizeistreife offensichtlich grundlos spitalreif geschlagen – für den zuständigen Polizeidirektor noch lange kein Anlass, die ganze Wahrheit zu sagen.

fh. Zweimal musste Polizeidirektor Robert Bauder im Berner Kantonsparlament um Auskunft gebeten werden, bis er mit einem Teil der Wahrheit herausrückte: Eine erste Interpellation zum Fall eines im Mai 1978 brutal misshandelten 58jährigen Mannes tat der bernische FDP-Polizeidirektor mit – unwahren – Hinweisen auf ein angeblich noch laufendes Strafverfahren ab. Als die Fragen ein zweites Mal gestellt wurden, wiederholte er seine falsche Behauptung (wider besseres Wissen?) und wich den zentralen Fragen aus.

Verschwiegen, vertuscht, verfälscht

Was Bauder verschwieg: Die sechs beteiligten Polizisten hatten einen Vergleich unterzeichnet, der einer vollen Schuldanerkennung gleichkommt (Übernahme sämtlicher Gerichts- und Anwaltskosten, Zahlung eines Schmerzensgelds).

Was Bauder vertuschte: Die Frage nach der Motivation der Polizisten für ihre *«sehr unerfreuliche»* Aktion blieb auch nach zweimaliger Parlamentsbehandlung unbeantwortet. Eine Folgerung lässt sich immerhin daraus ziehen: D. konnte und kann überhaupt nichts vorgeworfen werden.

Was Bauder verfälschte: Dem Grossen Rat, der derartige Einzelheiten natürlich nicht überprüfen kann, erklärte Bauder, der Betroffene habe sich bei seiner irrtümlichen Verhaftung zur Wehr gesetzt («Bund» vom 19. 2.) und die Polizisten hätten einen Einbrecher vor sich geglaubt. Dem steht die Tatsache entgegen, dass die Misshandlungen *während rund einer Viertelstunde fortgesetzt* wurden, obwohl das Opfer – kurzzeitig bewusstlos – längst in Handschellen gelegt war. Und: Die Einbrecherthese wird dadurch entkräftet, dass einer der prügelnden Beamten *mit der Familie des Misshandelten bekannt* ist.

«Kurz spitz überwältigt»

Zwei Zeugen: *«Wir trauten unseren Augen nicht, als wir zusehen mussten, wie brutal und roh dieser vollkommen wehrlose Mann . . . behandelt wurde. Er stand in verkrümmter Haltung da, beide Arme wurden ihm zwangsweise auf dem Rücken festgehalten* (von weitem waren die Handschellen nicht zu erkennen; Anm. fh.), *und der Mann schrie vor Schmerzen einige Male auf.»*

Der 58jährige Mann – er hatte hinter dem Haus ein Geräusch gehört, wollte nachsehen und wurde beim Verlassen des Hauses niedergestreckt – war drei Wochen gänzlich arbeitsunfähig, musste weitere drei Wochen Erholungsurlaub nehmen und war insgesamt acht Monate in ärztlicher Behandlung. Der Arzt diagnostizierte *zahlreiche Blutergüsse am ganzen Körper, Infiltration der Brustdrüse und einen kleinen Brustfellerguss.*

Noch heute muss D. Beruhigungsmittel schlucken. In der Sprache des Polizeirapports: *«Kurz spitz wurde der Unbekannte, welcher sich wehrte* (was dieser bestreitet; fh.), *überwältigt . . .»*

*

Bedenklich ist in diesem Fall nicht in erster Linie das Verhalten der – inzwischen disziplinarisch bestraften – polizeilichen Täter, die in Zeiten der Terrorhysterie (Mai 1978: «Schüsse von Gösgen», Heusler-Mord), milde ausgedrückt, hart zugefasst haben. Unverständlich bleibt das Bemühen des vorgesetzten Politikers, auch zwei Jahre danach mit dem Ausdruck des Bedauerns exakte Antworten auf präzise Fragen zu verweigern. Wird damit nicht dem Klima der leichtfertigen Gewaltanwendung obrigkeitlich Vorschub geleistet? *Fredi Hänni*

Von einem Schuss aus der Dienstwaffe eines Kantonspolizisten getroffen, wurde am 27. Februar ein Mofa-Fahrer aus Heimberg BE schwer verletzt ins Spital eingeliefert. Einer von vier gegen den Boden abgefeuerten Schüsse war «vom Asphalt abgeprallt, durchschlug die Rückenlehne des Mofas und drang in den Körper des jungen Mannes ein», wie der Untersuchungsrichter mitteilte. Der Polizist, nach

G. Seyfried

kurzer Untersuchungshaft freigelassen, machte geltend, der Bursche sei mit einem «frisierten» Töffli gefahren und habe sich – wie schon früher bei ähnlicher Gelegenheit – einer Kontrolle durch Flucht entziehen wollen. Droht die im nahen Ausland geübte Praxis des gezielten Todesschusses auch in der Schweiz Schule zu machen?

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Herzlichen Dank, liebe Frau *N. Z.* in *Zürich,* für Ihre regelmässigen Zuschriften. Sie sind wirklich ein Dauerbrenner. Diesmal scheinen Sie aber einer Falschinformation aufgesessen zu sein. Es fällt uns schwer zu glauben, dass zum 200-Jahr-Jubiläum Ihres Leibblattes auch Breschnew gratuliert haben soll. Wir sind die Liste der Gratulanten nochmals durchgegangen und vermuten nun, dass Sie Breschnew – ein leicht verständlicher Irrtum – und den US-Sicherheitsberater Breschinski verwechselt haben. Der Teufel liegt im Detail!

*

Liebe *P. D.* in *A.*, Sie gehen natürlich fehl in der Annahme, die Mitglieder der Nationalen Aktion hätten im Sinn, den Präsidenten der PdA, Armand Magnin, in den Bärengraben zu werfen, wie in Paris eine «Nationalistische Interventionsgruppe» mit dem KPF-Chef Marchais verfahren ist, den sie zuvor aus einem Wachsfigurenkabinett gestohlen hatte. Die NA käme nie auf die Idee, «friedliebende Braunbären zu gefährden», wie der Direktor des Pariser Zoos die Aktion kommentierte. Die NA ist wenn nicht menschen-, so doch sicher *tier*liebend.

echo

Handfeste Fehler

Wir haben in der Februar-Nummer einen Leserbrief des «Ropress»-Kollektives abgedruckt, einen zweiten des «tell»-Kollektives jedoch deshalb weggelassen, weil der Inhalt in etwa derselbe ist. Das «tell»-Kollektiv besteht jedoch aufeinem Abdruck.

«Keine (Schaden-)Freude», Kommentar der «konzept»-Redaktion zur geplatzten Fusion, in Nr. 2/80

In eurem Kommentar zur «tell»-Konfusion habt ihr nicht nur «etwas vereinfacht», wie ihr das selber schreibt. Sondern es sind auch ganz handfeste Fehler darin enthalten: «focus» und Ropress sind nicht indentisch. Von rund 30 ehemaligen «focus»-Machern sind nur 5 aus der Ropress. Und im «tell» ist die Minderheit noch ausgeprägter. Von 46 Leuten im entscheidenden Herausgeberverein (fifty-fifty Ex-«LZ» und Ex-«focus» sind nur 4 aus der Ropress. Solche konkreten Vernetzungen der Alternativbetriebe finden wir im Gegensatz zu eurer dämonisierenden Darstellung äusserst positiv.

Die Ausführungen über die Kontrolle der Produktionsmittel treffen auch nicht zu. Zunächst einmal: Das wichtigste Produktionsmittel einer Zeitung ist die Redaktion, die Köpfe, die recherchieren, schreiben, redigieren . . . Hier kann man von einer «focus»-Kontrolle überhaupt nicht sprechen. Die Druckerei des «tell» – ebenfalls sehr wichtig – ist ein normaler Kommerzbetrieb, eine Aktiengesellschaft aus Glattbrugg. Niemand vom «tell» besitzt Aktien oder andere Kontrollmittel über dieses Unternehmen. Es erstaunt uns, dass ihr, die ihr doch beim Monopolbetrieb «Tages-Anzeiger» drucken lässt, bei uns spezielle Produktionsmittelabhängigkeiten vermutet. Auch bei den Finanzen ist «tell» nur von seinen Lesern abhängig. Wir haben keine anderen Quellen, die irgendeinen Einfluss geltend machen könnten, auch keine Inserenten à la ITT.

Der «tell» ist jetzt nach der Konfusion erst recht kein «Links-Insider-Blatt». Die verbleibenden «tell»-Macher haben sich nie gegen eine offene und widersprüchliche Zeitung gewandt. Gestritten wurde nur über das Wie. Und die ersten Nach-Konfusion-Nummern sind da schon sehr viel überzeugender. Die Leser haben wieder Spass am «tell», wie die Reaktionen zeigen.

Wieso ums Himmels willen habt ihr nicht mit uns gesprochen, bevor ihr diesen Seich ins «konzept» schriebt? Oder habt ihr solche Berührungsängste, dass ihr auch die einfachste Journalistenregel vergessen habt, dass man ohne gründliche Recherche und ohne die Angeschossenen persönlich damit zu konfrontieren, keine solchen Kommentare ins Heft bringen sollte? *Die «tell»-Macher*

Jargon als Markenzeichen?

«Diggelmann wird abgedankt» von Niklaus Meienberg in «das konzept» in Nr. 1/80

Was hat Meienberg eigentlich noch zu sagen? Ich werde den Verdacht nicht los, seine Artikel würden immer mehr zu schönen Geschichten mit dem Zweck, eine süffige Sprache unter die Leute zu bringen. Wollen Sie, Meienberg, sich mit ihrem Jargon eigentlich ein Markenzeichen schaffen?

Es ist ja schon berechtigt, sich über Beerdigungszeremonien lustig zu machen. Aber erklären Sie doch bitte einmal, was diese mit «bürgerlich oder nichtbürgerlich» zu tun haben sollen? Ist denn der Gesellschaft geholfen, wenn das Begräbnis – wenn möglich aufgrund Ihres Einflusses – zu einem Freudenfest wird?

Hat denn der von Ihnen so heissgeliebte Begriff «konkret» nicht noch etwas mehr zu bieten, als was man in Ihren Artikeln gegenwärtig zu Gesicht bekommt? *S. Kilchenmann*

Schmutzige Gedanken

«Prinz Charles und Bundesrat Kurt Furgler im Gespräch» in «das konzept» Nr. 2/80

Ein normal denkender Mensch kommt nicht auf so gemeine, schmutzige Gedanken, denn solche stammen nur aus entsprechender Kinderstube. Die einen lassen sich durch den Psychiater behandeln, und die andern suchen sich immer wieder ein Opfer. Wie würde wohl Ihr aufgedecktes Leben aussehen, wenn es dazu auch so übertrieben und gefälscht verschmutzt würde. Leider sind viele Menschen zu primitiv für die Freiheit. Sehr schade, wir könnten es so gut haben. *Ruth Zehnder*

Während andere der «NZZ» in der Jubiläumsnummer mit gespreizter Überschwenglichkeit und originell-gediegener Grafik gratulierten (und dabei auf einen kleinen «overspill» [Überschwapp] der angeregten Publicity hofften), liess die IBM *ihre* Seite bis auf eine zehnzentimetrige, als Agenturmeldung aufgemachte Notiz unschuldig weiss:

«Die IBM Schweiz möchte zum 200jährigen Jubiläum der ‹NZZ› einmal an die Hundertausende erinnern, die nie in die Zeitung kommen, obschon sie durch täglichen, gewissenhaften Einsatz eigentlich auch wesentlich zum Weltgeschehen beitragen. Also an die zahllosen Wissenschafter und Techniker, die zwar nicht Erfinder sind, aber Erfindungen für uns nutzbar machen. Also an die vielen Beamten, die zwar keine Regierungserklärungen abgeben, aber dafür sorgen, dass der Regierungsalltag funktioniert. Also an die Tausende von Arbeitnehmern, die zwar nicht Unternehmenspolitik machen, aber Unternehmenspolitik ermöglichen.»

Warum nicht: an alle die Millionen Soldaten, die den Krieg zwar nicht wollen, ihn aber mit dem Einsatz ihres Lebens bezahlen? – Die Liste liesse sich verlängern, an Zynismus gegenüber ihren «Sozialpartnern» ist die IBM aber nicht zu überbieten:

«Auch auf dieser Seite bleiben sie unerwähnt. Aber vielleicht einmal nicht ganz unbeachtet, wenn wir symbolisch Platz für sie frei lassen.»

Mehr fiel der IBM zu ihren Arbeitsuntertanen nicht ein.

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

«Freispruch» für Verteidiger

Als «unverhältnismässig» bezeichnete das schweizerische Bundesgericht die von der Bernischen Anwaltskammer ausgefällten lebenslänglichen Berufsverbote gegen die vier Verteidiger der als «Terroristen» verurteilten Gabriele Kröcher und Christian Möller. Damit hiess es eine staatsrechtliche Beschwerde der vier Anwälte gut. Dies ist aber nur ein bedingter «Freispruch» für die vier Rechtsanwälte. Im wesentlichen hiess das Bundesgericht die Argumentation der Bernischen Anwaltskammer gut (vgl. «das konzept» Nr.7/8, Juli/August 1979). So teilt es die Ansicht, dass die Durchführung der Pressekonferenzen standeswidrig war, und beanstandet die Presseerklärungen der Verteidiger, die vor allem die ausserordentlichen Haftbedingungen der beiden Angeschuldigten kritisierten. Mit diesem Urteil wird es für einen Anwalt in Zukunft unmöglich sein, sich in einem laufenden Verfahren in bezug auf die von ihm geführte Verteidigung in der Öffentlichkeit politisch zu äussern. Mit seinem scheinbar liberalen Urteil reagiert das Bundesgericht auf die in der schweizerischen Justizgeschichte bisher einmalige Ausnahmesituation – in bezug auf die Haftbedingungen und das Verfahren – wie die Bernische Anwaltskammer: es versucht einer kritischen Verteidigung von Anfang an einen Riegel zu schieben. Unter dem Titel «Die Verteidigung auf der Strafbank» ist vom Anwaltskollektiv Zürich eine Dokumentation zu den Ereignissen von der Verhaftung der beiden «Terroristen» bis zum erwähnten Bundesgerichtsentscheid herausgegeben worden. (Zu beziehen bei: Eco-Verlag, Postfach, 8021 Zürich, 5 Franken.)

das konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Balmer (Bern), Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter, Daniel Wiener (Basel).

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 20 Fr. (Ausl. 26 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile (27 mm) –.68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 4/80: 31. 3. 80
Inserateschluss: Nr. 4/80: 3. 4. 80

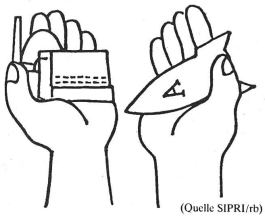
Der Schweizer Beitrag zur atomaren Aufrüstung Argentiniens

Sulzers «saubere» Geschäftspartner

Von unserem Berner Mitarbeiter Ruedi Balmer

Wenn eine Schweizer Firma Atomtechnologie exportieren will – wie im neusten Fall die Sulzer AG nach Argentinien –, braucht sie eine bundesrätliche Bewilligung. Bedingung dafür ist in erster Linie die Garantie der «friedlichen Nutzung». Wie friedlich allerdings Argentinien (und andere Diktaturen) mit der Atomtechnik umzugehen gedenkt, zeigt unser Bericht. Sulzers Atomtechnikpartner waren Männer Hitlers.

Die Firma Sulzer darf an Argentinien eine Anlage zur Schwerwasseraufbereitung mit einer Kapazität von 250 t jährlich liefern. Eine entsprechende Exportbewilligung der Schweizer Behörden wurde Ende Januar bekannt. Gegen diesen 500-Millionen-Auftrag wollte weder das Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft noch das Departement Aubert etwas einwenden. Für Argentinien ist die Schwerwasseraufbereitung von *«nationalem Interesse»*, wird doch die Militärjunta damit vom Schwerwasserimport aus Kanada unabhängig.



(Quelle SIPRI/rb)

Argentinien gelangt dadurch neben Brasilien praktisch in den Besitz des ganzen nuklearen Zyklus, der den Betrieb von Atomkraftwerken ermöglicht – aber auch die Voraussetzungen schafft für die Herstellung von Atombomben. Im Besitz von Reaktor sowie Anlagen zur Uran- und Schwerwasseraufbereitung, können sich die Regierungen in Argentinien und Brasilien, die beide den Atomwaffensperrvertrag *nicht* unterzeichnet haben, weitgehend internationalen Kontrollen entziehen. Die Entdeckung und Förderung von Uran und Thoriumvorkommen in Brasilien sowie das brasilianisch-irakische Abkommen zum Uranabbau im Irak unterstützen diese Bestrebungen.

Eine Atombombe in der Hand von General Videla oder General Figueiredo, das ist mehr als eine erschreckende Vision, das ist in naher Zukunft eine Tatsache. Was den beiden Regimes zum Eintritt in den Klub der Atommächte noch fehlt, sind die zum Bombentransport fähigen Raketen.

Wie konnte es soweit kommen?

Auf dem brasilianischen Raketentestgelände *Barreiro do Inferno* werden seit Sommer 1979 intensive Versuche durchgeführt: Bis 1981 soll eine Rakete fertiggestellt sein, die 300 kg Last auf eine Höhe von 1000 km tragen kann. Der argentinische Partner/Rivale in dieser Region wird da wohl nicht lange hintanstehen wollen.

Sowohl Brasilien wie Argentinien konnten seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Arbeit und die Kenntnisse namhafter deutscher Wissenschaftler zählen, die zum Teil schon für Hitler mit der Erfindung der Atombombe bzw. ihrer Herstellung beschäftigt gewesen waren. Im September 1979 enthüllte der Herausgeber der brasilianischen Zeitschrift «Abertura Cultural», *Otto Buchsbaum**, wie ehemalige *Nazi-Atomforscher* durch die Zusammenarbeit mit Brasilien und Argentinien die Kontinuität der deutschen Kernforschung und Atomwaffenentwicklung wahren konnten.

Technologie für Atomwaffen?

Auf diese Wissenschaftler (vgl. Kasten) konnte 1955 der erste Atomminister der BRD, *F. J. Strauss,* bauen, und er lohnte es ihnen mit leitenden Posten in der entstehenden deutschen Atomlobby. In der *Deutschen Atomkommission* sammelten sich vor allem die in verschiedenen Firmen, Universitäten und Exilländern tätigen Ex-Nazi-Wissenschaftler. Von dort aus liefen die Fäden zu den Kernforschungszentren in Karlsruhe und Jülich, zu Hoechst, Siemens und der später gegründeten KWU (Kraftwerkunion). Die Entwicklung der Kernenergie in der BRD erfolgte weitgehend in Zusammenarbeit mit Brasilien und, weniger intensiv, mit Argentinien:

- Ronald Richters Atomlaboratorium Bariloche (Argentinien, gegründet 1945)
- geheime Herstellung einer ersten Zentrifuge zur Urananreicherung für Brasilien (1953) durch die Forscher Harteck, Groth und Bayerle
- Bau eines ersten Schwerwasserreaktors in Argentinien
- deutsch-brasilianisches «Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit» (1969) mit den Schwerpunkten Kern- und Weltraumforschung
- deutsch-brasilianischer Atomvertrag (1975), der die Lieferung von 8 Reaktoren des Typs Biblis, Urananreicherungs- und -wiederaufbereitungsanlage enthält, sowie gemeinsame Uranförderung in Brasilien
- Bau des Reaktors Atucha II in Argentinien
- systematische Zusammenarbeit zwischen KWU und der brasilianischen Nuclebras auch auf internationaler Ebene

Dies sind die Hauptstationen eines konsequent verfolgten Projekts, nämlich der Förderung der deutschen Kernforschung (inklusive Entwicklung von Atomwaffen) mit Hilfe von Diktaturen in Lateinamerika sowie unter Umgehung von Atomsperrvertrag und Viermächteabkommen, welche der BRD verbieten, Atombomben, strategische Raketen und andere Angriffswaffen herzustellen und zu erproben. Dass in den entscheidenden Schaltstellen der deutschen Atomlobby gerade Leute zu finden sind, die schon vor 1945 für Deutschland Atombomben fabrizieren wollten, ist darum ebensowenig ein Zufall wie die Wahl Brasiliens und Argentiniens als Partner.

Sulzer hilft aus der Patsche

Das Ziel der KWU ist es insbesondere auch, auf Brasilien für den billigeren Lizenzbau von Reaktoren für den Export auszuweichen. Abgesehen von den Produktionskosten gibt es dafür zwei politische Gründe: erstens die starke Atomgegnerschaft in der BRD und zweitens die Möglichkeit, ohne diplomatische Schwierigkeiten Nuklearanlagen an beliebige Diktaturen zu liefern.

Im Juli 1979 verhinderten kanadische AKW-Gegner und Gewerkschafter in Saint John die Verladung von schwerem Wasser für den argentinischen Reaktor in Rio Tercero und forderten gleichzeitig die Freilassung von 17 inhaftierten Gewerkschaftern. Diese exemplarische Aktion führte zur Befreiung von 7 Arbeitern aus Videlas Kerkern. Die Anlage zur Schwerwasseraufbereitung, die Sulzer nun liefern soll, befreit die argentinische Diktatur vom Risiko solch lästiger «Störfälle». Die Schweizer Firma «Protégé» der KWU, erscheint den argentinischen Generälen zudem als zuverlässigerer Partner als Kanada.

Von diesem Vertrauen wollen auch die Schweizer Behörden gern profitieren. Ihre Exportbewilligung stützt sich auf die schriftliche Zusicherung der Käufer, das produzierte schwere Wasser nur «für friedliche Zwecke» zu nutzen. Ausserdem können alle Exportgeschäfte als Arbeitsplatzbeschaffung ausgegeben werden; und die Schweiz will ja ihren Atommüll nach Argentinien verfrachten. Da wäscht eine Hand die andere. (Allerdings nimmt die Schweiz den Uranlieferboykott der Kanadier weiterhin in Kauf.)

Schon 1976, als der BBC ein Auftrag für Reaktoranlagen in Südafrika durch die Lappen ging, hatte das EPD die Proteste der Anti-Apartheid-Bewegung gegen eine allfällige Bewilligung mit den Argumenten abgetan, es handle sich erstens nicht um *«Kriegsmaterial»*, zweitens liefere Südafrika selber erklärtermassen Uran nur zur «friedlichen Verwendung» und drittens müsse in dieser Rezessionszeit die Exportwirtschaft gestärkt werden – mit vorzüglicher Hochachtung . . .

Die Aktion der kanadischen AKW-Gegner zeigt, dass die nukleare Aufrüstung von Diktaturen behindert werden kann. Die Gefahr, die von nuklear bewaffneten Diktaturen ausgeht, kann aber nur durch den Sturz dieser Regimes gebannt werden. In Brasilien gruppieren sich nicht nur Gewerkschaften und die Linke neu, bereits haben auch erste Aktionen zum Thema Umwelt (durch die Gruppe Resistencia Ecologica) stattgefunden. AKW-Gegner, Sozialisten und Antiimperialisten in der Schweiz finden hier einen wichtigen Ansatzpunkt zur Solidarität.

* Otto Buchsbaum wird Anfang Mai für eine Veranstaltungstournee in die Schweiz kommen (5. Mai in Bern, 10. Mai in Zürich). Weitere Veranstaltungen zum Thema «Export von Atomtechnologie in Entwicklungsländer» sind von der Gagak geplant, die hierzu demnächst eine Broschüre herausgeben wird.

Das Comeback von Hitlers Atomforschern

Am 10. August 1944 trafen sich im Hotel «Maison Rouge» im besetzten Strassburg Industrie- und Forschungskader des Dritten Reiches, um zu beraten, wie die Atom- und Raketenforschung und die daran beteiligten Persönlichkeiten «für Deutschland» gerettet werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Hitler den Krieg verlieren würde. Die atomare «Geheimwaffe» konnte nicht mehr «rechtzeitig» produziert werden, nachdem die Schwerwasserfabrik Norsk Hydro bombardiert und ein Schiff mit den restlichen Lagerbeständen von den Alliierten versenkt worden war.

Mehr als 500 Millionen Dollar wurden aus SS-Beständen lockergemacht, um das Exil der prominenten Nazis und die Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen. Dieser «weisen» Voraussicht ist es zu verdanken, dass Franz Josef Strauss 1955 als Atomminister diese Leute nur zu rufen brauchte, als er das Kader für die Entwicklung der deutschen Kernenergie zusammenstellte. Diese Nazi-Wissenschaftler und -Betriebsführer legten zusammen mit Strauss den Grundstein für die deutsche Atomlobby: Karl Winnacker, Karl Wirtz, Ernst Groth, Erich Bagge, Konrad Bayerle, Alfred Boettcher, Walther Schnurr, Paul Harteck, Roland Richter, Rudolf Greifeld. Die meisten von ihnen setzten schon bald nach Kriegsende ihre Karriere in der BRD, Argentinien oder Brasilien fort.

Zum Beispiel:

Alfred Boettcher: vor 1945 Direktor der Degussa, welche Brennelemente für deutsche Reaktoren herstellt und moderiert, Obersturmbannführer SS, wegen seiner Tätigkeit als SS-Kommandant in Leiden (Holland) 1949 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Danach wieder Degussa-Generaldirektor. 1960–66 wissenschaftlicher Direktor des Kernforschungszentrums Jülich, Mitglied der Deutschen Atomkommission, Redaktor der Springer-Zeitschrift *«Nukleonik»*, Leiter der Personalabteilung der Deutsch-Südafrikanischen und der Deutsch-Brasilianischen Zusammenarbeit im Bereich Kerntechnik.

Wilhelm Groth: vor 1945 zunächst Mitarbeiter an Isotopentrennungsprozessen bei der IG Farben (berüchtigt für ihre skrupellose Verwendung von Kriegsgefangenen bzw. Zwangsarbeitern), ab 1939 Politischer Leiter der NSDAP, Mitarbeiter beim Heereswaffenamt am Projekt Atombombe. Nach dem Krieg im Kernforschungszentrum Jülich beschäftigt sowie Direktor des Instituts für Physik und Chemie der Universität Bonn, Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Atomforums und der Deutschen Atomkommission.

Erich Bagge: an der Atomwaffenforschung für das Dritte Reich beschäftigt; noch 1957 in seinem Buch *«Von der Uranspaltung bis Calder Hall»* bedauert er, dass sie die Atombombe nicht hatten bauen können. Nach dem Krieg Mitglied der Deutschen Atomkommission und Leiter des Instituts für reine und angewandte Kernphysik der Universität Kiel.

Walther Schnurr: Waffenspezialist bei IG Farben, setzt sich nach Argentinien ab, von wo er 1955 von Strauss ins Atomministerium gerufen wird. 1956–70 wissenschaftlicher Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Danach Leiter des mit Jülich und Karlsruhe verbundenen Internationalen Bureaus. Er vermittelt den Bau des Atucha-Reaktors in Argentinien und den Verkauf von zwei Wiederaufbereitungsanlagen.

Die russische Friedenstaube

Martial Leiter

Von Prag nach Kabul

*Von Rudolf Bahro**

Seinerzeit habe ich gedacht und auch geschrieben, die militärische Polizeiaktion gegen die Prager Reform sei das grösste Verbrechen der Sowjetführer seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Das ist jetzt nur noch soweit richtig: Wenn wir damals durchgekommen wären, in Prag, und dann auch in Warschau, gar in Berlin, Hauptstadt der DDR, und wenn es dann in Moskau wenigstens eine Spur der Anpassung an eine solche neue Realität in der westeuropäischen Peripherie gegeben hätte – dann gäbe es jetzt nicht den Einmarsch in Afghanistan. Was auch immer sich der Rat der Ältesten im Kreml dabei gedacht haben mag: Das ist ein Verbrechen gegen den Frieden weit über Afghanistan hinaus, weit über die Stunde von Kabul hinaus. Das ist ein Verbrechen gegen Entspannung und Abrüstung. Das stellt die Niederwerfung des Prager Frühlings in den Schatten. Das übertrifft auch Dengs unverschämte «Lektion» für Vietnam.

*

Damals, 1968, hatte der schamlose Bruch des Völkerrechts eine für die ganze Weltöffentlichkeit einsehbare defensive Motivation. Die Novotnys[1] in allen Ländern des sowjetischen Blocks zitterten um ihre Machtpositionen, erschrokken bis ins Mark und bis ins Moskauer Zentrum. Indem sie deshalb schon seit dem Frühjahr 1968 ihre militärischen Muskeln spielen liessen, erzeugten sie selbst jene Stimmung in der Tschechoslowakei, die später zum Ausscheiden des Landes aus dem Warschauer Pakt hätte führen können. Immerhin war das Land ein angestammtes Mitglied der «sozialistischen Gemeinschaft». Es wies, bei allen Unterschieden, dieselbe soziale und politische Grundstruktur auf. Die Sowjetunion hatte hier – vor dem Hintergrund ihrer Opfer für die Befreiung der Tschechoslowakei im Kampf gegen Hitler-Deutschland – etwas zu verlieren. Deshalb hat die Intervention von 1968 zwar – und das bleibt von keinem andern Standpunkt so unverzeihlich wie von unserem – eine Hoffnung aller Demokraten und Sozialisten zerschlagen. Aber wenigstens direkt den Frieden und das Überleben gefährdet hat sie nicht.

Alle Schicksalsfragen der Menschheit hängen an Frieden, Entspannung und Abrüstung. Jetzt zeigt uns die Intervention in Afghanistan, dass diese Werte und Ziele nicht an erster Stelle der sowjetischen Aspirationen stehen, dass man bereit ist, Mittel anzuwenden, die diesen Werten und Zielen demonstrativ ins Gesicht schlagen. Diese Aktion kann keine andere Folge haben, als die Psychologie des Wettrüstens in aller Welt zu nähren. Sie greift treibend in den verhängnisvollen Prozess ein, in dem in verhältnismässig kürzester Frist die Lebensgrundlagen der Menschengattung auf dieser Erde vernichtet werden.

Afghanistan kann das Vietnamabenteuer einer sowjetischen Führung werden, die so unverhüllt wie niemals zuvor das Gesicht des Grossmachtchauvinismus, des bürokratischen Imperialismus zeigt. Und äusserst bedenklich: Diese Leute leben in ihrer Isolation vom eigenen Volk so wenig in der Welt, wie sie jetzt wirklich ist, dass sie aufrichtig vor dem Spiegel erschrecken, in dem sie sich wiedererkennen müssen. Sie fühlen sich allen Ernstes unverstanden. Ich würde glauben, wenn man mir erzählte, dass dort wieder irgendeiner heult. Dabei ist alles darauf angelegt, den Rest an Vertrauen zu zerstören, das sich an das nichtkapitalistische Fundament, an den objektiven Auftrag der Sowjetunion klammert, dem Aufstieg der Unterentwickelten Dekkung zu bieten.

*

Im Sommer 1968 haben wir gehofft, sie würden es nicht wagen; für unwahrscheinlich gehalten haben wir ihren Einmarsch nicht – aus den angeführten Gründen. Afghanistan nun durften wir zwar schon nicht mehr für unmöglich halten. Aber für wahrscheinlich halten mussten wir es nicht. Wir wurden eines Schlimmeren belehrt. Es ist, als wollte das Moskauer Politbüro den Chinesen und dem Herrn Strauss bestätigen: Ihr habt uns richtig gesehen. Diese in summa viel zu alten Männer im Kreml *mussten* wissen, dass ihre Aktion das Klima für Entspannung und Rüstungsbegrenzung zerstört, dass sie der Rüstungslobby der anderen Seite schlagende Argumente für den freilich sowieso geplanten Einstieg in die nächste Runde Wettrüsten liefert. Sie *mussten* wissen, dass sie dem freilich schon ebenso bereitliegenden Aufmarschplan der anderen Seite für die «Sicherung der Ölquellen» die letzte Weihe geben. Aber es ist offensichtlich: Sie rechnen nicht einmal mehr am Rande mit dem psychologischen Faktor einer tendenziell doch deutlich progressiven

Fortsetzung auf Seite 4

[1] Antonin Novotny war Staatspräsident der CSSR bis 1968, als er von Dubček abgelöst wurde. Die Red.

***Rudolf Bahro** hielt Mitte Februar in Bern, Basel und Zürich Vorträge über seine sozialistische Perspektive bei und mit den Grünen. «das konzept» wird auf diese Frage zurückkommen.
Die Diskussion über Bahros Thesen und über seine Bedeutung im Westen führten wir in den Nrn. 1, 4 und 5/79.
Die hier abgedruckte Kritik Bahros am Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan überliess er uns freundlicherweise zur Erstveröffentlichung.

Hintergründe zur sowjetischen Intervention in Afghanistan

Die aufgedrängte Revolution

Von Oskar Scheiben und Jakob Tanner

So viel Druckerschwärze zu Afghanistan schon verbraucht worden ist, so wenig weiss die bürgerliche Presse über die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse dieses Landes, wo der gute Stoff und die feinen Rosinen herkommen, zu berichten. Dass jetzt sowjetische Panzer und Kampfhelikopter den Zugang zur Hauptstadt absichern müssen, liegt nicht bloss in der zwiespältigen Aussenpoliktik der Sowjetunion begründet, sondern ebensosehr in den afghanischen Realitäten und Revolutionsvoraussetzungen selber.

Als am 27. April 1978 im Präsidentenpalais von Kabul der afghanische Ministerpräsident *Mohammed Daud* und seine wichtigsten Minister von den Maschinengewehrsalven linker Militärs umgemäht wurden, jubelten nicht nur das zahlenmässig kleine Proletariat, die traditionell linke Intelligenzia und das grösstenteils sowjetfreundliche Offizierskorps, auch die wachsende Schicht landloser Bauern und sogar die Basarhändler sahen sich am hoffnungsvollen Beginn einer neuen Ära.

Welches war der Charakter dieser «Aprilrevolution», bei der die (kommunistische) Demokratische Volkspartei unter *Taraki/Amin/Karmal* die Macht übernahm – ein Umsturz, der anfangs scheinbar so viel Kredit genoss und diesen so rasch und so gründlich verspielte?

Was sich im April 1978 ereignete, war keine wohlvorbereitete, sich breit abstützende Revolution, wohl schon eher ein ausnahmsweise mal linker kabulüblicher *Palastputsch*. Die Linke hatte die Flucht nach vorne ergriffen, eine *Revolution von oben* ausgerufen in dem Moment, als Daud sie auszuschalten und ihre Führer physisch zu vernichten drohte. Bereits am 17. April war *Mir Akbar Chaibar*, prominenter Gewerkschafter und Führungsmitglied der Volkspartei, unter ungeklärten Umständen ermordet worden; sieben weiteren kommunistischen Führern, darunter Taraki und Karmal, drohten Verhaftung und Hinrichtung. Doch indem Daud sich jener linken Kräfte in Armee, Intelligenzia und Arbeiterschaft entledigen wollte, auf die er sich beim Sturz von König Sahir Schah fünf Jahre früher gestützt hatte, zerstörte er eigenhändig die Basis seiner Macht.

Dauds Modernisierungspolitik und ihre Widersprüche

Daud, der *«rote Prinz»*, Vetter und Schwager des Königs, war 1953 Ministerpräsident geworden und hatte in dem zu den zwanzig ärmsten Ländern zählenden Afghanistan sogleich ein anspruchsvolles Modernisierungsprogramm eingeleitet. Sein Konzept der *«gelenkten Wirtschaft»* sah den raschen Aufbau eine Basisinfrastrukur (Strassen, Schulen), erste Industriebetriebe sowie die Schaffung von Energie- und Bewässerungsanlagen vor, realisiert vornehmlich durch den Staat. Finanziert wurden diese Projekte durch ausländische Kredite, am Anfang vor allem aus der Sowjetunion, womit Daud eine Belastung der traditionellen Sektoren der afghanischen Wirtschaft zu vermeiden suchte.

Spätestens während des zweiten Fünfjahrplans (1962–1967) stellten sich jedoch Schwierigkeiten ein: Die Kredite waren zuwenig mit der Reifungsdauer der Projekte abgestimmt, einzelne Grossprojekte schlechthin ungeeignet für die afghanische Wirtschaft. Die Auslandverschuldung wuchs rasch an, und die Zinslast, die Kosten für ausländische Experten und die fälligen Rückzahlraten konnten nicht – wie geplant – aus den Erträgen dieser neuen Wirtschaftszweige gedeckt werden, vielmehr musste nun doch die Landwirtschaft in den Dienst der Entwicklungspolitik gestellt werden. Das für die dritte Welt übliche Syndrom von Kapitalimport aus Industrieländern und Verformung der gewachsenen Agrarstrukturen stellte sich zunehmend ein – spätestens nach der Entlassung Dauds 1963, womit auch eine Änderung des Entwicklungskonzepts – weg von der «gelenkten Wirtschaft», hin zu liberalen, *privatkapitalistischen* Orientierungen – verbunden war.

Afghanistan war nun gezwungen, zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz massenhaft agrarische Güter, vor allem Baumwolle, zu exportieren; als Folge fehlte es in der einstigen Kornkammer Vorderindiens an Getreide. Hungersnöte brachen aus, allein jene am Vorabend des Sturzes von König Sahir Schah forderte 100 000 bis 200 000 Opfer.

Bei seinem Putsch zurück an die Macht (1973) baute Daud auf seinen Ruf als Staatsplaner und Entwickler, den er sich in den 50er Jahren erworben hatte. Doch in der politischen Praxis erwies er sich immer eindeutiger als Promoter privater Kapitalakkumulation. Insbesondere verbesserte er die Bedingungen für ausländische Investoren, indem er weitreichende Retransfermöglichkeiten für Gewinne und Kapital sowie feste Garantien gegen Enteignung gesetzlich verankerte. Durch die Einführung von eigentlichen Landsteuern wurde der in der Landwirtschaft erzielte Mehrwert nunmehr vom Staat direkt abgeschöpft und zur Deckung der steigenden Kosten der Auslandverschuldung verwendet.

Auch aussenpolitisch bahnte sich eine Wende an: Das Iran des Schahs löste mit einem 2-Milliarden-Dollar-Kredit die Sowjetunion als wichtigsten Geldgeber ab, verband damit aber die Auflage, Armee und Politik von den «Kommunisten» zu säubern.

Entwicklungspolitik und Agrarkrise

Das sich aus einer weltmarktbestimmten Modernisierungspolitik ergebende Konfliktpotential suchte Daud mittels *Repression*, vor allem gegen links, zu bändigen. Vergeblich. Die unbeabsichtigten Folgen eines von Widersprüchen und Kehrtwendungen durchzogenen Entwicklungsprogramms kosteten Daud schliesslich den Kopf. In drei Bereichen der Sozialstruktur wurden Konflikte virulent:

- Der raschen Expansion eines westorientierten Bildungssystems (die Zahl der Schüler stieg 1956 bis 1963 von 126 000 auf 308 000 und diejenige der Studenten von 712 auf 3543) hinkte das Angebot entsprechender Stellen in Wirtschaft und Staat weit hintennach, was die Herausbildung einer politisierten, sozialistisch eingestellten Intelligenzia förderte.
- Der angekurbelte Industrialisierungsprozess schuf ein zwar noch zahlenmässig beschränktes industrielles Proletariat (vorsichtige Schätzung: 40 000), das in der Schwerpunktregion Kabul, wo 90 Prozent der Industriearbeiter leben, dank seinem guten Organisationsgrad über grossen Einfluss verfügt.
- Die tiefgreifendsten und längerfristig wichtigsten Veränderungen spielten sich im Agrarsektor ab. Drei Viertel der Bauern trieben zwar noch bis in die 70er Jahre hinein Subsistenzwirtschaft, doch im Umkreis der Städte drangen immer mehr *Ware-Geld-Beziehungen* ein. In diesen Gebieten zerfielen die traditionellen Stammes- und Dorfbeziehungen mit Gemeinbesitz bzw. regelmässiger Neuumverteilung des Bodens, dem «vesch» der Paschtunen. In mehreren zeitlich aufeinander folgenden Wellen verloren vor allem im Norden die unmittelbaren Produzenten ihr Land durch verschiedene Formen der Verschuldung entweder an dörfliche *Grossgrundbesitzer* oder an das *Handelskapital*. Aus verarmten Bauern, ehemaligen Pächtern und Viehnomaden bildete sich eine neue Schicht ländlicher Wanderarbeiter heraus.

Die prekäre politische Balance zwischen Grossgrundbesitz und Handelskapital einerseits und jenen auf Modernisierung und Industrialisierung setzenden Gruppen in Bürokratie und Intelligenzia andererseits hielt Daud davon ab, die längst versprochene und überfällig gewordene *Landreform* durchzuführen, die ja nur zu Lasten der traditionell herrschenden Klasse hätte ausgehen können. Statt dessen begnügte er sich damit, durch Bewässerungsprojekte gewonnenes Neuland landlosen Bauern zur Verfügung zu stellen, die jedoch unter den gegebenen Konditionen (Kaufpreis, fehlende Startkredite) meist gar nicht auf das Angebot eintreten konnten. Das Neuland blieb daher grösstenteils unbebaut: Bis 1975 wurde nur gerade 5462 Landlosen Boden zugewiesen. Die Gewinnung von neuem Boden hatte damit die bloss ideologische Funktion, den Verzicht auf eine Landumverteilung zu legitimieren.

Die Aprilrevolution als erweiterter Kabuler Palastputsch hätte möglicherweise mit einer geschickten Agrarpolitik jene fiktive breite soziale Basis, auf die sie sich programmatisch berief, im nachhinein schaffen können. Taraki hat denn auch sofort ein umfassendes Landreformprojekt ausarbeiten lassen. Das Dekret Nr. 8 vom 2. Dezember 1978 sah vor, dass keine Familie mehr als 6 Hektaren besten Landes besitzen durfte; der Rest sollte entschädigungslos enteignet und verteilt werden. Beabsichtigt war die Umverteilung von insgesamt 680 000 Hektaren: Bis März 1979 waren bereits 148 000 Hektaren an 75 000 arme Bauern verteilt – wenigstens auf dem Papier.

Diese Pläne mussten scheitern, weil sie von den Kabuler Schreibtischen aus beschlossen wurden, ohne die konkreten Verhältnisse der Bauern an Ort vor Augen zu haben. In den noch nicht vollständig aufgelösten Klientelverhältnissen des Dorfes fungierte ausser dem Bodenbesitz auch die Verfügungsgewalt über Wasser und Kredit (als ungeschriebene Pflicht der Grundbesitzer und Clans) als wichtige Grösse. Die Taraki-Regierung unterliess es, für diese traditionalen dörflichen Sozialbeziehungen Äquivalente zu schaffen, etwa durch tatsächlich umgesetzte Starthilfeprogramme und genossenschaftliche Zusammenschlüsse.

Die auf sich selbst gestellten künftigen Kleinbauern sahen sich danach vielerorts in einer aussichtslosen Lage, die sie zurück in die überlieferten Abhängigkeiten zwang. Die angestrebte Umpolung politischer Loyalitäten der dörflichen Unterschichten misslang. Dabei wirkte sich auch das Fehlen einer Widerstandstradition gegen die dörfliche Oberschicht aus – Tradition hat in Afghanistan nur ein nationaler Widerstand gegen aussen. Nur eine sozio-ökonomische Fundierung der Aprilrevolution auf dem Land hätte jedoch beim Dorfbauern einen ideologischen Umorientierungsprozess einzuleiten vermocht. Und ein Gegengewicht zum konterrevolutionären Potential der sunnitischen Mullahs schaffen können.

Modernisierung und islamischer Traditionalismus

Der ländliche Widerstand gegen die Werte und Normen einer *bürgerlich-abendländischen Zivilisation* ist grundsätzlicher Natur.

Das Eindringen neuer Werte in eine traditionale Gesellschaft hat immer einen Verlust an Orientierung zur Folge, indem etwa überlieferte Statussymbole wie Alter, Erfahrung, Herkunft ihre Bedeutung einbüssen zugunsten neuer wie Geld, Bildung etc. Die Naturwüchsigkeit solcher Ablehnungshaltungen kann durchbrochen werden, wenn die neue Zivilisationsform in der alltäglichen Praxis positiv erfahren wird.

Das Problem des Modernisierungswiderstands zeigt sich in seiner Widersprüchlichkeit am schlagendsten in einem Vergleich der iranischen mit der afghanischen Revolution: Während erstere gerade mittels der Affekte einer Feindschaft gegenüber westlichen Werten und Normen eine durchaus vorwärtsgerichtete Umwälzung durchsetzen konnte, sah letztere sich vor der nicht bewältigten Aufgabe, zugleich mit einer gesellschaftlichen Transformation unter den rückständigen und ungleichzeitigen Gesellschaftsgruppen die Bereitschaft zu schaffen, moderne Werte und Normen zu akzeptieren.

Dazu hätte es langfristiger Basisarbeit auf dem Land bedurft, vor allem aber Behutsamkeit und revolutionäre Geduld – nicht Ungeduld – gebraucht. Eine der ersten Massnahmen der Taraki-Regierung bestand statt dessen in der provokativen Ersetzung der Koransuren im Radioprogramm durch revolutionäre Losungen und der unbedarften Einführung der roten Fahne.

Überhaupt versuchte das neue Regime mit «revolutionären Abkürzugen» zu operieren, wo doch die Unreife der objektiven Revolutionsbedingungen hervorstach. Sowieso waren die linken Offiziere und Gewerkschafter das höchst ungewisse Risiko eines Umsturzes wahrscheinlich nur deshalb eingegangen, weil sie nötigenfalls die (auch militärische) Rükkendeckung durch die Sowjetunion erwarten durften.

Weil die erhoffte Erweiterung der Basis nicht eintrat, vielmehr der Widerstand – von CIA, Pakistan und China sowohl materiell wie ideologisch zielstrebig gefördert – zunahm, schlug die Regierung mit immer grösserer Brutalität zu, was widerum bewirkte, dass ihre Anhängerschaft noch mehr zusammenschrumpfte. Die von einer Fraktion der Demokratischen Volkspartei unzweifelhaft gewünschte sowjetische Militärintervention bewirkte eine weitere Verbreiterung des allgemeinen Widerstands. Sie vermag möglicherweise eine nationale Gegenfront der zersplitterten islamischen Rebellen und «bürgerlichen» Oppositionsgruppen zusammenzuschweissen. Entsprechend düster sehen die Perspektiven der afghanischen Revolution aus.

Fortsetzung von Seite 3

öffentlichen Meinung, mit dem Widerstand zahlloser Menschen auf dieser Seite der Blockgrenze gegen ein hemmungsloses Spiel der Machtinteressen. Ihr Partner ist allein das Pentagon. Sie bringen es dahin, dass sich die Objekte der grossen Ausbeutung, die Länder der dritten Welt, mit einer Hand gegen Moskau wehren müssen statt mit zwei Händen gegen Washington und die Nato. Mit diesem Einmarsch fungieren sie ohne Einschränkung als Komplizen der Weltreaktion. Sie nehmen die Rolle an, die wir ihnen nicht und immer noch nicht zuschreiben wollen: eine der beiden Supermächte zu sein, die auf dem Rücken der Völker ihre tödliche Rivalität austragen.

*

Die afghanische Partie war schon in dem Augenblick verloren, als man sie eröffnete, schon im Hinblick auf die gleichzeitige iranische Revolution, die dem islamischen Widerstand, der sich nun natürlich mit den traditionellen Mächten verbindet, einen unschlagbaren Rückhalt gibt. Nicht an die Amerikaner, an die Muslime werden die Interventen Afghanistan verlieren. Und man muss ihnen diese Lehre wünschen. Anders als beim Prager Frühling, handelt es sich hier um einen schwerwiegenden Fehler selbst vom Standpunkt der orthodoxesten Apparatinteressen. Daher kann Kabul direktere innenpolitische Folgen haben. Es ist noch gar nicht abzusehen, wohin der Wahnsinn führen kann, Öl in das islamische Feuer zu giessen. Kabul unterstreicht: Die Völker der Sowjetunion und ihrer Verbündeten müssen ihre Novotnys in Rente schicken und ihren ganzen politischen Überbau grundlegend umbauen. Und linke Organisationen im Westen müssen sich schnell von verantwortlichen Politikern entlasten, die den sowjetischen Führern bis in ihr afghanisches Abenteuer hinein Rückendeckung geben. Wer diese Intervention gutheisst, zeigt, dass er Fleisch vom Fleische der bürokratischen Apparatherrschaft ist.

Gott erhalte Breschnews Zeyer!

Reaktion auf einen Leserbrief von René Zeyer zum Thema «Die Linke zu Afghanistan» in «das konzept» Nr. 1/80 resp. Nr. 2/80.

POCH und PdA haben sich vom russischen Einmarsch in Afghanistan distanziert. Das ist ihnen schlecht bekommen: René Zeyer, der schon in der Vietnamdebatte («das konzept» Nr. 4/79) als eminenter Geopolitiker und Weltstratege hervorgetreten ist, distanziert sich schnaubend von POCH und PdA. Seine Argumentation ist *wieder einmal* sehr lustig, und man könnte sie in ihrer eigenen Absurdität ertrinken lassen, wenn sie nicht wörtlich den Gedankenflug von «NEUES DEUTSCHLAND» und ähnlichen Organen wiedergäbe; wenn sie nicht identisch wäre mit den «Argumenten» jener netten Leute, die den Realen Sozialismus beherrschen.

Zeyer wird nie hinzulernen. Das ist gut so; wir können uns den Kauf der schwererhältlichen «PRAWDA», «RUDE PRAVO», «NEUES DEUTSCHLAND», «TRIBUNA LUDU» etc. ersparen und periodisch die «NEUE ZEYER ZEITUNG» lesen, welche regelmässig im «konzept» als Beilage erscheint, in Form von Zeyerschen Leserbriefen. Anderseits wirkt Zeyer etwas ermüdend; aber Breschnew und die «HUMANITÉ» etc. (siehe oben) wirken auch nicht anders. Und nachdem sich der «VORWÄRTS» in letzter Zeit deutlich geöffnet hat, sind wir alle dankbar, dass uns in der Form von Zeyer ein alter, strammer Stalinist erhalten geblieben ist. Der verdient nicht nur archäologisches Interesse, sondern eben auch politisches, weil stalinistisch-zaristische-grossrussische Politik sehr aktuell geblieben ist. Er vermittelt uns authentisches Kreml-Gedankengut. Dafür sei ihm hier energisch gedankt. Es braucht Mut, immer wieder das russische Fossil zu spielen und den Militär-Brutalnik zu markieren und sich keine eigenen Gedanken zu machen im Moment, da sich die ganze Linke bei uns solche macht.

Zum Beispiel haben sich bei ihr folgende Gedankengänge eingenistet: Wir möchten nicht die Isolationshaft im Realen Sozialismus verteidigen, wenn wir sie im Realen Kapitalismus bekämpfen. Wir sind nicht für die Unterdrückung der Arbeitermacht, nicht für die militärische Bekämpfung von Streiks in Polen, wenn wir solche Sachen bei uns ablehnen. Wir sind nicht für die endgültige Zerstörung und Verschmutzung des Baikalsees, nicht für die zunehmende Privatmotorisierung, welche der DDR als Traumziel vorschwebt, nicht für die ungehinderte Wucherung von AKW im Ostblock, gegen die man dort in keiner Form protestieren kann, nur weil die AKW, der zerstörte Baikalsee etc. «den Arbeitern gehören».

Die Frauen kämpfen hier nicht für Gleichberechtigung, um sich für die Untervertretung ihres Geschlechts im Zentralkomitee der UdSSR zu begeistern (von 287 ZK-Mitgliedern sind 8 – in Worten: acht – Frauen; im Politbüro gibt es null Frauen).

Im Moment, da wir den militärisch-industriellen Komplex bei uns bekämpfen, finden wir den übermächtigen Einfluss der Militärs, ihre Übervertretung in Zentralkomitee und Politbüro der Sowjetunion nicht lustig. Wenn wir über den exklusiven, hochprivilegierten Lebensstil von «NZZ»-Korrespondent Tütsch und die Verfilzung von Luchsinger mit Schmidheiny schnöden (sie haben ein Jagdrevier miteinander), können wir das Jagdrevier von Breschnew, der in totaler Absonderung von seinem Volk lebt, nicht rühmen. Wenn wir mehr Demokratie bei uns fordern, können wir die Aufstiegsmechanismen im *demokratischen Zentralismus* nicht billigen. Wenn wir die Monokultur in den Kolonien ablehnen, können wir die Zuckermonokultur in Kuba, welche der UdSSR nützt, nicht schön finden. Wenn wir für Medien kämpfen, die mehr Wirklichkeit wiedergeben als die «NZZ», dann können wir «NEUES DEUTSCHLAND», «HUMANITÉ», «PRAWDA», das Fernsehen fast im ganzen Ostblock nur verhöhnen: verglichen mit den östlichen Machtmaschinen der Wirklichkeitsverhinderung ist die «NZZ» direkt eine durchlässige Zeitung.

Quatsch, denkt *es* jetzt automatisch in Zeyers Kopf, die Sachen lassen sich überhaupt nicht vergleichen: dort drüben sind die Produktionsmittel verstaatlicht, und alles dient dort, auch wenn die Instrumente nicht vollkommen sind und durchaus ein bisschen kritisiert werden dürfen von jenen, die zur Kritik berechtigt sind – *alles* dient dort einem guten Zweck, *der Weltrevolution* der *alles* untergeordnet werden muss. Todesstrafe ist dort nicht Todesstrafe, AKW nicht AKW, Gefängnis nicht Gefängnis, Macht nicht Macht, Besetzung eines Landes nicht Besetzung: sondern alles muss richtig gesehen werden im Hinblick aufs Endziel, von dem her rückwirkend alle Grausamkeiten, alle Un-Demokratie (etc.) einen positiven Sinn bekommen. Die Auswüchse sind nur vorübergehend.

Eine echt jesuitische Argumentation – der Zweck heiligt die Mittel. Das könnte hingehen, wenn die Mittel in einem normalen Verhältnis zum Zweck stünden. Sie haben leider ein Eigengewicht bekommen, das alles erdrückt. Die Auswüchse sind schon ein wenig lange nur vorübergehend. Den osteuropäischen Völkern wurde dieser Sozialismus, den ihnen eine Elite eintränken möchte, gründlich

echo

verleidet, obwohl, rein abstrakt betrachtet, der Sozialismus recht hat. Aber die *Methode* hat unrecht bekommen. Ohne russische Truppen im Land würden sich Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei vom Mutterland des Realen Sozialismus distanzieren, sie würden vielleicht sogar ihr System stürzen, so, wie sich die Nationen der Donaumonarchie aus dem Völkerkerker des Franz Joseph entfernen wollten, und würden sich vielleicht gern zu den Blockfreien gesellen. Diesen Wunsch nach Autonomie einfach als Nato-Indoktrination abzutun oder als Wiederaufleben von bourgeoisen Wünschen oder als Renaissance des Bojaren-Feudalismus, ist ein wenig zu einfach und verrät Unkenntnis der osteuropäischen Geschichte und Verkennung des nationalen Faktors; Osteuropa hatte nicht die Möglichkeit, den eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen. Die Methode wurde überall von stalinistisch-russisch geprägten Parteien aufgezwungen; die Revolution wurde nicht, wie im Frankreich von 1789, von einer genügend breiten Schicht getragen; sie kam im Gepäck der Eroberer. Genau wie die «Revolution» in der Schweiz beim Einmarsch der Franzosen: eine *schöne Sache*, insofern das Ancien régime hinweggefegt wurde, und eine *zweifelhafte Angelegenheit*, weil sie nicht aus eigener Kraft erfolgte und weil die Schweiz sofort eine Figur im französischen Machtspiel wurde (welches nur ganz kurz der europäischen Revolution und dann sofort der napoleonischen Grossmacht nützte, so, wie Osteuropa von Stalin schnell in die grossrussische Politik eingebaut wurde). Man merkt es der Schweiz bis heute an, dass die bürgerliche Revolution von aussen gekommen ist. LIBERTÉ/ÉGALITÉ/FRATERNITÉ sind nicht einmal als Programm, geschweige denn als Wirklichkeit, bei uns eingebürgert. Man hat es in der alten Eidgenossenschaft erlebt, dass ohne eigenständige Revolution die fremden Besetzer nichts nützen – die Reaktion kam nach dem Abzug der Franzosen im Galopp zurück und ist unter mancherlei Larven bis heute geblieben.

Jedoch, warum soll «nicht das afghanische Volk mit Hilfe der UdSSR die Macht übernehmen» (Zeyer)? Das «afghanische Volk» hat gar nicht warten können, hat nach Bruderhilfe geschrien wie das tschechoslowakische Volk 1968, und das Volk der UdSSR hat sich nicht zweimal bitten lassen; autonom, wie es ist, hat *das russische Volk* ein bisschen Militär, dem es mit Begeisterung dient, geschickt. Alles schon dagewesen in Südvietnam, wo *das Volk* auch nach den Amerikanern geschrien hat. Ein bisschen die Feudalstrukturen und das mittelalterliche Agrarsystem in Afghanistan von aussen umstürzen kann gar nicht schaden: nur deshalb ist *das russische Volk gekommen*, um ein wenig zu alphabetisieren, wie es auch in der Zarenzeit schon gekommen ist; und nicht etwa, um ein unsicheres Imperium imperialistisch mit neuen Vorposten abzusichern und den Weg nach den warmen Meeren (eine uralte Konstante zaristischer Politik) zu bahnen. Auch das äthiopische Volk hat nach russischer Hilfe verlangt, wie es schon zur Zeit von Mussolini nach italienischer Hilfe gelechzt hat, die ihm *das italienische Volk* bereitwillig gewährte. Und auch in Äthiopien kann nicht bestritten werden, dass die Italiener mit verschiedenen überholten Stammesstrukturen aufräumten, wie das die Russen in Afghanistan tun werden; eine gewisse *Modernisierung* hat durchaus stattgefunden damals in den dreissiger Jahren, wie sie auch heute stattfindet dank den vortrefflichen MiG und anderen Waffen, welche die völlig altmodische Sezession der Eritreer so effizient bekämpfe, dass sich heute bei Tageslicht in Eritrea niemand mehr auf der Strasse zeigen kann. Die Eritreer, die von russischen Waffen getötet werden, sterben für die Weltrevolution – sie wissen es nur nicht. DULCE ET DECORUM. Süss und ehrenhaft ist das; so süss wie der Tod damals für Stalin in den Kellern der GPU und in den Gulags, wo nach vorsichtigen Schätzungen mindestens zehn Millionen für einen guten Zweck gestorben sind; denn es gab auch damals «zwei Alternativen: entweder das meinetwegen auch manchmal unmenschliche, machtvolle Gesicht des Sozialismus oder den Totenkopf des Kapitalismus» (Zeyer-Originalton). Der Totenkopf als exklusive Errungenschaft des Kapitalismus. Von einer historisch-kritischen Aufarbeitung des Stalinismus ist übrigens in der UdSSR keine Rede, sie verschleiert ihre Vergangenheit noch mehr als die «NZZ» die ihrige, und die Archive sind unzugänglicher als in der Schweiz. Wir kämpfen hier nicht für eine demokratische Archivpolitik, um die störichte Forschungsverhinderung dort drüben wunderbar zu finden.

Am lustigsten wird Zeyer, wenn er Gedankenspiele macht: «Nehmen wir an, die Sowjetunion wäre in Chile einmarschiert. Wie hätte dann die Linke in der Schweiz reagiert?» Eben gerade in Chile, wo einige Voraussetzungen für den Sozialismus bestanden, ist sie *nicht* einmarschiert, hat auch nicht mit Waffen geholfen; dafür in *Afghanistan und Athiopien*, wo jede Voraussetzung fehlt, *ist* sie einmarschiert oder hat mit Waffen geholfen. Chile ist ihr Wurst, das gehört seit der Konferenz von Jalta endgültig nicht zu ihrem Machtbereich, das ist der Hinterhof der USA, die russischen Grossmachtinteressen sind dort nicht betroffen. Den USA ist es anderseits Wurst, wenn die UdSSR in Osteuropa militärisch interveniert, damit hat man sich abgefunden. Mit dem Eingreifen in Afghanistan noch nicht ganz, obgleich die amerikanische Empörungsheuchelei vielleicht doch nur aus Wind besteht (und ein Vorwand ist).

Trotzdem sind leider die Völker der dritten Welt auf die UdSSR angewiesen. Ohne ihre Unterstützung hätten manche nicht mal die formale Unabhängigkeit errungen. Ohne das Gegengewicht von USA und China wären sie hinwiederum in eine totale Abhängigkeit von der UdSSR geraten, wie Osteuropa. (Vietnam ging es besser, als Ho Chi Minh sein Land noch in der Balance zwischen China und Russland hielt.)

Vielleicht wäre es schön, wenn die «konzept»-Redaktion zu diesen Fragen gut sichtbar Stellung nähme und der Verletzung der nationalen Souveränität Afghanistans auf der Frontseite einen Kommentar widmete. Nicht um den Bürgern eine Freude zu machen, sondern um einen *linken Standpunkt zu dokumentieren*. Zur Verletzung von anderen nationalen Souveränitäten fällt ihr gäng etwas Ausführliches ein, und jeweils sofort.

Niklaus Meienberg

PS: Unterdessen warten wir getrost, bis das schweizerische Volk mit Hilfe der UdSSR die Macht übernimmt. Dazu bedarf es nur noch eines Hilferufs von René Zeyer, geb. Husak.

Frauen und Militär

Emanzipation – das gleiche Recht, Henker zu werden?

Von Peggy Parnass

Frauen wie ich haben gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gekämpft. Wir haben viele Jahre gekämpft, und auch wenn dieser Kampf vergeblich war, so war er doch nicht überflüssig. Mich hat er – wie viele andere auch – unterscheiden gelehrt zwischen den einen und den anderen Deutschen, zwischen den Sabblern, den Opportunisten, die den Pazifisten spielten und schon die ersten Waffengeschäfte anleierten, und denen, die aus deutscher Vergangenheit gelernt hatten.

Es kam dann, als wir unseren Kampf längst verloren hatten und die Bundesrepublik auf dem Weg war, die grösste Militärmacht Europas zu werden, eine Zeit, in der so untadelige Männer wie Gustav Heinemann und auch Willy Brandt geschickt zur Tarnung für weitere Aufrüstung benutzt wurden. Zwei noble, friedliche Männer als Visitenkarte für ein unfriedliches Unternehmen.

Ich bin eine Frau, und die Leute, an die ich mich jetzt wende, sind Frauen. Ich bin ein Kämpfer, und die Frauen, an die ich mich wende, sprechen vom Kampf. Ich möchte Fortschritt, Befreiung. Die Frauen, an die ich mich wende, reden auch von Fortschritt und Befreiung. Ich bin für Gleichberechtigung wie sie. Sind wir uns also einig?

«Sind die Frauen eigentlich verrückt geworden, dass sie an etwas beteiligt werden wollen, das es abzuschaffen gilt?»

Die Frauen, an die ich mich wende, meinen, dass sie die Gleichberechtigung dadurch erkämpfen müssen, dass sie den Frauen Zugang zur Bundeswehr verschaffen. Ich will eine Gleichberechtigung, die den Männern den Zugang zur Bundeswehr versperrt.

Sind die Frauen eigentlich verrückt geworden, dass sie an etwas beteiligt werden wollen, das es abzuschaffen gilt? Es gibt linke Feministinnen, die mir sagen, sie würden natürlich den Wehrdienst verweigern, aber sie müssten sich erst einmal die Freiheit zu dieser Entscheidung erkämpfen. Aber wenn ihr schon so aufgewacht seid, dass ihr für das bisschen Leben, das ihr habt, kämpfen wollt, dann kämpft an der richtigen Stelle: gegen den Rüstungs- und Militärwahnsinn überhaupt. Oder ist es feministische Logik, sich den freien Zugang zu allen «Berufen» zu erstreiten, egal wie unmenschlich sie sind? Soll die Frauenbewegung vielleicht in den USA um das weibliche Recht kämpfen, Henker zu werden?

«Frauen sind nicht humaner als Männer, und solche, die beim Militär Karriere machen würden, schon gar nicht.»

Andere Frauen versuchen mir einzureden, dass die Bundeswehr durch weibliche Soldaten humanisiert würde. Aber Frauen sind nicht humaner als Männer, und solche, die beim Militär Karriere machen würden, schon gar nicht. Ja, wenn da lauter linke Frauen in die Bundeswehr gingen, um den Laden zu sprengen – dann wäre ich auch dabei. Doch das ist eine Illusion. Trotzdem, dazu würde ich auch allen Männern in der Welt raten.

Wozu Frauen, und zwar der Typ Frauen, die in sogenannten Ordnungskräften Kommandoposten anstreben und erreichen, fähig sind, haben wir an der KZ-Kommandantin Ilse Koch und vielen ihrer Kolleginnen erlebt. Und sie waren die einzigen, die aus ihrer Macht über andere Lust zogen. Schleifen, schikanieren, zusammenscheissen, quälen, töten – das ist nicht nur männlich. Hinter jedem starken Mann stand schon immer eine Frau, eine Kriegsbraut, eine Heldenmutter, die jeden Pazifisten als Memme verlachte und verachtete.

Einige Frauen sagen, sie wollten teilhaben an den riesigen Mitteln, die der Bundeswehr für Ausbildung, auch Ausbildung in zivilen Berufen, zur Verfügung stehen. Dann sollen sie doch, verdammt noch mal, dafür kämpfen, das man nicht zum Töten, genauer: zum Morden sich abrichten lassen muss, um zu einer vernünftigen Ausbildung zu kommen. Aber das ist wohl kein «feministisches» Thema, keins, mit dem man überall so auf die Titelseiten der Illustrierten kommt wie mit dem Reisser «Frauen in der Bundeswehr».

«Gibt es etwas obszöneres als diese Bilder von hübschen, adretten und strahlenden jungen Frauen in Uniform?»

«Das ist überhaupt das Ekelhafteste an dieser ekelhaften Diskussion, dass sie als Mode betrieben wird.»

Das ist überhaupt das Ekelhafteste an dieser ekelhaften Diskussion, dass sie als Mode betrieben wird. Die sensiblen Couturiers haben das gleich mitgekriegt und den weiblichen «military look» kreiert – mit Schiffchen auf dem Kopf und Schulterklappen und Tressen und Winkeln. Frauen, die «in» sein wollen, tragen das – und werten dadurch die Damen auf, die es an die Waffen drängt.

Die meisten würden mir jetzt sagen, wieso, man muss ja nicht gleich an die Waffen. Man kann doch eine Führungsposition haben, ohne selber schiessen zu müssen. Na und, sag' ich, man kann auch Köchin da werden, um die Soldaten bei Kräften zu halten. Man kann da Ärztin werden, um die selbstverschuldeten Wunden zu heilen. Man kann sich den Job als Pastorin erkämpfen – wie ich neulich hörte –, nicht mehr, um die Waffen zu segnen, sondern nur noch, um den staatlichen Mördern psychischen Beistand zu leisten, bevor sie zuschlagen. Man kann auch in die Verwaltung gehen, damit der Massenmord seine Ordnung hat. Dies alles nicht zu tun, würde ich von jedem dieser Erde verlangen.

Ich habe in den letzten Jahren viele der Frauen, an die ich mich hier wende, schätzengelernt, mit einigen von ihnen bin ich befreundet – bewusste Frauen, Frauen, die ihre Männer überrundet haben, mit ihrem Mut, mit ihrer Intelligenz, mit ihrem Durchhaltevermögen, mit ihrer Kraft und ihrem Einsatzwillen. Ich fühle mich beleidigt, wenn unter anderem auch einige dieser Frauen, die doch politische Menschen sein wollen, andere Frauen in den Kampf für die weibliche Soldatin führen, Scharen von jungen Mädchen, Verkäuferinnen, Stenotypistinnen, Friseusen, Arbeiterinnen, die auf Aufklärung angewiesen sind und die sich möglicherweise ganz auf diese klugen Frauen verlassen. – Das ist Unzucht mit Abhängigen.

«In den US-Streitkräften, wo es ja weibliche Soldaten gibt, ist Liebe strengstens verboten.»

Gibt es überhaupt etwas Obszöneres als diese Bilder von hübschen, adretten, strahlenden jungen Frauen in Uniform? Als das «Spiegel»-Titelbild eines attraktiv geschminkten Mannequins mit Stahlhelm, das liegend aufgestützt mit zugekniffenem Auge über Kimme und Korn visiert? Frisch onduliert zum Menschenmord? Solche Bilder könnten die Vision verdrängen, wie sich die emanzipierten Damen aller Länder gegenseitig die strahlenden Augen und das fröhliche Lächeln wegschiessen. Denn die Kriegstreiber und Ausbeuter bekommen sie doch nicht vor die Flinte.

In den US-Streitkräften, wo es ja weibliche Soldaten gibt, ist Liebe strengstens verboten. Logo! Liebe hat in diesem Geschäft wirklich nichts zu suchen.

Vielleicht meint mancher lächelnd, dass ich als Pazifist nicht zuständig bin für dieses weltweite Thema. Ich finde gerade. Doch wenn es jemanden tröstet – auch mein Pazifismus kennt Grenzen. Ich wäre dafür, alle Wunderwaffen auf ihre Wirksamkeit an ihren Herstellern und Auftraggebern auszuprobieren. ●

Boykottieren Sie *von uns aus, was Sie wollen. Nur nicht* **das konzept**

Abonnieren Sie es.

«das konzept», Jahresabonnement 20 Fr., Ausland 26 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *April 80–Dezember 80 für 16 Fr. (Ausland 22 Fr.)*
☐ ***Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)***
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten) hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse: *PLZ, Ort*

Beruf: *Datum:* *dk 3/80*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Frauen in der Schweizer Armee

«Dem Lande nützen und tausend Dinge lernen»

«Durch jede Frau im Militär wird ein Soldat frei für die Front» heisst auch in der Schweiz ein geflügeltes Patriotenwort. 1957 fand die erste grosse Auseinandersetzung um die Dienstpflicht der Frauen statt. Mitten im Kalten Krieg wollte man den Nachschub des Menschenmaterials sicherstellen. Anfang der siebziger Jahre dann, als den Schweizer Frauen das Stimmrecht geschenkt wurde, zerbrach man sich im EMD – dort machte man gar 60 000 Franken für einen dann allerdings unbrauchbaren Fragebogen zum Thema Frauendienst locker – und beim Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), der Dachorganisation der Frauenverbände, den Kopf, wie die Frauen unter dem Motto «Gleiche Rechte – gleiche Pflichten» für die Armee zu motivieren wären.

«Die Frau ist in allen Gebieten des öffentlichen Lebens integriert, arbeitet aktiv im Staat mit, nur in der Sparte der Gesamtverteidigung steht sie weitgehend abseits. Wären ihr dortiger Einsatz und das Mittragen von Verantwortung nicht die logische Folge einer Evolution?» So umgebogen wird die «Natur der Frau» diesmal nicht von den Militärköpfen; die Mitschwestern vom BSF selbst haben letztes Jahr einen entsprechenden Fragebogen verschickt, in dem sie neu an die alten weiblichen Instinkte appellierten. «Aufgabe der Männer als Soldaten wird die bewaffnete Abwehr sein, Aufgabe der Frauen der Schutz und die Rettung der Angehörigen, der Nächsten, der Hilfsbedürftigen.»

Die Bemühungen um den Einzug der Frauen in die Armee werden in nächster Zeit kaum abnehmen. Das EMD wird sicher das eine oder andere Modell zur «Einführung der allgemeinen Dienstpflicht der Frauen» aus der Schublade ziehen, um dem militärischen Pillenknick der neunziger Jahre vorzubeugen. Und die Frauen werden vermutlich vermehrt Dienst am Vaterland tun, weniger aus feministischen Motiven denn aus dem gut schweizerischen Pflichtbewusstsein, aus dem heraus sie hierzulande bis auf den heutigen Tag zu tieferen Löhnen arbeiten, daheim bleiben, sobald ein Kind oder der Konjunktureinbruch kommt, und sich im Ehevertrag dem Familienoberhaupt untertan erklären. Als Emanzipationsfeld wäre meiner Meinung nach der eine oder andere der soeben genannten Bereiche der Armee vorzuziehen.

Liselotte Suter

das konzept Tip

Frauen und Militär

Mit dieser Thematik beschäftigten sich der «Frauen-virus» (Okt. 1979) sowie eine Broschüre des Schweizerischen Friedensrats, die weitere aktuelle Beiträge zu Frauen und Militarismus bringt.

Broschüre und «Frauen-virus» sind für je 2 Franken zu beziehen bei: SFR, Postfach 3185, 8023 Zürich. In die «virus»-Frauengruppe werden übrigens noch Frauen gesucht. Tel. (01) 242 22 93.

Das Dokument: «Keine Linken (SP, PdA, POCH) wählen»

Aus der Küche eines Zinkers

Hptm Zink Markus
Kdt Füs Kp III/52
N[redacted]
80[redacted]

8046 Zürich, 20. Februar 1980

An die Of, höh Uof, Uof, Gfr und Sdt der Füs Kp III/52

Orientierung über den KVK und WK 80

Kameraden,

Der gegenwärtige Aggressionskrieg, den die Sowjetunion in Afghanistan führt, hat die Welt in die misslichste Lage seit dem zweiten Weltkrieg geführt. Trotz der Verurteilung durch die UNO-Vollversammlung sind die Sowjets nicht bereit, die Truppen zurückzuziehen. Mit diesem Verhalten bestätigt die UdSSR ein weiteres Mal nach Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968) ganz offen den expansionistischen Kurs, um ihrem erklärten Ziel - die Errichtung der absoluten Weltherrschaft durch den Kommunismus - wieder etwas näher zu kommen. Allen friedenerhaltenden Staaten ist damit demonstriert worden, dass die Sowjetunion offenbar Koexistenz- und Entspannungspolitik nur vorübergehend als taktische Mittel im Rahmen einer imperialistischen Strategie einsetzt.

Diese Invasion mitsamt den dazugehörigen zynischen Rechtfertigungsversuchen zeigt ganz klar, dass sich die Weltlage schlagartig verändern kann. Weder die Schweiz noch Westeuropa noch die ganze freie Welt können sich leisten, einseitig abzurüsten, denn das, was in Afghanistan Wirklichkeit geworden ist, kann anderswo auf der Welt bereits Möglichkeit sein.

Um nur eine der Aufgaben unserer Armee - die Abschreckung des Gegners durch die reine Präsenz - erfüllen zu können, bedarf es einer starken, schlagkräftigen und glaubwürdigen Armee. Wenn uns unsere politisch linken Scharfmacher einreden wollen, wir könnten auf unsere Unterstützungswaffen wie Flieger, Panzer, Artillerie etc. verzichten, so ist dies für einen aufgeklärten Zeitgenossen keine Diskussionsbasis. Momentan noch kostet uns unsere Freiheit Geld und Opferbereitschaft; würden wir aber mal in einen Kampf verwickelt, so müssten wir unsere gesamten versäumten Verteidigungsanstrengungen mit Blut sehr teuer nachbezahlen.

Sie wie ich können dieses Fiasko jederzeit vermeiden helfen, indem Sie an der Urne keine Vertreter der politischen Linken (SP, PdA, POCH) wählen, denn ein sozialer Rechtsstaat hat nichts, aber auch rein gar nichts, mit einer sozialistischen Ideologie gemeinsam. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen während des WK über Politik zu diskutieren.

Die Ausbildungsschwergewichte liegen diesen WK bei der Schulung der rasch entschlossenen Angriffigkeit nach dem Motto:

"Sueche - packe - zämeschloh,
schlauer sy - nid nocheloh" (Kdt F Div 8)

Mit kameradschaftlichen Grüssen
Kdt Füs Kp III/52

Hptm Zink

Fragen an den Bundesrat (Einfache Anfrage Wagner, SP/BL, vom 3. 3.1980

1. Was gedenkt die Landesregierung gegen solche Formen der versuchten Volksverhetzung gegen politische Parteien zu unternehmen?
2. Ist der Bundesrat ebenfalls der Meinung, dass die Nichtwahl von Vertretern der politischen Linken die Sicherheit des Landes erhöht?
3. Was hält der Bundesrat davon, dass ein Hauptmann der Schweizer Armee seiner Truppe mitteilen kann, dass ein sozialer Rechtsstaat nichts, aber auch rein gar nichts mit einer sozialistischen Ideologie gemeinsam hat?
4. Was hat Hauptmann Markus Zink, der Urheber dieser Ungeheuerlichkeit, für Sanktionen zu gewärtigen?
5. Wie verträgt sich die Bereitschaft Hauptmann Zinks, im WK zu politisieren, mit der mehrfach festgehaltenen Regelung, wonach der Wehrmann während des Dienstes *nicht* politisieren darf? Gelten für die Offiziere andere Regeln als für Soldaten und Unteroffiziere?

SDZ

GELDMANGEL?

Dann erst recht zu der Stud. Druckzentrale für Ihre Kopien und Drucksachen.
Lassen Sie sich von unseren Preisen überraschen. Ein Versuch lohnt sich bestimmt!

Stud. Druckzentrale, Nelkenstr. 7, 8006 Zürich, Tel 26 01 31

das konzept

hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben, neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert beilegen!).

Neu bearbeitet Februar 80

Die «Zeitbühne» spielt in der Roten Fabrik

DIE GRENZE DER DRESSIERBARKEIT DER HUNDE IST NOCH NICHT ERREICHT

von Erich Liebi
nach einer Erzählung von Kafka

Mit Daniel Plancherel
in 10 Hunderollen

Premiere: 21. März, 20.30 h,
anschl. Frühlingsfest

Vorstellungen: 22.–30. März, 20.30 h
Abendkasse/Beizenbetrieb ab 19 h

Wir suchen für unsere Kindergruppe im Frühling noch einige ca. 5 bis 6jährige Meitli und/oder Buebe.

Wer sind wir: Die Kinder- und Elterngruppe vom Verein freier Kindergarten Luggwegstrasse.
Wo: An der Luggwegstrasse 118 in 8048 Zürich-Altstetten, Tel. (01) 64 29 49 (8–17 Uhr).

Wen's interessiert, soll doch anrufen!

Composersatz

Schreibservice
zu alternatiefen Preisen

Helga Ruckstuhl-Riedhammer
8581 Schocherswil,
(071) 67 53 04

Sofort zugreifen:

MOJON'S ARMY-SHOP

U.S.Army-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben,** ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis.

Brutto **89 Fr.**

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 10 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.

Studentenrabatt (mit Legi oder Photokopie davon): **10%**

Bestellen oder Prospekt anfordern.
NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ✆ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir u. a. folgende Artikel: über 30 Schlafsackmodelle, 40 verschiedene Jacken- und Lumbertypen, Army-Hemden, Seesäcke, Winterfäustlinge, Lederstiefel und viele andere praktische Armee-Gebrauchsgegenstände.

Schrift-SATZ: Kosten-Barriere durchbrochen!

Bisher konnten sich nur die ganz Chicen SATZ wirklich leisten.

So haben wir den SATZ populär* gemacht: wir schröpfen keinen Mehrwert...

Arbeitsgruppe COMPOSER-SATZ, Tel. 01/26 92 89

*populär = für alle erschwinglich.
Beispiel: 1 A4-Seite = ca. Fr. 15.--

Mach dini Cigarette sälber.

Oettinger Imex AG

Leichter zu drehen,
da langfaserig geschnitten. Immer frisch, da doppelt verpackt.

SINDBAD

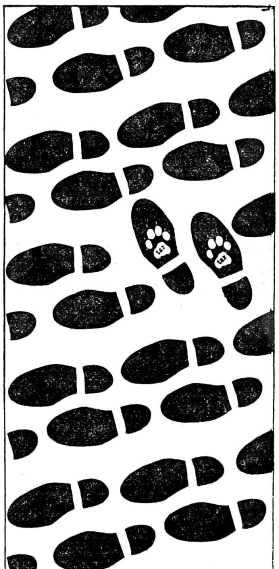
der neue

Sommerprospekt ist da

mit Billigflügen Abenteuerreisen Trekkings etc.

Travel Hit:
Flug Athen ret. ab **490.—**
+ Griechenland-Baukasten

jetzt anfordern bei
SINDBAD Reiseforum
Schoffelgasse 3
8001 Zürich
(01) 32 22 50,
neu 251 22 50



Raus aus dem Trott!

her mit der TAZ!

☐ Aber schnell! Schickt mir das kostenlose Probeabo! Für 1 Woche zum Kennenlernen. So bunt, so rot, so gut.
☐ Druckfrisch auf den Gabentisch...! Als Geschenkabo. Für die, die ich mag. Oder auch nicht

Ich bin:

Name

Straße

PLZ Ort

Lieferanschrift:

Name

Straße

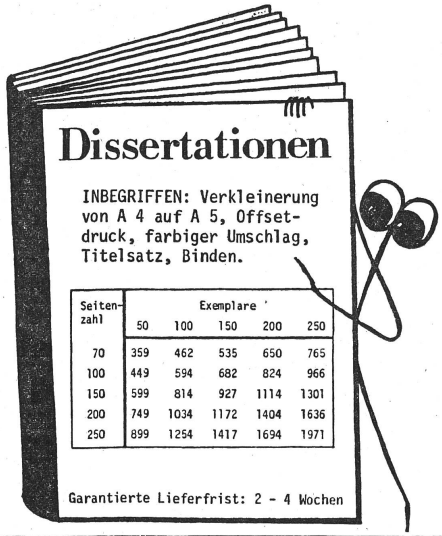
PLZ Ort

das konzept

*Den Betrag von DM 20/59/110/210 für das TAZAbo für 1 Monat/1/4 Jahr/1/2 Jahr/1 Jahr habe ich auf das Postscheckkto Bln-W 1669-102 Verlag die Tageszeitung GmbH, überwiesen / hegt als Scheck dieser Bestellung bei (nichtzutreffendes bitte durchstreichen) / Ich weiß, daß erst **nach Geldeingang** geliefert wird.

die Tageszeitung
Wattstr. 11-12 1000 Berlin 65

Keine Angst vor tiefen Preisen!



Seitenzahl	Exemplare 50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

das konzept – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis inkl. Porto + Verpack.
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78		9.20
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978		3.20
...	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	gefalzt	4.20
		ungefalzt in Rolle	5.50
...	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–)	gefalzt	2.20
		ungefalzt in Rolle	3.50
...	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»		1.40
...	Alte «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		12.—
...	Poster «Unser Strauss» (aus Nr. 1/78)	ungefalzt in Rolle	4.—
		gefalzt	2.40
...	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	ungefalzt in Rolle	4.—
		gefalzt	2.40
...	Poster «Gesellschafts-Schichten (aus Nr. 6/79)	ungefalzt	7.20
...	Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr.2/80)	ungefalzt	6.—
...	Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68»		2.40
...	Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz»		2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)		1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)		1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» III (Jan 80)		1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» I (Okt 78)		1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz II (Okt 79)		1.40
...	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78		1.40
...	Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu)		1.40

Zahlungsmodus

☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.

(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

«Grün 80» Alibischau für Umweltgeschädigte

«Zwingt Grau raus»

Von Daniel Wiener

Nach Jahren der Umweltzerstörung durch Autobahnen und Chemie dürfen die Basler dieses Jahr aufatmen: Vor den Toren ihrer Stadt inszenieren eine philanthropische Stiftung, die Migros und der schweizerische Gärtnermeisterverband eine Naturschau, die alle Sehnsüchte der geplagten Stadtbewohner erfüllt: Drei Millionen Besucher sollen sich an der verlogenen Idylle von Blümlein, Seelein und Entlein ergötzen, die ihnen in Form einer Gartenbau-Ausstellung vor die Nase gesetzt wird. Wo Basel noch grün war, wurde die «Grün 80» gebaut.

Bis vor zwei Jahren lagen auf der Brüglinger Ebene vor den Toren Basels einige Sportplätze und ein grosser Bauernhof. Heute ist der Bauernhof auf wenige Aren zusammengeschrumpft, die Kühe weiden anderswo, und das Gelände ist mit einem hohen Zaun umgeben. Auf 46 Hektaren breitet sich die «Grün 80» aus. Erdwälle verbergen die Autobahnen und Hochleistungsstrassen, die rund um die «Grau 80» (Volksmund) in den letzten Jahren entstanden sind.

- Diesem Autobahnbau wurden Naturschutzwälder und -auen geopfert.
- Sechs Dutzend Familiengärtner mussten das Feld räumen, damit in unmittelbarer Nähe der «Grün 80» 1200 Parkplätze für Ausstellungsbesucher angelegt werden konnten.
- Ein lange Zeit blockiertes Parkhaus beim Gelände wurde im Hinblick auf die Eröffnung der «Grün 80» fertiggestellt.
- Das Naturschutzgebiet Reinacher Heide wurde eingezäunt, um es vor «rücksichtslosen Spaziergängern» zu bewahren.
- Nur eine massive Pressekampagne verhinderte die Betonierung des letzten freien Feldes im Graugürtel Basel–Muttenz–Pratteln zu Parkplatzzwecken.

Die grösste Schau seit der «Expo»

Die Ausstellungsfläche der «Grün 80» beträgt 46 Hektaren. Zwei künstliche Seen mit 25 000 Quadratmeter Oberfläche bilden das Herzstück eines 22 Hektaren grossen Parks, der auch nach der Ausstellung als Naherholungszone mit Picknick-Plätzen und M-Restaurant bestehen bleiben soll. 13 000 Bäume und Hunderttausende von Blumen sollen vom 12. April bis zum 12. Oktober den Fleiss der Gärtnermeister dokumentieren und die Besitzer von Pflanzplätzen und Gärten zu neuem Tun anregen.

Die «Grün 80» versteht sich zudem als lehrreiche Ökoschau. Mit Bus und Auto können Besucher biologisch-dynamische Bauernhöfe und andere «grüne Inseln» (so der offizielle Führer) im Dreiländereck erreichen und unter kundiger Führung der «Einheimischen» studieren. Auf dem Ausstellungsgelände selbst finden sich didaktische Schauen in mehreren Bereichen, vor allem in der «Grünen Universität».

Die «Grün 80» soll fast 60 Millionen Franken kosten. Einnahmen erhoffen sich die Organisationen in erster Linie von drei Millionen Eintritten (Billette kosten neun Franken), der Beteiligung der Migros und den Einnahmen aus der Verpflegung (5000 Restaurantplätze). Als kulturelle Beilage bietet die Stadt in den sechs Ausstellungsmonaten ein Mammutprogramm von über 700 Veranstaltungen an.

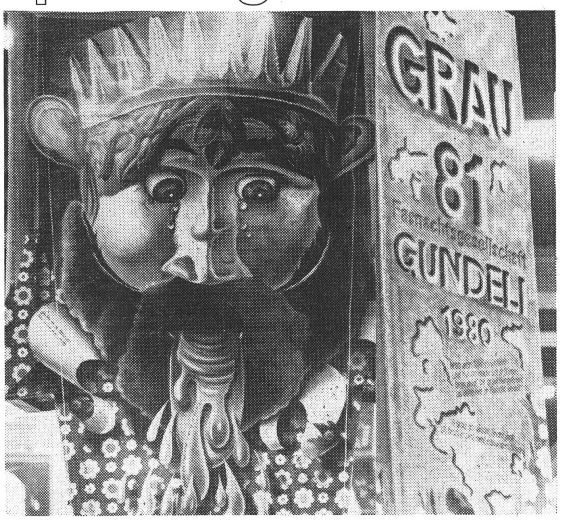
Das Merian-Land

Anfang der siebziger Jahre beschloss der Gärtnermeisterverband, 1980 (wie schon 1959) eine Gartenbau-Ausstellung durchzuführen. Mehrere Städte bewarben sich. Basel schwang nicht zufällig obenaus: Der Direktor der mächtigen *Christoph-Merian-Stiftung,* Dr. Hans Meier, bot dem Gärtnermeisterverband kurzerhand die riesige Brüglinger Ebene als Ausstellungsgelände an. Die Christoph-Merian-Stiftung verwaltet das Erbe des gleichnamigen Basler Patriziers aus dem letzten Jahrhundert. Dessen Familie hatte sich vorwiegend am lukrativen Handel mit der dritten Welt bereichert und mit den kolonialen Gewinnen Ländereien und Liegenschaften in der Umgebung der Stadt aufgekauft. Unter Direktor Meier verschachert die Stiftung Landwirtschaftsgebiet im Baurecht an Industrie und Detailhandel (zum Bau von MMM-Einkaufszentren). Auch das Land, auf dem aus Schrebergärten 1200 Parkplätze entstanden, gehörte der Merian-Stiftung. Diese geniesst den Ruf einer philanthropischen Gesellschaft, in Wirklichkeit ist sie zu einem Staat im Staate in der Hand des Grossbürgertums geworden.

Superschau abgeblasen

Als ersten Direktor für die «Grün 80» engagierte der Gärtnermeisterverband den Basler Werbefachmann und Mitbegründer der renommierten Werbeagentur GGK, *Markus Kutter.* Er plante eine riesige Ökoschau unter Beteiligung der ganzen Industrie; mit Flugzeugen wollte er Wüstensand ans Rheinknie fliegen, um ein Sahara-Biotop neben einen Dschungel, einen mittelalterlichen Heilkräutergarten neben eine riesige Kunstpflanzenschau zu plazieren. Kutters grossbürgerlicher Gigantismus wurde den spiessigen Gärtnermeistern unheimlich, und Direktor Meier befürchtete offenbar, der clevere Kutter könnte ihm die Schau stehlen. Kutter wurde schliesslich vom Organisationskomitee entlassen, das er selbst zusammengestellt hatte, weil sich der Gärtnermeisterverband unter den lokalen Grössen zuwenig auskannte. Übrig geblieben ist eine «Grün 80» im Taschenbuchformat.

Das einzige Unternehmen, das mit namhaften Beträgen die «Grün 80» unterstützt, ist ausgerechnet die *Migros.* Auch dieser Kontakt stammt noch aus der Kutter-Zeit. M-Chef Pierre Arnold witterte sofort die Chance, in Brüglingen eine Basler Variante des Rüschlikoner «Park im Grüene» mit M-Restaurant und Parkplätzen zu «stiften». Diese Beteiligung an der prestigeträchtigen Naturausstellung wird Arnold nicht zuletzt im Kampf gegen die interne Opposition «Migros-Frühling» ausnützen. Sie wird als Beweis für die umweltfreundliche Politik seines Konzerns herhalten müssen. Weitere Nutzniesser der «Grün 80» werden Hotellerie und Gastgewerbe sein: 25 000 Besucher werden pro Tag erwartet.



Basler Unlust an der «Grün 80» als Fasnachtsthema: Durch die abblätternde geblümte Tapete des Jahres 1980 bricht grau, schielend, kotzend und weinend der «Lällekeenig», Basels Wahrzeichen, hervor. «Grau 81» – oder die Rückkehr zum Alltag.

Natur als Rummelplatz

Von Lise Stärkle

Mit der Industrialisierung entstanden die ersten Volksparks. Die «Grün 80» ist das letzte Glied in einer hundertjährigen Tradition von Naherholungszonen für die Stadtbevölkerung. Im Kommerzkino bringen Erdbeben Wolkenkratzer zum Tanzen und brechen sie mitten entzwei, und weisse Haie verschlingen Bikinimädchen: Die sich rächende Natur ist zum Unterhaltungsschlager geworden. Das Gewaltverhältnis zwischen Mensch und Natur ist zwar manifest geworden. Die «Grün 80» aber verniedlicht und verschleiert Probleme, um die Besucher mit schönen Eindrücken und einfach machbaren Lösungen nach Hause entlassen zu können. Warum werden an der «Grün 80» keine Gift- und Atomalarmübungen durchgeführt?

«Ein Garten ist das Idealbild des Menschen von der Welt, und da die meisten Menschen von der Gesellschaft, deren Teil sie sind, geprägt werden, so folgt daraus, dass der Garten jeder Gemeinschaft und jeder Periode die Traumwelt der Zeitgenossen spiegelt und das Wunschbild der betreffenden Epoche ist.» (Derek Clifford, Gartenphilosoph)

Kurze Geschichte der Volksparks

Mit dem Waldpark *Lange Erlen* wurde bereits 1871 in Basel ein Naherholungsgebiet geschaffen. In der Stadt drängte der dynamische Freisinn an die Macht, da bildeten philanthropisch gewordene Patrizier den *Erlen-Verein.* Sie fanden, jetzt nach dem Abreissen der Stadtmauern (1860–1870), sollten die Basler die Weite der Landschaft, die Einheit zwischen der Stadt und ihrer ländlichen Umgebung erleben. Zusätzliche Attraktionen waren ein Tierpark und eine Wirtschaft in der sonntags preussische Militärkapellen aufspielten. Für die Kinder gab's ein Karussell.

Der *Zoologische Garten* von Basel, 1873 der erste in der Schweiz, wies bereits Parallelen zur «Grün 80» auf: Nicht nur ein Erholungsgebiet sollte geschaffen werden, weil Menschen in muffigen Arbeitsräumen und Wohnungen ohne Kontakt zur Natur verrohen, sondern die bedrohte Natur sollte als Ausstellungsobjekt den Menschen nähergebracht und dadurch geschützt werden.

Der Widerspruch darin, dass derselbe Mensch, der Natur zerstört, sie nun schützen will, mit derselben erobernd – betrachtend – ordnenden Hand, wurde im «Zolli» ebenso elegant umgangen wie in der «Grün 80». Im Zoo wird das Vergnügen bereits nicht mehr einfach angegliedert wie in den Langen Erlen, sondern thematisch geboten: Im Zoo wurden Tier- und Völkerschauen gezeigt, Marokkaner beschworen Schlangen, Nubier und Singhalesen bauten Negerdörfer und tanzten Kriegstänze.

Von optischen und physikalisch-technischen Tricks lebten ganze Shows (zum Beispiel «Dame ohne Kopf»), farbig beleuchtete Wasserfontänen beim Aufkommen der Elektrizität reichten für ein ganzes Programm. Mechanische Theater zeigten Abenteuer, Katastrophen und aktionsreiche Bibelszenen zur Belustigung und Erbauung des Publikums.

Die *Messe* («Chilbi»), ein weiterer Typ von Freizeitanlagen des letzten Jahrhunderts, war in ihrer Blütezeit (1860–1930) ein Spiegelbild der Entwicklung der Technik und der Faszination, die sie auf die Menschen der Zeit ausübte: Zum dampfbetriebenen Karussell, zur ersten Velozipedbude, zur ersten Berg-und-Tal-Bahn (1904), zum Autoscooter – immer strömten die Leute herbei, um die technischen Neuheiten zu bestaunen.

1955 öffnete in den USA Disneyland seine Tore, ein neuer Typ des Vergnügungsparks war geschaffen: Mit Technik allein ist Vergnügen nicht mehr herstellbar, Phantasieländer und -figuren werden wichtiger. Die Besucher sind nicht mehr bloss Zuschauer, sondern werden zu *Akteuren,* klettern zum Beispiel mit roten Socken und Rucksäcken im Matterhorn rum. Polaroid gibt einen Walt-Disney-World-Guide heraus: *«Here's your chance to star in your own Walt Disney World instant movie.»* Was Disneys Welt für uns so unerträglich macht und sie auch von alten Vergnügen unterscheidet: die Welt ist sauber und nett geworden, Katastrophen und Gewalt kommen nur noch in den Nachrichten als harte Tatsachen vor.

Die «Grün 80» entspricht dem neuen Vergnügungsparkmodell: Vom traditionellen Arsenal sind zwar noch Achterbahn, Pirat, «Rösslityti» und Alpenblitz (Berg-und-Tal-Bahn) zu finden, aber lediglich am Rand des Geländes. Was hat die Lunaparks und Traumländer ersetzt? Grün und Enten.

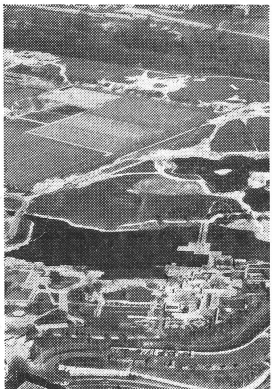
Lust an der «reinen» Natur

Die Weltausstellungen und Messen der Jahrhundertwende lebten von der Bewunderung der Technik, welche von der Wirtschaft, dem massgebenden Bürgertum in rasender Eile fortentwickelt wurde. Heute ist die Technik zum Alltag und oft zum Alptraum geworden, faszinieren kann nur noch reine Natur, wenn auch vom Menschen aufbereitet. Selbst Belehrendes wird vergnüglich. (Die ganze «G 80» ist reine Pädagogik: von der Aufteilung des Geländes nach inhaltlichen Sektoren statt ästhetischen Kriterien über den Sektor «Grüne Universität» bis zum Bioburger.) Der entlassene «G 80»-Chef Markus Kutter hatte in seinem Konzept das Naturvergnügen viel weiter ausgebaut: Die Besucher sollten sich in einem künstlichen Naturhaus (mit hyperrealistisch bemalten Wänden, Blumen, Tieren, Menschen aus Plastik, Spiegelseen und Deodüften), einem Urwald mit Dinosaurier und anderen zoologischen Merkwürdigkeiten, einem Hexenhaus von Sergius Golowin mit käuflichen Alraunen und Stechapfelschnaps, einem Gulliverland (alles in Kindergrösse, Erwachsene nur in Kinderbegleitung zugelassen), einem Hecken- oder Rosenlabyrinth, einer Palmendisco mit offener Terrasse bewegen.

Freude an den Blümlein

Kutters Idee war gewesen, zusätzlich zum banalen Grün und zu Belehrendem einen natürlichen Lunapark zu schaffen, ein positiv dialektisches Verhältnis von Mensch und Natur vergnüglich sichtbar zu machen. (Die vielen Barockelemente dabei sind kein Zufall: Der Barock schuf eine einmalige Verschmelzung von Natur und gebauter Umwelt, setzte nicht einfach reine Natur neben reine Stadt.)

Die Abstriche an seiner Idee entsprechen dem kleinbürgerlichen Verständnis von Vergnügen des Gärtnermeisterverbandes: die Freude am Bescheidenen und Schönen, an immerhin 200 000 Tulpen, Hyazinthen, Narzissen und an über 100 000 Rosen. In der Natur herumspazieren, picknicken, sie betrachten und studieren – das hat den alten Lunapark ersetzt. Die Katastrophe kommt da nicht mehr vor.



Natur auf Ententeichlein reduziert?

Aktion «sauberes Basel»

Von Maria Zemp

Mit dem Regierungsprogramm *«Basel 75 – Hauptziele eines Stadtkantons»* blies die Exekutive vor fünf Jahren zum Angriff gegen die Verödung der Stadt durch den überbordenden Verkehr und die Abwanderung der Bevölkerung aufs Land. Die Parolen überzeugten, aber ihre Verwirklichung scheiterte an den Profitinteressen der Bauindustrie, der Chemie und der Bodenspekulanten sowie am mangelnden Durchsetzungsvermögen von Parlament und Regierung.

Inzwischen blockiert die Regierung selbst die Verwirklichung ihrer deklamierten Ziele. Gegen den Willen der Bevölkerung soll die Nordtangente durchgeboxt werden. Mit Luxusrenovationen in ihren eigenen Liegenschaften fördert die Stadt die Zerstörung von billigem Wohnraum. Die neuesten Statistiken zeigen, dass die Stadtflucht weiter zugenommen hat.

Sanierungskosmetik

Was in Wirklichkeit nicht geschah, sollte nun im Rahmen von *«flankierenden Massnahmen zur ‹Grün 80›»* kosmetisch vorgetäuscht werden. Von 50 Anträgen zur Verbesserung der Wohnqualität wurden nur 29 vom Parlament verabschiedet. Fast aussnahmslos wurden alle vorgeschlagenen Massnahmen für Verbesserungen in Arbeiterquartieren mit einem Seitenblick auf das Budget zurückgestellt. Einzig das «Gundeli», ebenfalls ein Arbeiterquartier, wurde dank seiner Lage zwischen Bahnhof und «Grün 80» für einmal bevorzugt: Heute, kurz vor der Eröffnung, führt ein reichbeblumter und -begrünter Fussgängerweg durchs ganze Quartier bis zum Gelände der «Grün 80». Die versprochenen Sanierungen der Hinterhöfe, die Ausdehnung der Wohnschutzzone, der Immissionsschutz für die lärmgeplagten Anwohner der «Gundeli»-Strassenschluchten wurden «vergessen».

Weitere Kosmetik wurde an der Rheinpromenade und vor allem im Stadtzentrum betrieben.

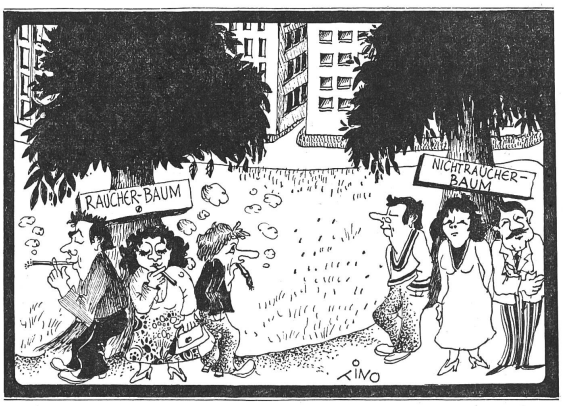
Gegen Drögeler und Huren

Basel bemüht sich, dem internationalen Publikum eine «saubere Stadt» zu präsentieren. Dazu gehören Massnahmen gegen die Ausgeflippten, die «Gass». Schon im letzten Herbst schloss die «Balance», ein bekanntes Drogenlokal am zentralen Barfüsserplatz. Der Leiter des Drogendezernats erklärte, so sei es möglich, diese Leute in den Untergrund zu treiben und ihnen den Zugang zu harten Drogen zu erschweren. Nur zwei Jahre zuvor hatte er die «Balance» noch verteidigt mit dem Argument, eine Konzentration des Drogenhandels an einem Ort sei besser kontrollierbar. Eine andere «Gassenbeiz» in Kleinbasel wurde Ende Februar 80 geschlossen.

Vor einem Jahr verlegte das Polizeidepartement die Huren vom touristisch exponierten Kleinbasel in die Aussenquartiere.

Und über die protestantisch herausgeputzte, biedere Sauberkeit Basels wacht ein – trotz Personalstopp – aufgestocktes Heer von Polizisten. ●

Grün 80: VARIANTE



Wem ist Gösgen noch geheuer?

Fortsetzung von Seite 1

Grössenordnung 5000 Quadratkilometer (= Fläche des Kanton Wallis), müsste die *Bevölkerung bleibend umgesiedelt* werden. Auf noch viel grösseren Gebieten könnte über Jahrzehnte *keine Landwirtschaft betrieben* werden. In den Folgeabschätzungen bisher nicht berücksichtigt wurden zudem die zusätzliche radioaktive Belastung durch die *Verseuchung des Trinkwassers,* die *Einatmung von radioaktivem Staub* und der *Verzehr radioaktiver Lebensmittel.*

Solche Gutachten machen die schweizerischen AKW-Behörden nervös. Denn in ihren Berichten zum AKW Gösgen sind die Folgen eines grossen Unfalls noch nie genau diskutiert worden. Solche Unfälle wurden einfach als «hypothetisch» abgetan, das damit verbundene Risiko wurde pauschal als «zumutbar» erklärt. Aufgrund solcher Einschätzungen hat das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die Bewilligung für Gösgen erteilt.

«Nach menschlichem Ermessen nicht möglich»

Die klassische Gegenargumentation der AKW-Befürworter auf diese Kritik: Solche Unfälle sind so unwahrscheinlich (1:10 000 bis 1:1 000 000), dass man sie nach der praktischen Vernunft als «so gut wie ausgeschlossen» bezeichnen kann. Ist mit einem schweren AKW-Unfall erst in 10 000 Jahren zu rechnen? Solche statistischen Durchschnittswerte können über den Eintrittszeitpunkt eines Ereignisses *nichts* aussagen. Dies wurde von den beiden Oberexperten nach harter Diskussion bestätigt. Verschiedene schwere AKW-Unfälle – zum Beispiel Harrisburg, Browns Ferry, Dresden 1 – hatten eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 1:100 000 oder noch kleiner. Passiert sind sie trotzdem, Harrisburg nach nur drei Monaten Betriebszeit!

Katastrophenschutz von schweizerischer Gründlichkeit?

Als einziges Land sieht die Schweiz vor, dass die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung eines Atomkraftwerks zuerst «vertikal evakuiert», das heisst in den Keller geschickt wird. Erst später, wenn die radioaktive Wolke abgezogen ist, soll die Bevölkerung horizontal verschoben werden, also weg aus dem bestrahlten Gebiet in wenig bestrahlte oder gar unbestrahlte Gegenden.

Auch wenn alle Betroffenen diszipliniert die (Luftschutz-)Keller beziehen würden, wäre höchstens die Gefahr der ersten Stunde gebannt: Es würden weniger Menschen sofort sterben. Aus den Nachforschungen des Experten Konradin Kreuzer in der Umgebung des AKW Gösgen muss zwar geschlossen werden, dass selbst dies wenig wahrscheinlich ist:

- Die öffentlichen Schutzkeller sind teilweise so genutzt, dass sie im Katastrophenfall *nicht geöffnet* werden könnten. Laut kantonalem Konzept sind sie auch nicht für AKW-Unfälle vorgesehen.
- Die Bevölkerung ist so widersprüchlich informiert, dass mit *Panikreaktionen* zu rechnen wäre.
- Die *Alarmeinrichtungen* sind in der Alarmzone 2 – also im Umkreis von fünf bis zwanzig Kilometern – grösstenteils *noch nicht installiert.*

Konkrete Pläne, wie nach dem ersten Tag im Keller 30 000 bis 70 000 Leute so evakuiert werden, dass sie sich nicht länger als eine Stunde im hochbestrahlten Gebiet aufhalten, gibt es schlichtweg nicht. Auch bleibt es fraglich, ob sich überhaupt Leute bereit finden werden, um in einem tödlich verseuchten Gebiet Evakuationsdienste zu leisten.

Nach Ansicht der beiden Oberexperten sind die Massnahmen, die zur wirksamen Verhinderung von grösseren *Langzeitschäden* getroffen werden müssten, von vornherein nicht durchführbar:

- Ein Gebiet, das von Gösgen weit über Zürich bis an den Bodensee reicht, müsste wegen der starken Bodenbestrahlung bis spätestens einen Monat nach dem Unfall *vollständig umgesiedelt* werden.
- Das entsiedelte Gebiet müsste durch Tausende von Arbeitern *entgiftet* werden. Häuser, Dächer und Fassaden müssten abgewaschen, alle Strassen und Trottoirs um etwa einen Zentimeter abgeschliffen werden. Der nicht betonierte Boden wäre 50 cm tief zu pflügen.

Das schwächste Glied der Kette: der Mensch

Die Hauptsache für Unfälle in Atomkraftwerken ist *das menschliche Fehlverhalten.* Eine deutsche Risikostudie[4] berechnete, dass 60 bis 70 Prozent aller Unfälle auf «menschliches Versagen» zurückgeführt werden müssen.

Der von den AKW-Betreibern zugezogene Oberexperte musste zugeben, dass das menschliche Fehlverhalten nur sehr unvollständig abgeschätzt werden kann. Nicht in die Risikobetrachtung einbezogen werden üblicherweise: bewusstes Fehlverhalten des AKW-Personals, menschliche Manipulationen, die nicht in den Betriebshandbüchern vermerkt sind, Sabotage und Kriegsereignisse. Die Wahrscheinlichkeitsberechnungen solcher Sicherheitsstudien – mögen sie mathematisch noch so genau sein – sind also mit grosser Vorsicht aufzunehmen.

Ein Atomreaktor kann bersten

Bei Pannen steigt der Druck im Reaktorgefäss häufig blitzschnell an, um dann langsam wieder abzufallen. Das Reaktordruckgefäss muss in der Lage sein, diese Druckschwankungen schadlos zu überstehen und auch nach 10, 20 Jahren Betriebszeit dem Normaldruck und allen Abweichungen standzuhalten.

Stahl mit diesen Eigenschaften hat es bis vor kurzem nicht gegeben. Kein führender Materialwissenschafter stellt dem Stahl, aus dem das Druckgefäss des AKW Gösgen gefertigt ist, eine Garantie dafür aus, dass er auch nach 20 Jahren noch den Druckbelastungen gewachsen ist. Ohne zusätzliche Druckprüfungen kann nach Ansicht der Oberexperten nicht ausgeschlossen werden, dass das Druckgefäss eines Tages explodiert. Bei diesem Unfall könnte man dann auch nicht mehr auf irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen zurückgreifen. Denn dass ein Bersten des Reaktordruckgefässes möglich ist, wurde von den eidgenössischen Behörden bis anhin kategorisch bestritten. Auch jetzt noch weigerten sich die Überwachungsbehörden beharrlich, das einmütige Expertenurteil anzuerkennen. Regelmässige Kaltwasserdruckproben sind im Betrieb des AKW Gösgen nicht vorgesehen. Damit hat sich's.

Gösgen – nicht auf dem Stand der Technik

In einer ganzen Reihe von Punkten entspricht das Atomkraftwerk Gösgen nicht dem heute üblichen Stand der Sicherheitstechnik. Oberexperte Professor Schärer konnte überzeugend darlegen, dass – entgegen den Behauptungen der AKW-Betreiber und der eidgenössischen Überwachungsbehörden – *das AKW Gösgen gegen einen Flugzeugabsturz nicht gesichert ist.* Wenn die Coronado 1970 statt auf Würenlingen aufs Atomkraftwerk Gösgen abgestürzt wäre, hätte sie die Sicherheitshülle durchschlagen und im Reaktorkuppelraum schwerste Schäden angerichtet. Ein ganz schwerer Unfall wäre plötzlich «sehr wahrscheinlich» geworden.

Auch gegen Sabotage ist das AKW Gösgen nicht optimal gesichert, wie Professor Schäfer nachweisen konnte. Besonders da in einigen wichtigen Fällen – zum Beispiel beim Notkühlsystem – das Sicherheitsprinzip durchbrochen worden ist, dass gegen mögliche Unfälle mehrere voneinander unabhängige Barrieren errichtet werden müssen. Professor Schäfer forderte daher unter anderem, dass beim AKW Gösgen ein zweites, anders konstruiertes Notkühlsystem eingerichtet wird.

Radioaktivität – gefährlicher, als man denkt

Das AKW Gösgen produziert in einem Jahr 1000mal mehr Radioaktivität als damals die Hiroshima-Bombe. Weil aber davon praktisch nichts in die Umwelt gelange und ausserdem die Radioaktivität in kleinen Dosen nicht gefährlich sei, schliessen die AKW-Betreiber: Atomstrom ist sauber. Die Strahlenbelastungen der Bevölkerung und der Arbeiter in den AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen, den Uranminen und den Abfall-Lagerstätten sei tolerierbar, weil die gesundheitlichen Folgen vernachlässigt werden könnten. Auf jeden Fall sei das Risiko für Arbeiter im AKW-Betrieb wesentlich kleiner als in jedem andern Industriebereich.

Diese Behauptungen der AKW-Betreiber stützen sich auf die wissenschaftlichen Empfehlungen der Internationalen Strahlenkommission (ICRP). Diese schätzt, dass 10 000 manrem (10 000 Personen mit 1 rem) *einen* Krebstoten zur Folge haben. Zahlreiche neue Untersuchungen zeigen aber, dass die Schadenwirkung der radioaktiven Stahlung wesentlich höher liegt. Professor Karl Morgan, der ehemalige langjährige Präsident der ICRP, schätzt heute die Schadenwirkung rund sechsmal höher ein als seine amtierenden Kommissionskollegen. Oberexpertin Frau Professor Schmitz-Feuerhake, Bremen, geht in ihrer Beurteilung sogar rund zehnmal höher als die ICRP. Nur die Werte der Schweizer Behörden lagen bisher noch unter denjenigen der internationalen Strahlenschutzkommission.

Ob die Radioaktivität um den Faktor 3,6 oder 10 gefährlicher sei als bisher angenommen, mag belanglos erscheinen. Sollten sich aber die kritischeren Werte durchsetzen, so wäre die Existenz der Atomindustrie in Frage gestellt. Der Atombetrieb wird funktionsunfähig, wenn die Belastung der Arbeiter von jährlich 5 rem auf 0,5 rem herabgesetzt werden muss. (Heute werden die AKW-Arbeiter in der Schweiz mit 0,8–1 rem belastet.) Die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen wäre mit diesen tieferen Schutzgrenzen völlig undenkbar. Die Reduktion der Belastungslimiten für die Bevölkerung um den Faktor 3,6 oder 10 würde ebenfalls zur Stillegung der bestehenden AKWs führen.

«Normalbetrieb»: Der einzelne wird nicht geschützt

Die radioaktive Belastung der Bevölkerung beim *Normalbetrieb* kommt durch radioaktive Gase und Staubpartikeln aus dem Kamin zustande. Das Atomgesetz und die Verordnung sichern jedem Anwohner den gleichen Schutz zu: dem Bauer, dessen Kühe in der AKW-Umgebung weiden und deren Milch von seiner Familie getrunken wird, dem Feierabendgärtner, der sich mit dem Gemüse aus dem eigenen Garten selbst versorgt, und dem Hobbyfischer, der die Fische unterhalb des AKW aus dem Wasser zieht. Nur, die exakte Belastung dieser Personen lässt sich nicht messen, sondern allenfalls berechnen. Diese Berechnungen der Radioökologen sind sehr umstritten, da sie von vielen Faktoren abhängig sind.

Für Gösgen wurde aber nicht einmal ein radioökologisches Gutachten erstellt. Standortspezifische Daten – in anderen Ländern (zum Beispiel Deutschland, Holland, Schweden) eine Selbstverständlichkeit – waren deshalb für Gösgen nicht vorhanden. In den Hearings nun konnte der Experte Teufel nachweisen, dass bei einem Ausschöpfen der bewilligten Abgabelimite für das AKW Gösgen Belastungen einzelner Organe auftreten können, welche die Richtlinien der eidgenössischen Strahlenschutzverordnung um das Zehnfache überschreiten. Nicht zuletzt wegen der enormen Unsicherheiten bei der Berechnung der Strahlenbelastung forderten die Oberexperten schliesslich, *dass die Abgabelimiten für Gösgen wesentlich niedriger* (zwischen 80 und 99,9% Prozent) *angesetzt werden.*

Und unsere Kinder?

Radioaktive Substanzen reichern sich im Boden über Jahre hinweg an. Und wenn in 10 Jahren eine Erhöhung der Bodenvergiftung durch den Normalbetrieb festzustellen ist, kann man dies nicht mehr dadurch rückgängig machen, dass man das AKW abstellt. Der Boden bleibt verseucht.

Die Berechnungen der Strahlenbelastung beziehen sich auf den geschlechtsneutralen Durchschnittsmenschen im Durchschnittsalter mit Durchschnittsgesundheit und Durchschnittsgewohnheiten. Kinder im Mutterleib aber sind beispielsweise bis *500mal* empfindlicher als der «Normalmensch». Wenn die Schutzziele für jedes Leben gelten sollen, auch für das ungeborene, dürfen heute Atomkraftwerke nicht mehr betrieben werden – es sei denn, man verbiete den Frauen im Umkreis eines AKW, Kinder zu haben.

R. Bühler, U Kasser

[4] Die Risikostudie wurde letztes Jahr im Auftrag der BRD-Regierung von den deutschen Atomenergie-Forschungszentren ausgeführt.

Wissenschaftliche Experten pro und kontra

Wer lügt im Atomstreit?

Von Daniel Wiener, Teilnehmer an den Gösgen-Hearings

Die Gösgen-Hearings sind vorbei. Das Kraftwerk läuft weiter. Während acht Tagen prallten Aussagen von Wissenschaftern der Atomkraft-Befürworter und -Gegner aufeinander. Die Gösgen-Hearings haben aber eines gezeigt: Es stehen sich nicht Lügner und Wahrheitsapostel gegenüber, sondern zwei grundverschiedene Wissenschaftergenerationen.

Seit der Aufklärung hat die Technik einen rasanten Aufstieg erlebt. Dieser war nur dank dem Zusammentreffen zahlreicher begünstigender Umstände, insbesondere dank der *Befreiung der Wissenschaft aus dem Korsett der Religion,* möglich. Heute wird Forschung als Investition im Hinblick auf den technischen Fortschritt betrieben. Die Erkenntnisse sollen sich in neuen Produktionsmitteln und Konsumgütern niederschlagen. Dies ist das Hauptmotiv ihrer Finanzierung. Die Risiken neuer Produkte werden – zum Beispiel beim Bau von Autos – mit berücksichtigt. Diese Rechnung wurde auch an den Gösgen-Hearings gemacht. Die resultierende *«Risikozahl»* wurde mit anderen Risiken verglichen. Ergebnis: Das Atomrisiko hält sich im Rahmen.

Atomrisiko – im Rahmen?

Es entspricht den Grundsätzen der traditionellen Wissenschaft, eine *Kosten-Nutzen-Rechnung* zu machen. Es waren nicht die Betreiber der Atomkraftwerke, sondern *Universitätsprofessoren,* die an den Gösgen-Hearings solche Überlegungen anstellten. Als Kriterien für die Sicherheitsanforderungen führten sie und die Überwachungsbehörden die «Verhältnismässigkeit» bzw. die «Zumutbarkeit» (Atomgesetz) an. *Peter Courvoisier,* Chef der Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen (ASK) beim Energiewirtschaftsdepartement, versicherte zwar ausdrücklich, Kosten spielten bei den Entscheiden seiner Behörde keine Rolle. Es ist aber unbestritten, dass ein Atomkraftwerk bedeutend sicherer wäre, würde es unterirdisch gebaut. Die Kosten dieser und anderer Massnahmen könnten aber die Anwendung der Atomtechnologie zur Energieerzeugung in Frage stellen. Das Prinzip der Verhältnismässigkeit und Zumutbarkeit bedeutet also nichts anderes, als dass die Anordnungen der Sicherheitsbehörden nicht auf ein faktisches Verbot von Atomkraftwerken hinauslaufen dürfen. Das Sicherheitsniveau ergibt sich also aus einer Kosten-Nutzen-Rechnung und nicht aus einem gesellschaftlich bewusst in Kauf genommenen Risiko.

Aus Schaden klug?

Eine der wichtigsten Methoden der traditionellen Wissenschaft nennt sich *«try an error»,* im Volksmund etwa: «Aus Schaden wird man klug». Dieses – normalerweise sinnvolle – Prinzip führt zur langsamen Verbesserung eines Produkts aufgrund von Fehlleistungen und schlechten Erfahrungen. Zur Einschätzung eines natürlichen Vorgangs stützt sich die traditionelle Wissenschaft auf *Experimente.* Im Experiment kann jedoch nur ein Teil der Erfahrung vorweggenommen werden. Die Wirklichkeit lässt sich auf diese Weise nur in beschränktem Mass erfassen. Weil eine nicht vorausgesehene Fehlleistung zu einer Katastrophe führen kann, ist es unverantwortlich, die Methode «try an error» auf Atomkraftwerke anzuwenden.

Die an sich vernünftigen Methoden und Grundsätze der traditionellen Wissenschaft aus dem 18. und 19. Jahrhundert müssen an der Herausforderung der atomaren Grosstechnologie scheitern. Angesichts der grossen gesellschaftlichen Gefahren, die durch die neue Technik heraufbeschworen wurden, begann eine neue Generation von Wissenschaftern auch wertende Elemente in ihre Arbeit einzuführen. (Dabei entdeckte sie, dass auch die traditionelle Wissenschaft keineswegs eine wertfreie ist.)

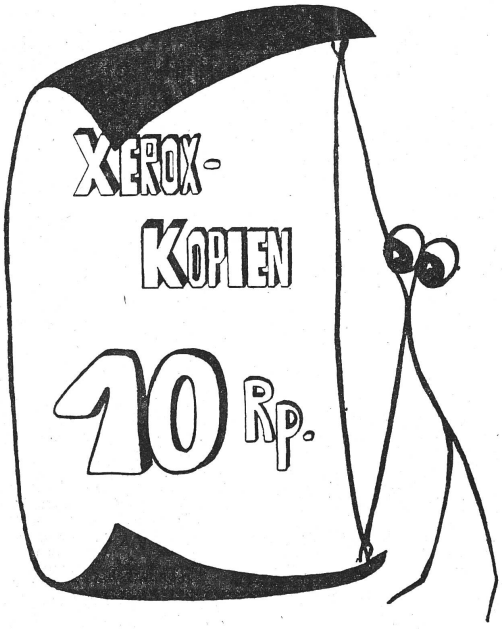
Auf Machbares verzichten

Statt bloss dem technischen Fortschritt zu dienen, betrachtet es die neue Wissenschaftergeneration als ihre Pflicht, die Öffentlichkeit vor den Folgen der wissenschaftlichen Forschung und deren technischer Anwendung zu warnen. Der Bremer Professor und Atomkritiker *Rüdiger Schäfer* an den Gösgen-Hearings: «Die kleinen Wahrscheinlichkeiten eines Atomunfalls dürfen die Entscheidungsträger nicht davon ablenken, dass es schon ähnlich unwahrscheinliche Ereignisse in Atomkraftwerken gegeben hat.» Oder: «Sind Schäden einmal eingetreten, fragt niemand mehr danach, ob die Wahrscheinlichkeit nun 1:100 000 oder 1:10 000 war.» Es gehört zur «moralischen Verantwortung der Wissenschafter» (Professor Max Thürkauf, Basel,) die Öffentlichkeit auch ungefragt vor Gefahren zu warnen. Dazu Schäfer: «Die Politiker müssen sich mit dem Mass der maximal möglichen Unfallfolgen auseinandersetzen und diese auch publik machen.»

Solche Aussagen relativieren – über die Atomtechnologie hinaus – die Wertsysteme, auf deren Grundlage grosse Industrien ihre Geschäfte machen und arrivierte Professoren ihre berufliche Tätigkeit aufgebaut haben. Zu den Grundsätzen der neuen Wissenschaftergeneration, die wir an den Gösgen-Hearings erlebt haben, gehört überdies die Bereitschaft, auf Machbares zu verzichten, unter Umständen auch gegen den Willen der interessierten Industrie.

PS.: Wenn wir von den redlichen Anhängern der traditionellen Wissenschaft sprechen, dann dürfen wir diese nicht mit jenen Propagandisten der Atomindustrie verwechseln, die tatsächlich lügen oder wichtige Tatsachen verschweigen, um ihre Kraftwerke dem Volk zu verkaufen.

Keine Angst vor tiefen Preisen!



ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG COPY-CENTER

Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

Wettlauf um die UKW-Frequenzen

Kein Kommerz auf Megahertz!

Von Jürg Frischknecht

Der Ausdruck Medienl a n d s c h a f t ist in der Mediendiskussion zum festen Begriff geworden. In den achtziger Jahren wird vor allem der Medienh i m m e l dafür sorgen, dass die Medienpolitik auf der Traktandenliste weit oben figuriert. Vorerst ist es vor allem das uralte Dampfradio, das nach Jahrzehnten eines Schattendaseins beinahe täglich Schlagzeilen liefert.

Auf der Warteliste für Programmkonzessionen stehen zurzeit

- Roger Schawinski (einmal mit einem Genossenschaftssender, der durch freiwillige Beiträge finanziert würde, einmal kommerziell wie gehabt),
- das alternative Lokal-Radio Zürich (ALR),
- die Medienpolizisten des Hofer-Klubs,
- die vier Zürcher Grossverlage Ringier/Tagi/Frey/NZZ,
- die Arbeitsgemeinschaft christliches Radio (freikirchliche Radiomissionare),
- die Stiftung Dialog (ein Werbebüro für die Beteiligung an der direkten Demokratie),
- vielleicht die Migros.

Dieser Wettlauf um die UKW-Frequenzen ist um so erstaunlicher, als es dem Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) bis vor kurzem gelang, den Deckel auf dem Topf zu halten, und zwar mit folgender Position: Ohne Verfassungsartikel für Radio und Fernsehen geht im Bereich der elektronischen Medien nichts. Also nichts Neues bis Mitte der achtziger Jahre. (Die Ausnahme von der Regel: Für Lokalprogramme auf Kabelnetzen wurde mit der Kabelrundfunk-Verordnung die Tür zu Experimenten einen schmalen Spalt weit geöffnet.)

Aus diesem Stillhalteinteresse gingen die Schweizer Behörden auch gegen Radio 24 vor. Weil das Lokalradio in der Medienlandschaft einer der wenigen noch weissen Flecken ist, wollte sich das EVED dieses Niemandsland nicht fünf vor Zwölf durch Faits accomplis besetzen lassen, also bevor der Staat mit medienpolitischen Regelungsversuchen eingreifen kann. Das staatliche Vorgehen war nicht gerade sympathisch, aber richtig. Denn es ist besser, wenn das Gesetz des Handelns beim Staat bleibt, der auf gesellschaftspolitische Werte verpflichtet werden kann, als wenn auch noch das Lokalradio den Geschäftsleuten überlassen wird. Diese zweite Position vertritt in der Schweiz der Frey-Konzern besonders unverblümt, der eine Radio-Gewerbe-Freiheit analog zur Presse-Gewerbe-Freiheit fordert; Vorbild USA.

Tendenzwende

Die Stillhalteperiode ist definitiv vorbei. Den Radioboom haben vor allem drei Umstände ausgelöst:

- der (ehemalige) Journalist Schawinski, der mit einem Grenzsender Geld machen wollte und sich dabei einen Dreck um staatliche Ordnungsbemühungen kümmerte,
- die Genfer Wellenkonferenz, die 1979 das UKW-Band über die bisherige Grenze von 100 Megahertz hinaus auf 108 MHz erweiterte, wobei die neuen Frequenzen stufenweise freigegeben werden,
- der neue EVED-Vorsteher Leon Schlumpf, der Anfang Februar etwas voreilig verkündete, befristete Radioexperimente seien auch vor einem Verfassungartikel möglich, vielleicht sogar mit Werbung.

Tatsächlich stünde es dem Bundesrat frei, auch ohne Verfassungsartikel neben der SRG einer oder mehreren weiteren Trägerschaften eine Programmkonzession zu erteilen. Damit ist nicht so rasch zu rechnen. Schneller dürfte es auf lokaler Ebene gehen, wo lediglich die Kabelrundfunk-Verordnung aus dem Jahr 1977 im Weg steht, da sie die drahtlose Verarbeitung von Lokalprogrammen verbietet (was seinerzeit mit Frequenzmangel und Kriegsreserve begründet wurde). Die Verordnung läuft Mitte 1981 aus und muss spätestens bis zu diesem Zeitpunkt revidiert werden. Es gilt als sicher, dass die drahtlose Verbreitung künftig erlaubt wird. Umstrittener ist die Frage, ob und wieweit das Werbeverbot gelockert werden soll.

Neue Töne im Medienhimmel? *aus: la Nouvelle Critique No 124*

Linke Positionen: bürgernah, kommerzfrei, lokal

Die GKEW und weitere Gruppierungen nahmen im Sommer 1976 den (erfolgreichen) Kampf gegen den Radio- und Fernsehartikel vor allem deshalb auf, weil er auch private Veranstalter vorsah. Noch während des Abstimmungskampfes zeichnete sich in der Privatisierungsfrage eine Differenzierung ab. Das GKEW-Info veröffentlichte ein Plädoyer *«für ein privates, nichtkommerzielles Radio und Fernsehen»*: *«Auf lokaler/regionaler Ebene sind private Sender zuzulassen. Einzige Einschränkung: Werbung ist nicht gestattet, weil sonst solche Stationen unweigerlich in die Hände von Profitinteressen gelangen. Für sämtliche interessierte Gruppen besteht die Sendefreiheit.»* Diesen Vorstellungen entspricht auch das Projekt ALR, das im November 1976 in Angriff genommen wurde: ein linksengagiertes, bürgernahes Lokalradio, das sich aus freiwilligen Hörerbeiträgen finanziert.

Eine Trennung zwischen nationaler und lokaler Ebene machten 1979 auch Journalisten-Union und Gewerkschaftsbund: *«Programmkonzessionen werden erteilt an eine nationale unabhängige Institution des öffentlichen Rechts sowie an lokale Veranstalter, die genossenschaftlich organisiert und von Wirtschaft und Werbung unabhängig sind»* (Vernehmlassung zum Radio- und Fernsehartikel). Konkret könnte das etwa so aussehen: Auf gesamtschweizerischer Ebene bleibt das Monopol der SRG. Auf lokaler Ebene würde der UKW-Bereich geöffnet, und zwar für nichtkommerzielle, bürgernahe Stationen, die den Radiokonsumenten frei nach Brecht auch als Lieferanten miteinbeziehen. Kaum ein Medium erzielt ein derart günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Reichweite wie das Lokal-UKW (für wenige hundert Franken ist die ganze Stadt Zürich zu versorgen). Und kaum ein Medium ist derart zugänglich. Das Kleinmedium UKW ist (im Gegensatz zu kapitalintensiven Grossmedien wie Fernsehen oder erst recht Satelliten-TV) vom Bürger so einfach zu handhaben wie ein Tonbandgerät oder eine Photokamera. Mit andern Worten: Es ist ein Medium mit demokratischen Potenzen, weil es eine demokratische Nutzung erlaubt, eine Nutzung, die auf Kommunikation, auf gesellschaftliche Verständigung und Auseinandersetzung angelegt ist und nicht auf Profit. Möglich wären nach diesen Vorstellungen ein ALR und auch Schawinskis Genossenschaftsradio oder spendenfinanzierte Missionssender, nicht aber Kommerzsender, ob sie nun von Verlegern oder von Schawinski kommen. Für Profitjäger gibt es im Medienwald ja sonst schon genügend Jagdgründe.

Werbung killt Experimente

Ein letzter, aber entscheidender Punkt: Bei der Revision der Kabelrundfunk-Verordnung muss das Werbeverbot, das natürlich von den Kommerzlern heftig attackiert wird, unbedingt erhalten bleiben. Auch die revidierte Verordnung ist ja eine Übergangslösung, die im Hinblick auf die spätere verfassungsmässige und gesetzliche Regelung *Experimente* ermöglichen soll. Um Experimente zu ermöglichen, ist in erster Linie die kostengünstige drahtlose Übermittlung zuzulassen – aber nicht die Werbung. Denn Werbung ermöglicht keine Experimente, sie verunmöglicht solche. Was passiert, wenn man Werbung zulässt, muss nicht experimentiert werden. Das ist aus dem Ausland zur Genüge bekannt: ein Wettrennen um das werbeträchtige Publikum, also Ausrichtung auf Leichtverdauliches, Unverbindliches. Nur ja nichts Engagiertes. Ein Kommerz-Radio-24 vom Uetliberg wäre kein Experiment, sondern die Wiederhölung eines x-mal ausprobierten todsicheren Geschäfts.

Experimente, die diese Bezeichnung unter kommunikativen, kulturellen, gesellschaftspolitischen Kriterien verdienen, also eine Erprobung neuer Formen von Kommunikation bedeuten, brauchen einen in gewissem Sinn geschützten Raum. Dieser «Schutzraum» würde zerstört (wie z. B. in Italien die Entwicklung hin zu amerikanischen Verhältnissen zeigt), wenn die Kommerz-Dampfwalze auch ins Gärtchen des Lokalradios eindringen dürfte. – Utopien? Linke Schwärmereien? Unrealistischer Idealismus? Zweiflern sei empfohlen, die Entwicklung im Ausland wie auch einzelne funktionierende Modelle genau zu studieren. ●

In der neuen Reihe «Mediaprint», die von der Journalisten-Union und dem Basler Lenos-Verlag herausgegeben wird, erscheint als erster Titel das 168 Seiten starke Dossier «Kommerz auf Megahertz?». Walo von Büren und Jürg Frischknecht dokumentieren die Geschichte von Radio 24, das Alternative Lokal-Radio Zürich und weitere Radioprojekte, die Piratenszene, funktionierende Non-profit-Stationen im Ausland, die wichtigsten medienpolitischen Positionen, insbesondere der Linken. Ab 20. März im Buchhandel, 15 Fr.

das konzept Tip

Plakate kleben

Seit April 1978 bearbeitet die Zürcher Justiz drei Personen, welche sie wegen Klebens von Plakaten verurteilen will. Die Anklage wegen Sachbeschädigung wurde schon beim Bezirksgericht abgewiesen, gleichzeitig aber die vom Polizeirichter verhängte Busse erhöht. Das Obergericht musste diese Erhöhung als ungültig erklären und sagte den Rekursprozess ab. Erfolg für die Plakatkleber also, denen nicht grosse Finanzen zur Verfügung stehen. Verschiedene Personen fordern denn auch eine Aufhebung von restriktiven Gesetzen, welche auf Plakatklebereien angewandt werden können. In einer kleinen Broschüre, welche vom «Kämpfer» und von der Schweizerischen Kommunistischen Organisation herausgegeben wurde (ihre Mitglieder wurden angeklagt), sind die Dokumente und verschiedene Stimmen zur Problematik gesammelt.

«Plakate kleben – kriminell?» Zu beziehen bei: «Kämpfer», Postfach 3167, 8031 Zürich. 3 Fr.

Hugo Blanco in der Schweiz

Auf Mitte Mai haben die Militärs in Peru Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angesetzt, um aus der politischen Krise herauszukommen. Auf dem Hintergrund einer längeren Periode harter Arbeitskämpfe, von Demonstrationen mit brutalen Polizeieinsätzen, der ungelösten Agrarfrage und der Elendsviertel in den Städten hat sich die revolutionäre Linke zu einer Einheit hinter dem Präsidentschaftskandidaten Hugo Blanco, dem populären trotzkistischen Bauernführer, zusammengeschlossen. Diese Einigung der revolutionären Linken ist auf ein sehr grosses Echo gestossen. In verschiedenen Quartieren Limas ergaben Umfragen für Hugo Blanco die höchsten Stimmenanteile. Mit einer Rundreise durch Europa wirbt er um Solidarität und finanzielle Unterstützung für die peruanische Linke.

Veranstaltung der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) mit Hugo Blanco: Zürich, 12. März, 19.30 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal; Genf, 13, März, 20.00 Uhr, Petite Salle du Faubourg.

Zürcher Arbeitsgruppe Vergewaltigung

Mit dem Ziel ein *Nottelefon* aufzubauen, das vergewaltigten Frauen Begleitung und Beratungshilfe anbieten soll, hat sich in Zürich eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie ist offen für weitere Frauen (vor allem auch für betroffene!), damit ein tragfähiges Projekt entsteht.

Wir treffen uns in zweiwöchigem Turnus bei: Ursula Tappolet, Mainaustrasse 34, 3. Stock, Zürich 8, Telefon (01) 69 01 09, erstmals am Mittwoch, 5. März 1980, 19.30 Uhr. *Nächste Sitzungen:* 19. März, 2. April, 16. April.

«NZZ»-Jubiläumsposter

Wir haben die ausserordentliche Ehre, Ihnen, verehrte Leserschaft, unseren Wandanhang zum 200-Jahr-Jubiläum des Weltblattes im Provinzstil anzukündigen. Der als Wandschmuck sich bestens eignende Druck wurde mit Sorgfalt im Zeitungsseiten-Format erstellt und kostet Sie auf dem Postweg nicht mehr als 6 Franken. Wollen Sie bitte Ihre Bestellungen richten an die Redaktion, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.

Bundesdeutscher Rundfunk im Griff der Reaktion?

Gleichgeschaltete Glotze

Von Roman Brodmann

Albrecht und Stoltenberg, die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, beide CDU und beide mit je einer einzigen Stimme Landtagsmehrheit an der Macht, haben zugeschlagen. Sie wollen den Norddeutschen Rundfunk (NDR) nicht mehr gemeinsam mit dem Stadtstaat Hamburg tragen, weil er ihnen «zu rot» ist. Sie werden jetzt – vorausgesetzt, das Bundesverwaltungsgericht in Berlin weist Hamburgs Klage ab und erklärt die Kündigung der Verträge für rechtmässig – einen Zweiländersender einrichten, dessen Richtlinien sie ganz nach ihrem Geschmack bestimmen, und sie werden gleichzeitig dem kommerziellen Privatfernsehen die Türen öffnen. Das ist nicht nur ein lokaler oder regionaler Vorgang, das ist eine Vorausattacke zum Generalangriff der politischen Rechten auf das gesamte System der elektronischen Medien in der Bundesrepublik Deutschland.

Kritiker im Visier

Man sah das seit langem kommen. Deutsche Journalisten und Programmmacher, die sich bei Radio und Fernsehen kritisch artikulierten, kamen mit zunehmender Regelmässigkeit und Schärfe ins Fadenkreuz der politischen Diffamierung. Der Westdeutsche Rundfunk in Köln (WDR), unter der Leitung des Freiherrn von Sell der grösste ARD-Sender, in dem einige Linksliberale von Fall zu Fall noch eine Lippe riskieren dürfen, wird in der Rechtspresse nach dem Prinzip der terminologischen Diskriminierung als «Rotfunk» angesprochen.

Die CSU hat ihren Bayerischen Rundfunk fest im Griff und pflegt ihren liberalen Reporter Dagobert Lindlau als letztes Feigenblatt eines Propagandasenders. In den andern ARD-Anstalten und beim ZDF hat die CDU dank der Tatsache, dass die Sozialdemokraten medienpolitische Stümper sind, fast alle politisch massgeblichen Schlüsselpositionen besetzt.

Findet man auf einem wichtigen Posten einmal einen Sozi, dann ist es unter Garantie einer der angepassten Parteikarrieristen. Wie etwa der langjährige Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Barsig, der mit seiner Pensionierung vor zwei Jahren seinen wahren Beruf entdeckte: Er schreibt jetzt Kolumnen für die Springer-Presse. Die Verhältnisse nehmen bisweilen groteske Formen an. Es gibt beim deutschen Fernsehen sogenannte SPD-Spitzenleute, die nur noch mit den Stimmen der Rechten wiedergewählt oder bestätigt werden.

Aber das alles ist den Reaktionären nicht genug. Sie wollen ein System aus den Angeln heben, das ihnen in seiner ganzen Grundstruktur und vor allem in seinem Geist zuwider ist und ihrem Traditionsverständnis widerspricht. Denn das Beste, was sich die alliierten Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland einfallen liessen, war die Neuordnung des sogenannten Rundfunkwesens. Es wurde den technisch restaurierten Sendern mit neuer personeller Verantwortung ein liberaler Freiraum etwa nach dem Modell der BBC verordnet, es wurde ein «cordon sanitaire» gelegt gegen Zugriffe politischer Gremien und Interessengruppen, und man war von Anfang an darauf bedacht, die Zuständigkeiten zu dezentralisieren, um es einer Renaissance des Staatsrundfunks im zentralen Griff einer Regierungsmacht so schwer wie möglich zu machen.

Antifaschistische Entrümpelung

Diese Bemühungen der Besatzungsmächte (unter denen in diesem Fall die britische die einflussreichste war) schlugen sich dann auch nieder bei der Konstituierung des neuen deutschen Bundesstaates. Die Verfassung von 1949 legte die Einrichtung oder Konzessionierung von Radiostationen als Sache der Länder fest und gab gleichzeitig im allgemeinen Sinne Garantien für das Recht auf freie Meinungsentfaltung. So entwickelten sich Radio und Fernsehen in der jungen BRD wenigstens partiell zu Stätten lebendiger Kontroverse, die weltweit Beachtung und Anerkennung fanden.

Die antifaschistische Entrümpelung, die es in den Schulen kaum und bei der Justiz überhaupt nicht gab, war bei den Rundfunkanstalten fast perfekt. Es formierte sich vor allem in den journalistischen Bereichen der Sender eine erstaunliche Generation lernfähiger Mitarbeiter, die entschlossen waren, bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowohl wie mit der neuen politischen Landschaft von ihrem Kopf Gebrauch zu machen.

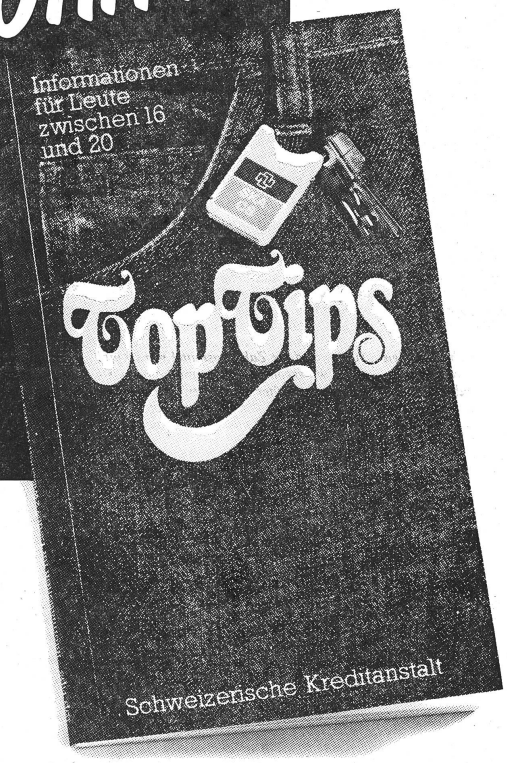
Adenauers Staats-TV-Pläne

Das passte den Oligarchen der wieder zur Macht strebenden Wirtschaft und ihren politischen Adlaten nicht. Während die von den Alliierten lizenzierte Linkspresse ganz schnell an materieller Schwindsucht wieder zugrunde ging, blieb in den hauptsächlich von den Gebühren der Allgemeinheit getragenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten manch kritischer Geist ungeschoren. Schon der erste bundesdeutsche Kanzler, Konrad Adenauer (CDU), versuchte 1961 handstreichartig eine Machtergreifung, indem er gegen die für seinen Geschmack viel zu unbotmässige ARD ein Staatsfernsehen gründete. Er wurde noch von den Verfassungsrichtern gestoppt.

Jetzt hat man für die Zerstörung der nachkriegsdeutschen Medienstruktur neue Mittel ersonnen. Die Zersplitterung des NDR bedroht das Gesamtgefüge der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD). Gleichzeitig mit der Unterhöhlung bestehender Strukturen will man mit dem Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Konkurrenzprogramme den ARD-Sendern und dem ZDF an die Einschaltquoten: Gehirnschonender Zeitvertreib soll «linker» Information die Schau stehlen. Warnt einer vor der auf diese Weise drohenden Amerikanisierung der deutschen Medienlandschaft, dann operieren die Machtpolitiker so scheinheilig wie zynisch mit dem «mündigen Bürger», der ausser seinen Volksvertretern ja wohl auch die richtigen Programme werde wählen können.

Das Monopol von ARD und ZDF müsse gebrochen werden, im Interesse der Demokratie, sagen die deutschen Reaktionäre. Es sind die gleichen Leute, die von Mitbestimmung in Betrieben und Universitäten noch nie etwas wissen wollten. Jetzt wollen sie die «Demokratisierung» des Fernsehens, damit Lieschen Müller nie mehr in die fatale Lage kommt, vor der Glotze etwas denken zu müssen. ●

WEM GEHÖRT EIGENTLICH MEIN LEHRLINGSLOHN?



Fragen wie diese beschäftigen einen, wenn man jung ist. Wer kann die richtigen Entscheidungshilfen bei der Berufswahl geben? Wie macht man am besten Ferien auf eigene Faust? Welche Versicherungen sollte man abschliessen?
Die Antwort auf solche Fragen findet Ihr jetzt in den Top-Tips der SKA. Die Top-Tips sind eine fast 100-seitige, illustrierte Broschüre, die den Wissensdurst der Jugend in vielen Gebieten stillt und zahlreiche nützliche Adressen von Auskunftsstellen vermittelt.

Ihr bekommt sie jetzt gratis an jeder SKA-Geschäftsstelle. Denn guter Rat muss schliesslich nicht unbedingt teuer sein.

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

SKA – für alle da

COUPON

Ich möchte gerne mehr wissen. Bitte schicken Sie mir die Top-Tips.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Geburtsdatum: _____

Einsenden an die nächstgelegene SKA-Geschäftsstelle oder an SKA-Hauptsitz/Pvz, Postfach, 8021 Zürich.

KON
8999

Wozu noch Gold?

Goldrausch, Goldfieber und ähnlich wurde die Hausse auf dem Goldmarkt genannt. Tatsächlich, wie in den Zeiten des Wilden Westens rannten Glücksgierige und Geschäftemacher der schwindelerregenden Preissteigerung des Edelmetalls nach. Um 700 Prozent stieg der Goldpreis in zweieinhalb Jahren – über Hintergründe und Folgen wird wenig gesprochen; es sei denn, um einmal mehr zu belegen, dass eben Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Gelobt also sei die Marktwirtschaft, auch wenn durch sie Gold und Brot, Erdöl und Freiheit immer teurer werden!

Wie spielt denn nun die Marktwirtschaft mit dem Gold? Die Weltproduktion beträgt jährlich etwa 2000 Tonnen, davon stammt die Hälfte aus Südafrika, ein weiteres Viertel aus der UdSSR. Von dieser Menge werden nur einige hundert Tonnen jährlich als Werkstoff verwendet, zum Beispiel in der Elektronik, der Zahntechnik, zur Herstellung von Schmuck. Der weitaus grösste Teil des vorhandenen Goldes hat jedoch eine ganz andere Aufgabe: Gold repräsentiert Reichtum und soll diesen gleichzeitig auch sichern. Diese Funktion hatte Gold (und Silber) schon in den antiken Kulturen, und der enge Zusammenhang zwischen Gold und Geld besteht seit den ersten geprägten Münzen. Durch die weltweite Ausbreitung des Handelsverkehrs wurde Gold ein verbindliches Zahlungsmittel, das heisst, weil es überall gleich hoch geschätzt wurde, erhielt es die zusätzliche Funktion eines Wertmassstabs für wirtschaftliche Güter aller Art.

Diese beiden Funktionen des Goldes, nämlich Wertaufbewahrungsmittel einerseits und Zahlungsmittel anderseits, sind auch heute noch wichtig für das Funktionieren der Weltwirtschaft. Sie können aber nur erfüllt werden, wenn Gold in überschaubarer Beschränkung vorhanden ist und nicht wie etwa Banknoten beliebig vermehrt werden kann.

Diese Voraussetzung wird dadurch gesichert, dass etwa die Hälfte des Goldbestands von den Staatsbanken als Goldschatz gehortet wird und die Goldproduzenten jährlich nur beschränkte Mengen auf den Markt bringen. Die andere Hälfte des Goldes dagegen ist im Besitz grosser privater Financiers und wird mehr oder weniger frei gehandelt.

Da Gold Sicherheit bedeutet, ist die Nachfrage immer dann am grössten, wenn das Kapital Sicherheit sucht. So haben der Stabilitätsverlust des US-Dollars, die unsicheren politischen Verhältnisse und die ungünstigen Wirtschaftsprognosen für 1980 im letzten Jahr zu einer besonders grossen Nachfrage nach Gold geführt, was explosive Preissteigerungen brachte. Ein Beispiel: Nach der Sperrung der iranischen Guthaben in den USA beeilten sich viele erdölproduzierende Länder ihre (unsicher gewordenen) Dollarguthaben abzustossen und für unzählige Milliarden Gold zu kaufen. Der dadurch provozierte Preisauftrieb verlockte viele Goldbesitzer dazu, Teile ihres Bestands zu verkaufen. Solange sich Käufer, auch zu immer höheren Preisen, finden, lässt sich die Spirale von Preis und Profit munter drehen, denn: Sicherheit hat heute für die Reichen dieser Welt einen hohen Wert.

Jedoch: Gold kann als Wertaufbewahrungs- und als Zahlungsmittel nur so viel Wert widerspiegeln, wie überhaupt wirtschaftliche Güter vorhanden sind. Und da hapert's. Der 700prozentigen Preissteigerung steht eine nicht annähernd vergleichbare Steigerung der Güterproduktion gegenüber. Beim heutigen Goldpreis entspricht die Aufwertung des Weltbestands von etwa 100 000 Tonnen etwa 30 000 Milliarden Schweizer Franken, das heisst der Weltgüterproduktion von einigen Jahren. Die Fata Morgana des Goldreichtums kann sich deshalb schnell in eine Wüste der Güterarmut zurückverwandeln.

Aber nicht nur dieses Ungleichgewicht bedroht die Funktionen des Goldes in der Weltwirtschaft. Wenn viele grosse Goldbesitzer gleichzeitig auf die Idee kommen, ihr Gold mit dem heute möglichen Profit zu verkaufen, ist sogar ein Zusammenbruch des Goldpeises möglich. Dann hätte das labile Gleichgewicht zwischen Profit und Sicherheit so einseitig auf die Profitseite ausgeschlagen, dass das Gold viel von seinem Glanz als Sicherheitsträger einbüssen und diesen vielleicht nie mehr wiederfinden würde. Dies würde bedeuten, dass die Goldschätze der Banken ihren symbolischen und realen Wert verlören.

Um dies zu vermeiden, haben die Grossbanken und Börsen mit dem Schlussbukett eines schwungvollen Weihnachtsgeschäfts versucht, den Goldhandel zu beruhigen. Auch einige Erdölländer haben diese Beruhigung bewirkt. Sie kamen nämlich darauf, dass es für sie sicherer sein könnte, ihre Erdölproduktion zu limitieren und ihren Reichtum in Form von Erdöl im Boden zu speichern. Dies ist eine Tendenz, die im wirtschaftlichen Denken der Mächtigen immer wieder erscheint: Rohstoffe und Produktivkräfte allein sind entscheidend, wozu noch Gold? Aber duch die Unsicherheitsfaktoren in der Weltwirtschaft schwingt das Bedürfnis nach einer festen Bezugsgrösse immer wieder obenaus, und das Gold ist bis heute nicht entthront.

Im Gewirr dieser Fäden, die weit über seinem Kopf gezogen werden, ist der kleine Mann hoffnungslos verloren – aber mit unerschütterlichem Optimismus und ebensolcher Naivität haben viele kleine Männer geglaubt, durch Goldkäufe reich zu werden. Wer aber mit dem Gold nicht spekulieren kann (und dazu braucht es grosse Mengen), wird kaum viel daran verdienen. Er riskiert, darauf sitzenzubleiben, hat Kapital ohne Verzinsung und wird bei sinkenden Preisen, von Angst erfasst, sein Gold verkaufen, um nicht alles zu verlieren.

Philipp Leutenegger

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats

Kurz, schnurz und nur leicht umgebogen.

Heute mit *Markus Gryffel*, meisterlicher Mittelstreckenläufer, Möchtegernteilnehmer an der Moskauer Olympiade 80.

dk: Sie haben bekanntlich im Wahlkampf 1979 öffentlich Partei ergriffen für den Mentor des helvetischen Ski-Spitzensports, SVP-Nationalrat Adolf Ogi. Die SVP ist jetzt aber für einen Boy . . .

Gryffel: . . . ködern für eine politische Aussage können Sie mich damit nicht! Dazu sage ich gar nichts, höchstens dass ich für eine saubere Trennung von Sport und Politik bin.

dk: Also kommt Ihnen der ganze Rummel, ausgerechnet in Ihrem Endspurt, ungelegen?

Gryffel: Man liegt, wie man sich bettet. Ich liege aber nicht, ich laufe seit vier Jahren ununterbrochen nur mit einem Ziel: Moskau 80. Ausserdem renn' ich für mein Leben . . .

dk: . . . das haben wir gern. Aber Sie wollten etwas zu Ihrem Lebensunterhalt sagen: Was meinen Sie zum Geschäft mit dem Sport?

Gryffel: Da habe ich eine klare Antwort parat. Ich bin Amateur, adia interim.

Wegen Verleumdung verklagt

BBC auf der Anklagebank

Der Badener Elektrokonzern Brown, Boveri & Cie. AG (BBC) wollte sich mit Gegenbeschuldigungen vom Verdacht reinwaschen, Verbindungen zur brasilianischen Rechtsterrorszene zu haben. Jetzt muss der Konzern in dieser trüben Sache auf die Anklagebank: der von BBC Beschuldigte klagte.

fh. Vor einem Aargauer Richter soll die von der *Arbeitsgruppe dritte Welt* und der *Erklärung von Bern* im November 1979 aufgeworfene Frage nach den Beziehungen der brasilianischen BBC-Tochter zu einer Todesschwadron-Organisation geklärt werden (vgl. «das konzept» 12/79). Multi-Kritiker *Kurt Rudolf Mirow*, der mehrmals Opfer von Terroranschlägen geworden ist, will sich Vorwürfe von BBC-Direktor *Heinz Haussmann* («Herrn Mirows Phantasie, unwahre Behauptungen und Verleumdungen sind seit Jahren notorisch») nicht gefallen lassen. Mirow klagte wegen Verleumdung oder zumindest Ehrverletzung.

Der deutsch-brasilianische Elektrounternehmer, Autor von Büchern über Kartellfragen mit einer weltweiten Auflage von rund 200 000 Exemplaren, avancierte zum Experten der Uno-Wirtschafts- und -Entwicklungsorganisation Unctad, nachdem er während Jahren die Tätigkeit des *Elektrokartells IEA* (International Electrical Association mit Sitz in Pully VD) beobachtet hatte. Das Kartell, in dem die BBC eine führende Rolle spielt, drängte in Brasilien die einheimische Elektroindustrie durch rigorose Billigpreispolitik (Dumping) fast vollständig aus dem Markt. BBC Brasilien erzielte im Jahr 1968 einen – konzernintern gedeckten – Verlust in der Höhe des halben Umsatzes!

Ein Prozess gegen die brasilianische BBC-Tochtergesellschaft

Ein Prozess gegen verschiedene Elektromultis, darunter BBC, wegen unlauteren Wettbewerbs ist immer noch hängig. Im Rahmen dieses Verfahrens gab *Oswaldo Ballari*, Verwaltungsratspräsident der BBC Brasilien, zu, Geschäftsbeziehungen mit der PR-Firma eines Robert Lentz Plassing zu unterhalten. Plassing und seine Firma sind in Brasilien für die Erledigung besonderer Public-Relations-Aufträge bekannt: Repression, Folter, Mord.

Bani Sadr, der neue Präsident Irans, will den Problemen seines Landes mit Entschiedenheit entgegentreten. So fordert er unter anderem auch ein neues «Arbeitsklima»: Keine Untergebenen und Vorgesetzten mehr sollen zusammen arbeiten, sondern «Brüder» und «Kollegen». Alle Menschen werden . . . Davon träumen ja viele, aber ob der Weg Bani Sadrs Erfolg bringen wird? Denn nicht auf Gesetzesebene sieht er eine Verankerung der neuen Arbeitsverhältnisse; er sieht sie kommen durch die Animierfähigkeit der neuen Manager.

*

Teuer verkaufte SVP-Nationalrat Ulrich Graf (ehemals «Republikaner») im Zürcher Prozess gegen den der Tötung seiner Ehefrau angeklagten Winterthurer Goldschmied W. K. seine Zeugenhaut. Für seinen Freund stieg Graf, Dr. iur., eine Viertelstunde in den Zeugenstand und bezog ein geradezu fürstliches Honorar von 250 Franken. Gewöhnliche Zeugen erhalten für ähnliche «Freundschaftsdienste», wie sich Graf ausdrückte, 30 Franken . . .

Zum Tod von Alfred Andersch

Vermächtnis, die Freiheit betreffend

Von Jürg Weibel

Alfred Andersch schrieb Ende der fünfziger Jahre ein Hörspiel mit dem Titel *«Der Tod des James Dean»*. Als ich es als Sechzehnjähriger am Radio hörte, war ich lange Zeit wie gelähmt. Andersch hatte darin die Musik von Miles Davis mit der Lebensgeschichte von James Dean und Allen Ginsbergs unerhörtem Gedicht «Geheul» zu einem einzigen Poem von Verzweiflung, Auflehnung und Alleinsein verarbeitet, das mich ins Innerste traf. Miles Davis war damals mein Gott. Seine kühlen, traurigen und doch sehnsuchtsvollen Trompetenstösse erschienen mir wie Musik von einem anderen Stern. Die darin eingefangene Einsamkeit drückte mein ganzes Lebensgefühl aus.

Da Davis mein Gott war, wurde Andersch sein Hohepriester. Ich las alles von ihm, was ich in die Finger kriegen konnte. Das meiste verstand ich nicht. Aber das war unwichtig. Wichtig war, dass Andersch ein Dichter war, der etwas von Jazz verstand. Und dass er mir den Amerikaner Ginsberg nahegebracht hatte, der Dichter und Jazzfan war. Jazz bedeutete damals Auflehnung gegen Unterdrückung und Befreiung von Zwängen, wie sie Elternhaus, Schule und die gesellschaftliche Moral im kalten Krieg einem auferlegten.

Andersch wurde für mich so zum Dichter der Freiheit, bevor ich begriffen hatte, dass es in seinen Büchern um Freiheit, Auflehnung und Emanzipation geht.

Zum Dichter der Freiheit wurde er auch für Literaturkritiker und Deutschlehrer. Aber in einem andern Sinn. Andersch wurde zum Symbol des Kommunisten, der seiner Lehre abgeschworen hat: wie Gregor in *«Sansibar oder der letzte Grund»* oder wie Fabio im Roman *«Die Rote»*. Er war der seltene Fall eines Schriftstellers, bei dem Leben und Werk übereinstimmten.

So haben wir es in der Schule und später auf der Uni gehört. Und so konnte «Sansibar» für Generationen von Deutschlehrern zur antikommunistischen Streitschrift par excellence werden. Als ich Alfred Andersch vor einem Jahr auf diesen Tatbestand aufmerksam machte, zeigte er sich betroffen und meinte, er müsse das berichtigen. Der geeignete Ort dafür schien ihm der autobiographische Roman zu sein, an dem er eben arbeitete. Es bleibt zu hoffen, dass er noch Zeit dazu fand.

Andersch ein Antikommunist! Diese absurde Fiktion, lange und geschickt aufrechterhalten, zersprang, als er, der lange geschwiegen hatte, sich zur Situation in der BRD zu äussern begann. Sein Poem gegen die Berufsverbote, worin er die Hatz auf Kommunisten und andere Linke mit den Verfolgungen in Nazideutschland verglich, passte vielen nicht ins Image, das sie genüsslich von ihm verbreitet hatten. Kläffer meldeten sich, um ihn zum Schweigen zu bringen. Das misslang.

Andersch meldete sich weiter zu Wort. Zum Thema Arbeitslosigkeit*, zur Neutronenbombe, zur Kapitalismuskritik überhaupt. In seinem *«Öffentlichen Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend»* betonte er: *«Ich selber halte mich für überzeugt, dass der Kapitalismus nicht mehr imstande ist, die Probleme zu lösen, die er selber erzeugt hat, und dass sie nur gelöst werden können durch Sozialismus, durch die weltumspannende Planung sozialistisch organisierter Arbeit.*

Mit dem Tod von Alfred Andersch verliert die Linke einen grossen Mitkämpfer in Sachen Freiheit. In seinen Werken besitzt sie ein dichterisches und politisches Vermächtnis, das es weiterzutragen gilt.

* Vgl. das Gedicht «Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit», in «das konzept» Nr. 1/77. Vgl. auch «das konzept» Nr. 3/79.

Andererseits*

Von Alfred Andersch

1.

andererseits
schreibe ich schon lange
nicht mehr nur
für mich

wie ich früher immer
behauptet habe
wenn ich gefragt wurde
für wen schreiben Sie

seit einiger zeit
weiss ich
dass ich
schreibend
für andere
schreibe

literatur ist
mitteilung

sogar den satz
der himmel ist blau
schreibe
ich doch nur
um anderen
mitzuteilen
dass der himmel
blau ist
denn bloss um
mich selber
daran zu erinnern
dass der himmel
an einem bestimmten tag
blau gewesen ist
muss ich ja nicht
unbedingt
schreiben
nur weil ich
anderen
mitteilen will
der himmel sei
an dem und dem tag
blau gewesen
denn in einer erzählung
kann es wichtig sein
dass der himmel am
10. oktober 1944 blau
und nicht grau war – «der held
und sein wetter»
schreib ich's auf

2.

wer aber sind
die anderen

die anderen
seien die hölle

hat sartre gemeint
von allen schriftstellern
meiner zeit
derjenige der mich
am stärksten
bewegt hat

ich liebe sartre
ich bewundere
viele schriftsteller
einige liebe ich

aber auch in dieser hinsicht
bin ich nun
gelassener geworden

ich glaub nicht mehr daran
dass wir uns
von hölle
zu hölle
grüssen

die anderen
sind nicht
die hölle sondern
höchstens
die einsamkeit

monaden
sind wir doch
nicht einmal
fensterlos

3.

am liebsten
schreibe ich jetzt
für freunde
genossen

aber noch immer nicht für
arbeiter
bürger geschweige denn
adelige
sondern für
menschen
und erst allmählich
es gibt eben groschen
die fallen langsam

begreife ich
was es heisst
für menschen
zu schreiben

es heisst
gegen menschen schreiben
die andere Menschen
unterdrücken
foltern
töten
grabmäler will ich setzen
dem unbekannten
sadistischen ehemann und
den bekannten
bluthunden von chile und
teheran

denn jene anderen menschen
sind die für die ich
schreibe
davon
dass es misslingt
oder gelingt
sie zu unterdrücken
hängt es ab
ob meine bücher
gelesen werden oder
verbrannt
eine einfache egoistische
überlegung
ich drehe den satz nicht um
ich bilde mir nicht ein
meine leser würden sich schon
nicht
unterdrücken lassen
läsen sie nur meine bücher
sodass sich denn
niemand zu wundern braucht
wenn ich von dem satz
der himmel ist blau
literatur ist mitteilung
zu dem satz komme
empört euch

Postscriptum

indessen
will ich
mich nicht besser machen
als ich bin

zwar schreibe ich jetzt nicht
mehr
nur noch
für mich

andererseits schreibe ich nur was
mir
spass macht

ausgeschlossen
sagen viele moral und
vergnügen
schliessen sich aus

ich aber schreib's in
eine
zeile

empört euch der Himmel ist blau

* Dieses Gedicht bezieht sich auf das früher entstandene Gedicht *«Auf dem Reichstag»*. Beide sind im Band *«empört euch der himmel ist blau»* (Diogenes, 1977) enthalten.

SSR-Sommerprogramm 1980

«Feriendevise: anders als anders» – so lautet das Motto, unter welchem soeben das SSR-So-Pro 80 erschienen ist. Vor jeder Reise unbedingt zu konsultieren – meist findet sich (vor allem für Leute bis etwa 35 Jahre) darin eine *noch* günstigere Variante.

Zu beziehen an allen SSR-Verkaufsstellen oder per Post:

SSR-Reisen
Postfach 3244, 8023 Zürich.

242 11 12

Die Telefon ziitig

braucht Hörer, Informanten und Gönner

(01/242 11 12)
(01/242 63 27)
(PC 80 – 53650)

das konzept Tip

In dieser Spalte weist die Redaktion auf kritische Publikationen und Veranstaltungen hin.

Tagung für eine bessere Energiezukunft

Die *Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (SSES)* möchte mit einem Symposium zum Thema «Wie gestalten wir unsere Energiezukunft?» eine Phase des konstruktiven Realisierens neuer Energieversorgungskonzepte und -technologien einleiten. Sie will zu diesem Zweck Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenführen, welche bereit sind, neue Lösungsbeiträge zur langfristig sicheren und umweltgerechten Energieversorgung unseres Landes in Angriff zu nehmen.

Das Symposium der SSES wird am 28./29. März an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (Hauptgebäude, Auditorium F7) durchgeführt. Tagungskosten: 100 Fr. für Nichtmitglieder der SSES, 60 Fr. für SSES-Mitglieder und 30 Fr. für Studenten, Lehrlinge und Schüler. Tagungsdokumentation inbegriffen. Schriftliche Anmeldung bis 21. März ans Tagungssekretariat c/o Gottlieb-Duttweiler-Institut, 8803 Rüschlikon.

Holger Strohm: «Ohne Atomkraft ins Jahr 2000!»

Der bekannte Experte und Kritiker der Atomenergie aus der BRD wird auf Einladung der Zürcher Atomkraftgegner am 19. März um 20 Uhr im Volkshaus (Weisser Saal) in Zürich über Schnelle Brüter, Wiederaufbereitungsanlagen, Atomstaat und Genmanipulation referieren.

*

Die falschen Achseln zuckten! Über den Störfall in Gösgen vom 6. Februar dieses Jahres wurde der dafür zuständige Beamte in Bern nicht etwa durch die Gösgener Betriebsleitung – wie vorgeschrieben – informiert, sondern er erfuhr davon durch einen AKW-Gegner in den gerade stattfindenden Hearings. So schrieben wir in der letzten Nummer. «Völlig verdutzt und verdattert zuckte . . . mit den Achseln.» Wir schrieben: Direktor Kiener vom Bundesamt für Energiewirtschaft sei's gewesen, doch stimmt das nicht. In Wahrheit war's Peter Courvoisier, Chef der Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen des Bundes. Da lag ein Übermittlungsfehler vor, die Sache war auch wirklich gar pikant . . .

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	– Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften

Dissertationsdruck

Eidgenössische Technische Hochschule – Lausanne

vom 5. Mai bis 11. Juli 1980

Nachdiplomkurs über Entwicklungsländer

in französischer Sprache

In Zusammenarbeit mit dem Institut Universitaire d'Etudes du Développement, Genève

Der Unterricht wird von Persönlichkeiten internationalen Ansehens gewährleistet

Vorlesungen, Seminare, selbständige Arbeit: 220 Stunden

Interessenten wenden sich an:

Prof. E. Y. Galantay
Chaire d'Urbanisme/EPF-L
12, avenue de l'Eglise Anglaise
1006 Lausanne/Suisse
Tél.: (021) 47 32 46/47
Telex: 24 478

Sprachkurse in England
für Studenten, die wirklich Englisch lernen wollen:
O.I.S.E.
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Sekretariat: 4147 Aesch-Basel
Lerchenstr. 14, ✆ (061) 78 24 53

Machen Sie uns bekannt! Verteilen oder verkaufen Sie «das konzept» an öffentlichen Veranstaltungen in ihrer Region. Wir schicken Ihnen gerne Nummern zu (Tel. 01/47 75 30).

Tage- und wochenweise zu vermieten:

Hausteil
mit Garten für ca. 15 Personen

Offsetdruckerei mit
Reproatelier und
IBM Composer

Holzbearbeitungswerkstatt
inkl. Fräse, Kehle, Bandsäge, Hobelmaschine, Drechselbank usw. usw.

Musikwerkstatt
mit vielen Perkussionsinstrumenten, Verstärkeranlagen, Orgel usw.

Ruckstuhl, 8581 Schocherswil,
(071) 67 53 04

REIS MIT!

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Bin 33 Jahre alt, Ziel **Australien/Südsee,** ab Dezember 80, Rucksack-Trampen und öffentl. Verkehrsmittel, bin Neuling. B. Stöhr-Zetel, BRD (Postleitzahl der Redaktion nicht bekannt).

Wer hat Lust, in der Zeit vom 1. 7. 80 bis 31. 12. 80 nach **Südamerik** zu fahren? Zuschrift an W. Lienhardt, Neudorf 115, D-8750 Pegnitz.

Diesen Sommer möchte ich (26) nach **Kanada oder wieder nach Australien** reisen. Wer hätte Lust mitzukommen? (061) 44 37 46, Silvia verlangen.

Je cherche compagne de voyage pour 3 semaines en été. **But: l'Irlande.** Suche für einen dreiwöchigen Irland-Trip im Sommer eine Begleiterin. Rolf Zahner, 7 écluse, 2000 Neuchâtel.

Etudiant, 23 ans, cherche 2 filles et 1 garçon pour **voyage de 3 mois en USA, Canada** en voiture. Dép. juillet 80. Jean-Pierre Allaz, Mon-Repos, 1041 St-Barthélemy, (021) 81 27 30.

Ich suche eine Gespanin für meine Ferien vom 3. bis 25. Mai. **Wie wäre es mit einer SSR-Tour?** Ich bin weiblich und 22 Jahre alt. Marlis Blumenthal, (081) 51 16 04, 7205 Zizers.

Wer isch au öppe föifedriisgi und chunnt mit uf e Reis (gmüetlich + billig, mit Wandere + Besichtige) **vo London dur Frankrich + Italie** (etc.) + zrugg id Schwiiz. Aafang Juli? Zersch würdi der no London zeige, woni zurzit woone. Ursula Riniker, 13 Cavendish Road, London N. 4 1RP.

Suche eine Mitreisende **für 2–3 Wochen ins Ausland** im September oder Oktober. Ich bin w./22. Bitte schreibe mir bald, so können wir planen. Verena Heldner, Frymannstrasse 2, 8041 Zürich.

Hättest du Lust, an einer **«Islandexpedition»** teilzunehmen? Wir sind eine vorläufig kleine Gruppe von «wanderwütigen Abenteurern», die im nächsten Sommer Island durchqueren wollen; zu Fuss natürlich. Nähere Informationen erteilt gern: Markus Lang, Brändliweg 5, 5200 Brugg.

22jähriges Mädchen sucht für eine ca. **dreimonatige USA–Mexiko-Reise** im Frühjahr 1980 eine Begleiterin (wenn möglich Französisch sprechend). Tel. (031) 87 09 18.

Welche aufgestellte 19- bis 23jährige Person hätte Lust, mit mir, 19/w., **eine SSR-Sundecker-Reise** zu buchen? Der schreibe an Marianne Enderli, Obermattenstr. 5, 8153 Rümlang. Mit Photo.

Welche nette Partnerin kommt mit für Rundreise- und Erlebnisferien **nach Südamerika oder China?** Ich bin 35/181, schlank, sportlich und habe viele Interessen. Bitte Photozuschriften an Bruno Klaui, Sonnenstr. 24, 2562 Port-Biel.

Wer kommt mit nach Australien? Ich bin eine 39j., reisegewandte Lehrerin und suche eine Partnerin für eine **2monatige Reise in Australien.** Dauer: Mitte August–MitteOktober 1980. Erika Thurnherr, Herrenberg 37, 8640 Rapperswil.

Suche Reisepartner(in) für **Asien–Australien–Neuseeland-Reise.** Start Juli–September 80. Transsib. Eisenbahn (SSR) bis Japan, dann per Land/Luft nach Südostasien. Hanspeter Hösli (22), Chalenstr. 480, 8433 Weiach, Tel. (01) 858 28 12.

Flugticket gratis! Bern CH: Zwei nette Jungs (17/19), die das Aussergewöhnliche zu schätzen wissen, sei es im **Slum, auf dem Nomadenpfad oder im «Hilton»,** möchten einen dritten Jungen (evtl. auch hübsches Mädchen) in ihrem Bunde. Schreibe an: Bernhard Müller, Weltpoststr., P. O. B. 147, 3000 Bern 15.

Wer (♂ od. ♀) hätte Lust, zwischen August und November **2–3 Monate auf den Philippinen oder Ceylon** etc. mit mir (21, Student) herumzutrampen? Melde dich doch schriftlich (bin in RS) oder am Wochenende bei Andreas Ragettli, Scalettastr. 61, 7000 Chur, Tel. (081) 24 18 30.

Bagdad, Babylonien – wenn dich eine Trampreise dorthin interessiert (Mai/Juni für 4–6 Wochen), dann telefoniere an Martin (Jg. 1960), Tel. (022) 416 417, 21 Uhr.

Wer möchte mit mir (20) im Juli/August **per Inter-Rail durchs nördl. Europa** trampen? Suche männl. und weibl. Reisepartner. Renate Nägeli, Gantrischstrasse 4, 3600 Thun.

Dringend! Wer kommt mit auf einen **längeren Asien-Trip?** Start in ca. 3 Monaten. Näheres abends, Tel. (031) 51 82 03.

Suche Begleiterin für eine ca. 4wöchige Reise nach **Skandinavien (SSR oder Inter-Rail)** im Juli oder August 1980. Bin 23 J. (Sekretärin) und freue mich auf deinen Anruf. (083) 3 52 24, Hagemann.

Ich (26, Agronom) suche engagierte Reisepartnerin für **Trip nach Mittelamerika, evtl. Jamaica.** Dauer etwa 5 Wochen im Sommer 80. Tel. (064) 22 53 50.

Welches nette und einfache Mädchen möchte mit mir (19, weiblich) eine Rundreise nach **England, evtl. Portugal mit SSR-Reisen** machen? Reisedaten Juli oder August. Wenn du dich dafür interessierst, schreibe doch an Cilli Mathis, Sennhüttenstr. 945, 8494 Bauma ZH.

treff punkt

Ich (m./26), gutaussehend, im Raum Olten–Aarau, wünsche **Bekanntschaft** mit einer aufgeschlossenen Sie, 22–30jährig. Mehr die geistigen als die materiellen Werte sollen zählen. Bin vielseitig interessiert, u. a. Reisen und Freude an der Natur. Chiffre C 339.

Ich komme für 2 Monate in die Schweiz zurück und suche im Mai/Juni **Wohnmöglichkeit** gegen Kostenbeteiligung. Martin, Tel. (01) 26 16 09, ab 19. 3. 80: (01) 362 16 09. Martin Schneebeli, Kurvenstr. 14, 8006 Zürich.

Miteinander leben, lernen, zärtlich sein, sprechen über alles, was uns beschäftigt, **mit Freunden zusammensein:** das sind meine Vorstellungen, die ich gerne mit einem gebildeten, feinfühlenden Partner, ca. 33–43jährig, verwirklichen möchte. Ihre Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre B 338.

Ich bin Student der Uni Zürich und sehne mich nach einem lieben und diskreten **Freund.** Bitte schreib mir. Chiffre A 337.

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr)
(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

das konzept Kreuzworträtsel Nr. 7

Wieder ein Preisrätsel

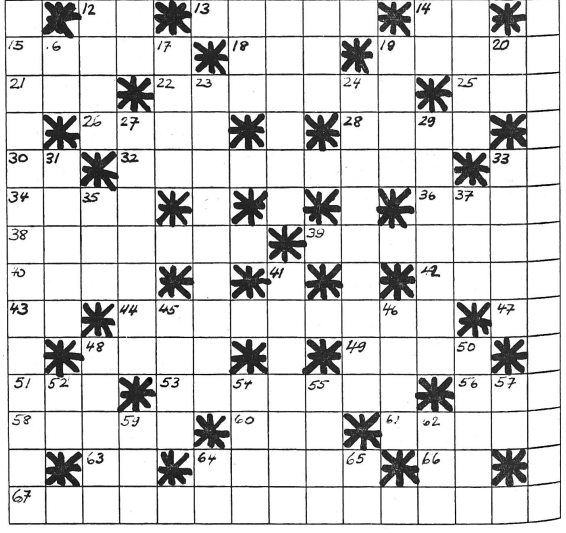
Das letzte sei zu leicht gewesen. Hier also wieder ein etwas anspruchsvolleres. Die unter 1 waagrecht beschriebene Lösung einsenden an: *«das konzept», Kreuzworträtsel, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.* Aus den richtigen Einsendungen werden *fünf Gewinner ausgelost,* welche Anrecht auf ein Abonnement für «das konzept» haben. Die Gewinner werden von uns benachrichtigt und um den Namen gebeten, auf welchen das Abo lauten soll. Einsendungen nach dem *1. April* werden nicht mehr berücksichtigt.

Waagrecht (i = J = y)

1 Im Uhrzeigersinn rundherum via 11 senkrecht etc. und wieder zu 1 ergibt den Gewinnspruch (11 Wörter)
12 Morgens englisch
13 Dort sonnt sich gern das Krokodil (2 Wörter)
14 Für die umgangssprachliche Steigerung von vielen braucht es noch 47 waagrecht
15 Bei den Wahlen glaubt der Schweizer jeweils das kleinere zu wählen
18 Bundesrätliches Kurtsvisum: Okay. Furgler.
19 Für viele alltäglich, für Juden damals tödlich
21 Immer noch ein Vertrag zwischen immer noch ungleichen Kontrahenten
22 Einmal erhoben, bleibt ihr Rückzug oder gerichtliche Abklärung
25 Was dem Engländer ein Trinkgeld, ist dem «konzept» ein Hinweis
26 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft? – Richtig, mit Sitz in Aarau
28 Müssen gefördert werden, um sie nutzen zu können
30 Ist dies des Spaniers Glanz oder sein Ende?
32 Die zwölf Apostel, chinesisch multipliziert (2 Wört.)
33 Sollen den eidgenössischen Wehrwillen zersetzen
34 Sanfte Methode zur energischen Selbstbehauptung
36 Altrömische Nervensäge (fragen Sie die Karthager!)
38 Etwas für Aussteiger
39 Dessen Auslegung durch Rechte zugunsten des «Rechtsstaats» macht zuweilen recht Sorge
40 Gerotzt von deutscher Hand
42 Macht Ihnen dieses Scheissrätsel auch so Mühe?
43 Im päpstlichen Segen zwischen Rom und dem Erdkreis
44 60jährige zweite sind wohl aus dem ersten geschmiedet (2 Wörter)
47 siehe 14 waagrecht
48 «das konzept» bemüht sich um einen guten
49 Genau dieses wässrige Auf und Ab gibt es zum Beispiel rund um Grossbritannien
51 Der berühmteste italienische Weisse schmeckt dreimal so gut
53 Für einen Chirurgen eine peinliche, für einen Diktator eine alltägliche Hinterlassenschaft
56 Der letzte Ton dieser Musik fällt aus dem Rahmen
58 Der französische Enzyklopädist ohne seine Initialen
60 So also beginnen chinesische Sticheleien . . .
61 Sitzt verkehrt auf der Mauer und lauert (zum Tanzen bleibt bei einer dermassen staatsschützenden Aufgabe nun wirklich keine Zeit)
63 Der Unterhund hat das Kurztreten gelernt!
64 Diese Trommel rührt Grass von hinten
66 Valentin und Edgar mit demselben Kopf
67 Siehe 1 waagrecht

Senkrecht (i = j = y)

1 siehe 1 waagrecht
2 Als den der Welt empfinden sich viele Wichtigtuer
3 Im Gebetsschlussseufzer ging das letzte vom letzten unter
4 Endlich Wasser!!! Auch für 52 senkrecht
5 In dem von unten läuft keiner mehr den von oben
6 Es gibt solche mit sehr hohen IQ
7 Im Schatten ihrer Auszeichnungen erblassen gar Nobelpreise
8 Abschliessende bayrische Klangspezialität
9 Dreh das Eis um, Verklemmter, dann findest du doch noch eine
10 Dort hineinzukommen schafft auch das schwache Glied
11 siehe 1 waagrecht
16 Wer spricht denn von 21 waagrecht noch in dichterischer Form?
17 Manch Deutschschweizer meint wohl, dies sei italienisch für «läck!»
19 Es gebe scheint's Männer, denen sei jeder von unten recht, ihre Frau an dem von oben festzunageln
20 Wo streben Sie hin? Da fehlt ja der spanische Artikel!
23 Also diese Aktion ist nun wirklich unnötig
24 Für diese gibt es spezielle Küchen
27 Fussballspiele wiederholt man deswegen, Politik setzt man trotzdem fort
29 So ging manch Fröhlicher zugrunde
31 Praktisch jedermann/jedefrau hat eine für 24 senkrecht
33 Noch immer ist nicht bekannt, wie viele Sternlein dies am Himmel tun
35 Ruft dringend nach einem «konzept»
37 Alternativer Tschutti-Klub
41 Sie heldenhaft zu bekämpfen ist für die wahre Stauffacherin ein Lebensinhalt
45 Unglückliches Ende einer Revolution (oder einer Flipperpartie)
46 Mit m sind sie mir, und mit k sind sie gar nicht
48 In der BRD geht's drunter und drüber, bei uns so zu und her
50 Schnell, schnell legen! Der Tod kommt bald (2 Wörter)
52 siehe 4 senkrecht
54 Vereinigtes königliches Unionstuch
55 Das war das Hopsen vor 1968
56 Anonyme Alternativler? Aggressive AKW-Gegner? Ausgeflippte Altbundesräte?
59 und lätz! – wenn's dem Schweizer nicht gelingt
62 Der Grosse Alex tat's bis Indien
64 Noch hat die Kuh erst das Ende gefressen
65 Genossen kurz kriminell verwirrt – all'italiana?



Lösung zu Kreuzworträtsel Nr. 6 in Nr. 2/80

Waagrecht: 1 probier, 7 Amerika, 10 Erika, 11 Computer, 14 Igor, 17 DD, 18 Meienberg, 20 me, 22 Serre, 23 Ike, 24 Sudan, 26 ie, 27 Zar, 28 une, 29 Biermann, 34 kassieren, 40 mei, 42 CTC, 43 ht, 44 Inder, 45 Eoh, 46 opera, 49 kd, 50 umkreisen, 52 TA, 54 reel, 55 Land Mass, 58 eilet, 59 Zweifel, 60 Marxist

Senkrecht: 1 Parnass, 2 OECD, 3 Brodmanns, 4 Jim, 5 EKP, 6 Raum Sibir, 8 Murer, 9 Aerger, 12 Tee-Ei, 13 EIR, 14 Bi, 15 Geiz Neid, 16 Orkan, 19 ne, 21 enemy, 25 Dutschke, 30 im Tandem, 31 Ra, 32 Mimik, 33 Amendt Sex, 35 me, 37 kceuruz, 38 Atome, 39 Ehren, 41 Produkt, 46 Oe, 47 Pille, 48 esA, 51 RL, 53 Asti, 56 Mia, 57 ALR

VSS-Broschüre und Seminar zur Ausbildungsfinanzierung*

Das Recht auf Ausbildung

Von Marianne Ulmi, VSS

In Sachen Bildungspolitik reicht das Geld jetzt schon nirgends hin. Der Bundesrat schlägt trotzdem eine 10prozentige Kürzung auch in diesem Bereich vor. Der Bund versucht die Finanzlast auf die Kantone abzuwälzen, und die versuchen ihrerseits den Druck weiterzugeben. Soll der einzelne Student für eine verfehlte Bildungspolitik den Kopf hinhalten?

Als erster Kanton droht Zürich, gewisse Studenten – bzw. deren «Heimatkantone» – nach einem verschlüsselten Kopfquotensystem zu besteuern, um seine Hochschule mitzufinanzieren. Derselbe Kanton dokumentiert seinen Bildungsgeiz gleich noch mit dem rasantesten Stipendienabbau in der Schweiz: Seit 1974, als unter dem Druck des «Lausanner Modells» das Stipendienwesen ausgebaut worden war, sind die Leistungen von 30,5 auf 23 Millionen Franken abgebaut worden. (Wohlgemerkt, bei 20 Prozent Teuerung und steigenden Studentenzahlen!)

Sparen am falschen Ort

Auch in den andern Kantonen werden die Stipendienleistungen eher ab- denn zunehmen, real zeichnet sich eine «Stabilisierung des Stipendien*abbaus*» ab. Die heutigen Ungerechtigkeiten im Stipendienwesen – zum Beispiel regionale Benachteiligungen – bleiben somit auf weiteres bestehen.

In dieser Situation wandte sich der VSS vehement gegen weitere *Subventionskürzungen im Bildungsbereich*, insbesondere dagegen, dass die kantonalen Stipendienleistungen ab 1983 überhaupt nicht mehr vom Bund unterstützt werden sollen. Denn durch die Sparübungen bei der Bildung werden die sozial schlechtergestellten Schichten noch einmal diskriminiert. Der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien ist heute bereits im Abnehmen begriffen.

Bildungspolitik auf Kosten der Bildungswilligen?

Der VSS hat die *Ausbildungsfinanzierung* zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht. In einem gemeinsam mit der Stipendienkommission des VSU/VSETH (Zürich) und der SUB (Bern) erarbeiteten *«Memorandum zur Ausbildungsfinanzierung»* sind die künftigen Aktivitäten in diesem Gebiet vorgezeichnet. Das Papier beinhaltet zudem Skizzen über die rechtlichen Grundlagen schweizerischer Bildungs- und Stipendienpolitik, einen historischen Abriss und grundsätzliche Überlegungen zur Ausbildungsfinanzierung. Anknüpfend an die im «Lausanner Modell» aufgenommene Idee der *elternunabhängigen Studienfinanzierung*, werden die soziale Lage sowie das studentische Selbstverständnis besprochen.

Dieses ausführliche und fundierte Memorandum soll Grundlage des Seminars *«Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung»* sein, das am *19./20. April* stattfinden wird. Vorgesehen sind Informationen, Aktionen, Kommunikationen mit Studentenpolitikern, Gewerkschaftern, Bildungspolitikern und Stipendienfachleuten – alle interessierten Studenten sind willkommen. Anfang Sommersemester wird ein detailliertes Programm mit Anmeldetalon veröffentlicht.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand:
Marianne Müller, Marianne Ulmi, Stephan Andereggen

* *«Memorandum zur Ausbildungsfinanzierung». Verfasser: Stipendienkommission VSU/VSETH, SUB, VSS, zu bestellen bei: VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern (031/23 28 18).*

Breitere «höhere Schule»

Die Aufgaben des Staates im Bereich schulischer Ausbildung wachsen mit den steigenden Schüler- und Studentenzahlen. Dies steht fest. Unsicher ist aber, ob diese Aufgaben auf föderalistischer Grundlage bewältigt werden können, ohne dass regionale und soziale Ungerechtigkeiten potenziert werden. Die Finanzierungsprobleme, vor denen die Bildungspolitiker vom Dienst jetzt stehen, manifestieren das Scheitern einer Bildungspolitik auf Bundesebene. Das Nein des Volkes zu einem vermehrten Engagement des Bundes kann jedoch nicht einfach mit einer generellen Bildungsfeindlichkeit abgetan werden (die sich an den Hochschulen die Studenten womöglich noch selbst eingebrockt hätten!). Es ist als Absage an denjenigen Begriff von Bildung zu verstehen, der jetzt in weiten Bereichen den Ausbildungsgang dominiert. «Höhere Bildung», geronnen zum Erwerb von Kenntnissen und Privilegien, die materiell nur zum eigenen Vorteil oder zum Profit der Industrie verwertet werden, erfolgt nicht mehr «zum Nutzen des Volkes».

Die Finanzschwierigkeiten der Hochschulen werden andauern, trotz Mitfinanzierung durch die Nichthochschulkantone und auch ohne weitere Kürzungen von Subventionen. Nach einer Phase relativer Öffnung wird deshalb jetzt schon – auch ohne NC – versucht, den Zugang zu den Hochschulen wieder zu erschweren. Erreicht und praktiziert wird das durch restriktive Zulassungsbedingungen, inneruniversitäre Selektion und Stipendienabbau. Statt neue bildungspolitische Inhalte zu suchen, wird ein Schritt zurück zum akademischen Treibhaus des Bildungsbürgertums gemacht. Das Argument des Sparens im Bildungsbereich ist gerade jenen Vorwand genug, die sich von einer offenen, vergesellschafteten Universität ohnehin nichts Gutes für ihre Position versprechen.

Der mangelnde Wille, ein System der Ausbildungsfinanzierung zu schaffen, das Chancengleichheit und Elternunabhängigkeit ermöglicht, ist an den bildungspolitischen Zielen, nicht zuletzt der Gewerkschaften, zu messen. Am Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» ist dieser Aspekt zu betonen. Vielleicht werden dort bildungspolitische Perspektiven einsichtig, mit denen der Kampf gegen die offensichtliche soziale Diskriminierung im Bildungsbereich geführt werden kann.

Erich Kuster, VSU (Verein Studierender an der Uni Zürich)

das konzept Tip

Studentenstreik in Bern

Zum neuen Studienreglement für die Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Uni Bern hatten die Studenten nichts zu sagen. Um gegen die Inkraftsetzung des von den Professoren einseitig verschärften Reglements zu protestieren, traten sie am 28./29. Juni 1979 in den Streik («das konzept» 7/8, 1979: «Schülerlis darf nicht Schule machen», für 1.80 Fr. bei der Redaktion). Eine Dokumentation zu den Vorfällen mit Zeitungsartikeln, Flugblättern, Photos und Analysen ist jetzt erschienen.

Streikdokumentation R+WW-Fakultät, 160 Seiten, gebunden, 5 Fr. Zu bestellen bei Studentenschaft der Uni Bern (SUB), Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

bildungs—news

Politologen-Beamtenwahl in Zürich

An der Philosophischen Fakultät I in Zürich hat wieder einmal ein reichlich sonderbares Berufungsverfahren stattgefunden. Es geht um den neugeschaffenen (und für die Schweiz ersten) Lehrstuhl für schweizerische Innenpolitik. Gegen den Willen der Fakultät – Parallelen zur Wahl Saxers zum Publizistikprofessor sind ungewollt und rein zufällig – schlugen Hochschulkommission und Erziehungsrat dem Zürcher Regierungsrat den nur in engsten Fachkreisen überhaupt bekannten Bundesbeamten Ulrich Klöti zur Wahl vor. Der von der Fakultät gewünschte Raimund Germann (zurzeit PD Uni Genf) lag aussichtslos an zweiter Stelle. Andere Kandidaten waren gar nicht erst auf die Liste gekommen. Insbesondere fehlte der Name Leonhard Neidhart (Mitautor des Forschungsberichts «Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz», für den vor Jahren der Lehrstuhl ausdrücklich offengehalten worden war – bis zur Fertigstellung seiner Habilitation (erfolgte 1972).

Habilitiert ist nun Klöti zwar nicht (ja sie wird ihm nun sogar erlassen), und die nachträglich zurechtgezimmerte Begründung für seine Nomination tönt auch nicht gerade überzeugend: Als Bundesbeamter komme er aus der Praxis und vermittle nicht nur eine abstrakte Disziplin. Die plötzlich aktuelle Berufsbezogenheit der Hochschule in Ehren, aber muss denn der Praxisbezug von Politologie gleich auf eine Diplomaten- bzw. Bundesbeamtenkarriere hinauslaufen?

Aber Klöti ist so freisinnig wie Frei, der aussenpolitische Politologieprofessor Zürichs, und macht als publizitätsscheuer Beamter ausserdem kaum Anstalten, Frei etwas von seinem repräsentativen Glanz – wie er etwa anlässlich des Kissinger-Besuchs zur Geltung kam – abspenstig zu machen. Eine reibungslose Arbeitsteilung scheint sich bei den Politologen abzuzeichnen, und der Hauskrach, der zwischen Frei und Neidhart bereits handfeste Formen angenommen hatte, kann so mit diplomatischem Geschick umgangen werden. Was das alles mit Wissenschaft zu tun hat, ist schwieriger auszumachen.

Anti-«konzept»-Kämpfer als Präsident der Studentenschaft

Interne Auseinandersetzungen innerhalb des Vorstands der Studentenschaft und mit dem Allgemeinen Delegiertenconvent (ADC = Studentenparlament) haben Ersatzwahlen in den Vorstand der St.-Galler Studentenschaft nötig gemacht. Der bisherige Studentenschaftspräsident, Primus Schlegel, musste vor allem unter dem Druck des Vorwurfs gehen, er könne als derzeitiger Praktikant die Geschäfte nicht mehr vollumfänglich führen. Nachfolger von Primus Schlegel wurde Martin Richner, mit dem es eine besondere Bewandtnis hat: Martin Richner machte zuletzt an der St.-Galler Hochschule als Mitinitiant des Referendums gegen den Semesterbeitrag von 500 Fr. an «das konzept» von sich reden. Mit den Schlagworten «Kommunistisch Orientierte, Nichtssagende Zeitung Einiger Politischer Traumtänzer» versuchte das Referendumskomitee, den Beitrag zu streichen – ohne Erfolg. In einer Urnenabstimmung beschlossen die Studenten, die 500 Franken Semesterbeitrag weiter zu zahlen. Die «konzept»-Gegner warfen der Zeitung vor, «keine objektive Berichterstattung» zu bringen und sich «in politischer Agitation» zu erschöpfen. Einer dieser Schlagwortproduzenten ist nun Präsident der St.-Galler Studentenschaft. René Hornung

Betreuer(innen) für Kinder gesucht

Rund 500 benachteiligte Kinder aus europäischen Sozial- und Obdachlosensiedlungen verbringen jährlich drei Ferienwochen in der Schweiz. Organisiert werden diese Ferienlager vom politisch und konfessionell unabhängigen Hilfswerk Aktion im Dienste des Bruders, das sozial benachteiligten Kindern und deren Familien durch die Erholungsmöglichkeit und die Betreuung am Wohnort bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen will. Für die Sommerlager 1980 sucht das Kinderhilfswerk noch rund 50 Betreuer(innen), die sich für einen mehrjährigen Einsatz bereit erklären können.

Die Ferienlager sollen den Kindern nicht nur körperliche Erholung bieten, sondern vor allem auch Werte und Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich bieten und durch möglichst langjährige Kontakte zu den Betreuern Kontinuität in der Beziehung herstellen. Voraussetzung für Betreuer(innen) ist deshalb: Mindestalter von 19 Jahren, Erfahrung mit (z. T. schwierigen) Kindern und Verständnis für die Probleme sozialer Randgruppen. Das Hilfswerk bemüht sich gemeinsam mit den Lagerteams um die Nachbetreuung am Wohnort (Schweiz/Frankreich/Italien/Deuschland).

Unverbindliche Auskunft erteilt: Aktion im Dienste des Bruders, Würzenbachstr. 54, 6000 Luzern 15, Telefon (041) 31 22 47, Odette Feissli verlangen.

«Emma» für Kinder

«Bilderbücher gibt es viele, sie sind umweltbewusst, künstlerisch wertvoll, sozial, informativ; aber zu 90% zeigen diese Bücher das traditionelle Rollenverhalten.» Zu diesem Schluss kam eine Arbeitsgruppe der Ofra (Organisation für die Sache der Frau), Zürich, die sich speziell mit der rollenspezifischen Erziehung von Mädchen und Knaben auseinandersetzt. Sie stellte eine *Liste von Bilderbüchern mit emanzipatorischem Inhalt* zusammen, die Männer-/Frauen-Rollenpanzer ansatzweise sprengen; Bilderbücher, in denen Mädchen und Frauen auch aktiv, Männer zum Beispiel auch ängstlich sein können.

Die Liste ist erhältlich bei: Annemarie Barco, Steinhaldenstr. 53, 8002 Zürich. Sie wird auch in einschlägigen Buchhandlungen aufliegen.

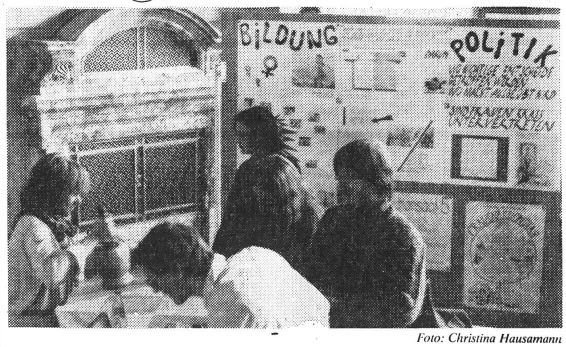


Foto: Christina Hausamann

Frauenaktionstag an der Uni Bern

Ein Sonderrecht auf Bildung

Der Frauen-Aktionstag an der Uni Bern Mitte Februar bildet, so hoffen wir, nur den Anfang der Diskussion über Frauen in Studium, Beruf und Familie; die Aufarbeitung frauenrelevanter Themen, die Wahrnehmung und Durchsetzung feministischer Anliegen stehen an. So oft auch «fortschrittliche» und «linke» Forderungen vertreten (und seltener durchgesetzt) werden konnten, feministische Fragestellungen sind bisher kaum ausdrücklich formuliert worden. Kein Wunder: Auch an der Uni Bern sind die Frauen krass untervertreten (knapp ein Viertel der Studierenden), vor allem in den «zukunftsweisenden» naturwissenschaftlichen Studienrichtungen. Und die Wissenschaft ihrerseits lässt meistens die Frauen ausser Betracht: Wenn überhaupt kommen sie als Randerscheinung, als Abweichung von der Regel vor. In der Geschichte erscheinen Frauen bestenfalls als Geliebte eines berühmten Mannes; in der Ökonomie wird vielleicht beiläufig erwähnt, dass die Arbeit der Hausfrauen, da nicht berechenbar, auch nicht im Volkseinkommen berücksichtigt werden könne – und eigentlich gar nicht der Mühe wert sei, untersucht zu werden.

*

Die vor knapp einem Jahr gegründete Frauen-Unigruppe hat sich daran gemacht, die Wissenschaft vom feministischen Standpunkt aus anzugehen, all die Fragen zu klären, die sonst ausser acht gelassen werden. Doch es ging uns auch darum, an die Öffentlichkeit zu treten, unsere Bildung nicht nur im fast geschlossenen Kreis nachzuholen. Die Vorbereitung des Frauen-Aktionstages war für uns etwa 20 Frauen sehr wichtig, vielleicht wichtiger als allfällige «Ergebnisse» des Aktionstages selber. Wir haben uns gründlich auseinandergesetzt mit der offensichtlichen und versteckten Diskriminierung der Frauen in Bildung und Beruf, mit der tatsächlich bestehenden Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, mit persönlichen Erlebnissen und Problemen im Unibetrieb. Greifbares Ergebnis dieser Diskussionen: eine Ausstellung zu diesen Themen, welche wir im Erdgeschoss der Uni zeigten, und ein selbstgedrehter Videofilm über einige Gruppen der Frauenbewegung.

*

«Geht doch mit eurer Ausstellung in eine Fabrik, dort sind die Frauen wirklich ausgebeutet! Was soll die Diskussion, ob mit oder ohne Männer gegen diese Gesellschaft kämpfen, das versteht doch niemand!» So werden wir «privilegierten Frauen» am Aktionstag oft gefragt oder angegriffen. Was heisst denn für uns, von unserer eigenen Betroffenheit auszugehen, wenn wir ja offensichtlich, im Vergleich zu anderen Frauen, privilegiert sind? Haben wir dann noch das Recht, etwas zu verlangen? Ja, das haben wir! Von der eigenen Betroffenheit ausgehen heisst nicht, sich von anderen Frauen abzusondern, gegen sie eigene Privilegien zu erkämpfen, sondern sich als Teil einer heterogenen Frauenbewegung zu verstehen. Wir müssen keine Spaltung betreiben, aber wir können nicht unsere Unterdrückung verleugnen und uns nur für die am stärksten Betroffenen einsetzen.

Wir können uns zwar ausbilden lassen; wir sind nicht in der Situation der Frau, die neben einer schlecht bezahlten Erwerbsarbeit allein die unbezahlte Arbeit im Haushalt erledigen muss, die Kinder trösten, die Aggressionen des Mannes ertragen usw. usw. Aber viele von uns werden einmal zwischen Kindern und Beruf wählen müssen, denn diese Wahl ist praktisch kein einziger Mann bereit zu treffen (die Hausmänner der Schweiz kann man sicher mühelos zählen). Und wenn wir die Wahl zugunsten des Berufs treffen, sind wir «Karrierefrauen» und, falls wir schon Kinder haben, ganz bestimmt richtige Rabenmütter. (Wo sind denn die Rabenväter? All die Väter, die fürs Wohl ihrer Familien 10 Stunden ausser Haus erwerbstätig sind – wer hat ihnen je den Vorwurf gemacht, sie würden ihre Kinder vernachlässigen?) Ausserdem werden wir immer viel besser qualifiziert sein müssen als ein Mann, um eine Stelle zu bekommen und sie nicht als erste wieder zu verlieren. Das alles ist Grund genug, schon an der Uni etwas zu machen – auch für die Situation an der Uni, wo wir die defizitäre Ausnahme von der Regel darstellen. Marianne Müller-Högstedt

Das neue Sparmesser des Bundesrats

Weniger Geld für Unis

rk. Der Bundesrat will die Beiträge für Bildung drastisch kürzen: Damit stutzt er allerdings auch die Chancen für eine Demokratisierung im Bildungsbereich. 10 Prozent weniger Geld heisst 10 Prozent weniger Studenten, 10 Prozent weniger Forschung. Und so weiter.

Die Ausgaben für Berufsbildung machen 1,4 Prozent des Bundeshaushalts aus, für Forschung sind es 2,7 Prozent und für die Hochschulen 4,5 Prozent (Zahlen für 1980). Anfang Februar verkündete nun der Bundesrat seine Absicht, die Bundesbeiträge linear um 10 Prozent zu kürzen. Über Ausnahmen will der Bundesrat selber entscheiden. Im Bereich Hochschule und Forschung sieht der Bundesrat keine Ausnahme gegeben: *«Trotz der auch hier unumgänglichen linearen Beitragskürzung um 10 Prozent in den Jahren 1981 und 1982 sollten die angestrebten Ziele erreichbar sein.»*

Diese Rechtfertigung kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Studentenzahlen steigen (geburtenstarke Jahrgänge) und folglich mehr Mittel zur Verfügung stehen müssten, um nur den bisherigen Zustand zu wahren. Im Hochschulbereich heisst die finanzielle Kürzung klar: Beschränkung der Zulassung (NC). Mit der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird ab 1983 auch das Bildungswesen «föderalisiert». Im Klartext: die *Kantone* werden über die angesichts des Finanzmangels notwendigen Massnahmen zu befinden haben – und in den vorbereiteten neuen Uni-Gesetzen für Bern und Zürich sind Zulassungsbeschränkungen schon eingebaut. Der Weg ist klar.

Der VSS hat gegen den Kürzungsbeschluss protestiert: *«Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts auf das Bildungswesen auszudehnen kommt unserer Meinung nach einer Absage an die Chancengleichheit als Ziel der Bildungspolitik gleich. Mit solchen Abbauvorhaben widerspricht die Regierung ihren eigenen Richtlinien, der ‹Aufrechterhaltung des freien Zugangs zu den höheren Bildungsinstitutionen sowie der Sicherung der bisherigen Leistungsfähigkeit und Qualität der Forschung›.»*

Lieber spät als nie . . .

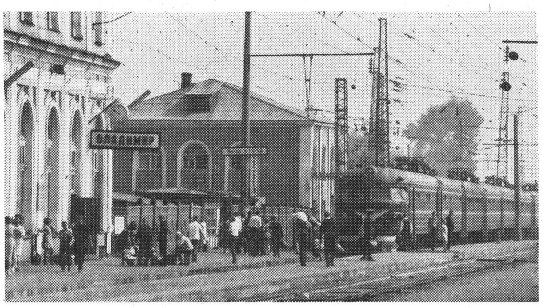
. . . nehmen wir das Geld fürs «konzept»-Abo 80 entgegen.

Für alle, die vor kurzem eine Mahnung bekommen haben: **PC 80-37626.**

Die Transibirische Eisenbahn: Einsteigen und fahren und fahren...

Der SSR organisiert auch diesen Sommer wieder Reisen mit der berühmten Transsibirischen Eisenbahn, die quer durch Russland von Moskau bis nach Nochodka am Pazifik führt: Die 9500km lange Fahrt stellt eine der faszinierensten Zugstrecken der Welt dar. Zar Alexander III und sein Thronfolger Nikolaus II liessen die "Transsib" in den frühen 90er Jahren des 19. Jahrhunderts erbauen. Primäre Motive zu diesem grossangelegten Unternehmen waren strategischer Natur (Expansion und Verteidigung des Russischen Reichs in Nordostasien), aber auch demografische Gründe (Kolonisierung Sibiriens wegen der Ueberbevölkerung im europäischen Teil Russlands) spielten eine wichtige Rolle. Während und nach der Oktoberrevolution und unter Stalin diente die Bahn primär Truppen- und Gefangenentransporten. Die zunehmende Erschliessung Sibiriens nach dem 2. Weltkrieg liess die wirtschaftliche Bedeutung der "Transsib" in den Vordergrund treten. Und vermehrt erkannten mit der Zeit auch die Touristen die vielschichtige Attraktion dieser geheimnisumwitterten Fahrt in den fernen Osten.

Für SSR-Reisende beginnt die "Transsib" in Nowosibirsk - die Strecke Moskau - Nowosibirsk wird per Flugzeug zurückgelegt. Nowosibirsk, die Hauptstadt Westsibiriens, ist mit der Bedeutung der Eisenbahn gewachsen: vom einstmals kleinen Bauerndorf zum grossen Industriezentrum zum Eisenbahnknotenpunkt - eine typische sibirische Pionierstadt! Am 6. Tag der Reise, abends, besteigt man den legendären Zug zur Fahrt nach Irkutsk, die Stadt in der Nähe des berühmten Baikalsees. Das anfangs flache, waldige Gebiet, die Taiga, wird zusehends gebirgiger. Der Zug fährt an verschiedenen Industrieorten vorbei, an Flüssen entlang, auf denen Baumstämme geflösst werden und durch endlose Birken- und Kieferwälder. Nach 32 Stunden erreicht die "Transsib" Irkutsk, eine aus dem 17. Jahrhundert stammende Kosaken-Siedlung, die heute neben der wirtschaftlichen Bedeutung (vor allem Pelzhandel) als Hauptstadt Ostsibiriens auch eine wichtige politische Rolle spielt. Der zweitägige Aufenthalt bietet Gelegenheit, das Alltagsleben der von der nahen Mongolei (200km südlich liegt die Grenze) geprägten Menschen zu erfahren und in der Architektur, den Denkmälern, in den Museen und der Idanow-Universität etwa, Vergangenheit und Gegenwart russischer Geschichte zu erleben. Ein Höhepunkt in bezug auf die vielfältigen Naturerlebnisse auf dieser Reise bildet sicher der Abstecher an den Baikalsee, ein ökologisches und biotopisches Juwel, mitten in der Taiga. Durch Fähren- und Birkenwälder, durch weite steppenartige Gegenden führt eine 68-stündige Fahrt dann nahe an der chinesischen Grenze entlang nach Khabarowsk, der Stadt an der Mündung der beiden Grenzflüsse Ussuri und Amur.



Hier wird der Reisende Gelegenheit finden, in einem Treffen mit sowjetischen Jugendlichen Gespräche über deren Probleme und Fragen der aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Situation zu führen. Am Abend besteigt man zum letzten Mal die "Transsib", um die restlichen 900 km nach Nachodka zurückzulegen. Die Strekke führt durch den schmalen russischen Korridor, ein politisch äusserst umstrittenes Grenzgebiet zwischen China und Russland, das nur nachts durchquert werden darf. Wladiwostok, die Stadt, die in den meisten Fahrplänen als Ziel angegeben ist, ist für Touristen nicht zugänglich.

Am nächsten Morgen findet die 115 stündige Fahrt von Nowosibirsk bis an den Pazifik ihr Ende. Ein sowjetisches Motorschiff führt dann die Reisenden, die ein wehmütiges "dasswidanija" (auf Wiedersehen) zurücklassen, nach Yokohama. Hier, in Japan, ist damit das vom SSR organisierte Programm zu Ende.

Die Reise durch Sibieren bietet ein vielfältiges Erlebnis: Sowohl durch die Begegnungen im Zug mit den Mitreisenden - Bauern, Soldaten, Arbeiter, Familien mit Kind und Kegel -, wie auch den Rundgängen durch die verschiedenen politisch, wirtschaftlich und kulturell bedeutungsvollen Städte (hier sei noch speziell auf den 2tägigen Aufenthalt in Moskau zu Beginn der Reise hingewiesen), hat man die Gelegenheit, ein eindrückliches Land und ein faszinierendes Volk kennen zu lernen. Und im Pathos der Natur, in die man hier eintaucht, liegt eine Kraft und Schönheit, der man sich unmöglich entziehen kann.

Es stehen sechs Reisedaten vom Juni-Oktober zur Wahl.
Preis: Fr. 1550.- bis 1620.- je nach Programm.
Das ausführliche Reiseprogramm ist im soeben erschienenen SSR-Sommerkatalog abgedruckt.

SSR-Reisen

Basel, Bern, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich

das konzept bücherservice

ausgewählt von Erika Wirz
Ruth Jäger
Regula Reiter

Doris Lessing

Doris Lessing: **Memoiren einer Überlebenden.** *Ein utopischer Roman. 227 S., S. Fischer/Goverts, Frankfurt, 26 Fr.* **Nr. 303**

Die Memoiren einer Überlebenden beschwören eine unbestimmt nahe Zukunft. Das Leben in der Stadt ist zusammengebrochen. Die staatliche Verwaltung arbeitet nicht mehr, eine geregelte Lebensmittelversorgung findet nicht mehr statt, das Verkehrswesen und sämtliche Kommunikationssysteme sind zusammengebrochen, es herrscht Mangel an den elementarsten Dingen. Die Menschen sind ständig unterwegs, unablässig mit der Organisation des Lebens beschäftigt und auf der Suche nach Überlebensmöglichkeiten. Viele haben ihre Häuser verlassen und ziehen, mit Vorräten und Decken beladen, in grossen Trupps irgendwo aufs Land, wo es noch bessere Lebensbedingungen geben soll. Jugendliche und Erwachsene besetzen leerstehende Häuser, plündern Geschäfte, und Horden von streunenden Kindern machen die Strasse unsicher. – Dieses Chaos der Strasse beobachtet eine ältere, alleinstehende Frau – sie ist die namenlose Erzählerin – vom Fenster ihrer Wohnung aus.

Doris Lessing: **Afrikanische Tragödie.** *Roman. (Originaltitel: The Grass Is Singing.) 240 S., S.-Fischer/Goverts-Verlag, Frankfurt am Main, 24 Fr.* **Nr. 301**

Doris Lessing wurde 1919 in Persien geboren, ist als Kind englischer Farmer in Südrhodesien aufgewachsen und kam

mit 30 Jahren nach England. 1950 veröffentlichte sie ihren ersten Roman, «The Grass Is Singing», ein Afrika-Roman, der zum Bestseller wurde. **Seither hat sie mehr als 20 Bücher veröffentlicht: Romane, Erzählungen, Berichte, Gedichtbände und Bühnenstücke.**

Doris Lessing: **Der Zauber ist nicht verkäuflich.** Afrikanische Geschichten. *382 S., Diogenes-Verlag, Zürich, 26 Fr.* **Nr. 302**

Doris Lessings *afrikanische Geschichten* sind geprägt von den Erfahrungen ihrer Kindheit und Jugend in Südafrika. Sie erzählt engagiert vom schwierigen Verhältnis zwischen Schwarzen und Weissen. **Sie beobachtet genau das brüchige Selbstbewusstsein der Weissen.**

Doris Lessing: **Der Mann, der auf und davon ging.** Erzählungen, Band 1. *433 S., Klett-Cotta, Stuttgart, 36 Fr.* **Nr. 304**

Textprobe aus der Phantastischen Erzählung *«Bericht über die bedrohte Stadt»:*

«Jeder im Sonnensystem weiss, dass diese Spezies sich in einem Prozess der Selbstzerstörung oder partieller Selbstzerstörung befindet. Das ist eine Krankheit dieser Gattung. Die grössten und mächtigsten Gruppierungen – sie bilden sich aufgrund ihrer geographischen Lage – werden völlig von ihren kriegerischen Zwecken beherrscht. Vielmehr *ist* jede Gruppierung ein kriegerischer Zweck, da ihre gesamte Wirtschaft, ihr individuelles Leben, all ihre Massnahmen dem Bedürfnis untergeordnet sind, einen Krieg vorzubereiten oder zu führen.»

Frau. Ein Handbuch *über Sexualität, Verhütung und Abteibung, Schwangerschaft, Geburt, Körper und Krankheit, Klimakterium und Alter. 309 S., Frauenbuchverlang, München, 19.80 Fr.* **Nr. 317**

Solange wir zuwenig über uns selbst, über unserern Körper wissen, solange wir die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen und unseren Reaktionen darauf nicht durchschauen, können wir medizinischen Autoritäten und Interpretationen nicht kritisch entgegentreten. Wir brauchen dieses Wissen, damit Krankheit nicht länger das private Resignieren ist gegenüber Verhältnissen, die uns krank machen.

Mit diesem Buch wird manches entmystifiziert und Neues mitgeteilt, Privates wird öffentlich gemacht, um einander zu helfen.

Dies Handbuch hat bereits das 30. Tausend erreicht – in einem Jahr – und dürfte wohl für Mann und Frau ein wichtiges Nachschlage- und Informationswerk sein.

Daniel Charles: **John Cage oder die Musik ist los.** *160 S. mit zahlreichen Abbildungen, Merve 87, Merve-Verlag, 12 Fr.* **Nr. 315**

Alle – Avantgarde, Rock-Musik, Free Jazz, Mimimal Art, Kulturmacher und Ideenmakler – bedienen sich gerne bei

Merve Verlag | Merve Verlag

John Cage. Er ist der Erfinder des präparierten Klaviers, des Musik-Happenings, der elektronischen Live-Musik. Denn *«alles Seiende, so wie es sich gerade ereignet, ist musikalisch, die Welt ist musikalisch».*

Er macht die leere Stille hörbar, gibt der Erotik der Stimme Raum, lässt den Zufall spielen oder auch 30 Schlagzeuge.

Gilles Deleuze: **Nietzsche, ein Lesebuch.** *128 S., Merve 84, Merve-Verlag. 8 Fr.* **Nr. 312**

Wer Nietzsche liest, ohne zu lachen, ohne viel zu lachen, ohne oft und manchmal wie verrückt zu lachen, für den ist es, als ob er Nietzsche nicht läse. Das gilt nicht nur für ihn, sondern für alle Autoren, die ebendiesen Horizont unserer Gegenkultur bilden . . . **Anstelle unsereres kleinen Narzissmus und der schrecklichen Schuldgefühle sprudelt aus grossen Büchern das Schizo-Lachen hervor,** und nicht der Signifikant . . . *«Wenn ihr das Buch in Beziehung zum Aussen bringt, entstehen Momente dionysischen Lachens, das ist das Denken in frischer Luft»* (G. Deleuze).

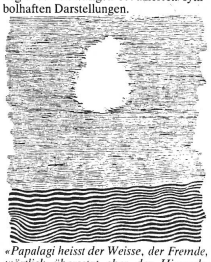
Weitere Titel aus dem Merve-Verlag:
Merve 78: Wolton, **Underground im Ostblock.** *Rock-Scene, Tramps und Gangs, Witze und Schiebereien. 9 Fr.* **Nr. 313**
Merve 61: Foucault, **Mikrophysik der Macht.** *Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin. 9 Fr.* **Nr. 314**

Ernst Callenbach: **Ökotopia.** *Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999. 224 S., Rotbuch-Verlag, Rotbuch 200, 12 Fr.* **Nr. 316**

In der Natur wird keine organische Substanz aufgebaut, wenn sie nicht auch wieder abgebaut werden kann; alles ist Teil eines Kreislaufs. **Wir sind im Jahr 1999.** Seit seiner Unabhängigkeit 1980 hat *Ökotopia* – die ehemaligen Weststaaten der USA – in Isolation gelebt. Jetzt kommt der erste Besuch, der Reporter William Weston. **Callenbach hat hier die in aller Welt erdachten oder versuchten Möglichkeiten alternativen Lebens zusammengetragen.** *«Es geht mal wieder los, liebes Tagebuch»* und *«Letzte Nacht habe ich es gewagt».* Alles, was dazwischenliegt, könnt ihr in diesem Buch nachlesen.

Der Papalagi: Die Reden des Südsee-Häuptlings Tuiavii aus Tiavea. *Illustriert von M. van Eerd-Schenk. 128 S. (kart.), Verlag Tanner & Staehelin, 9.80 Fr.* **Nr. 310**

In einer **Auflage von über 140 000** ist dieses Buch seit 1977 wieder greifbar, begleitet von einigen reduzierten symbolhaften Darstellungen.



«Papalagi heisst der Weisse, der Fremde, wörtlich übersetzt aber der Himmelsdurchbrecher; der erste Missionar, der in Samoa landete, kam in einem Segelboot; die Eingeborenen hielten das weisse Segelboot aus der Ferne für ein Loch im Himmel, durch das der Weisse zu ihnen kam – er durchbrach den Himmel.»

Günter/Rutzen: **Kulturkatalog.** *Alternative Kulturpraxis. 239 S., VSA-Verlag, Hamburg, 15 Fr.* **Nr. 311**

In diesem Kulturkatalog lässt sich so vieles finden, was in unsere zaghaften,

Kultur-Katalog

manchmal engagierten Versuche integriert werden kann, sozusagen als Gedankenstütze, Hinweis und Beweis für Möglichkeiten, die wohl vorhanden sind, aber auch genützt werden müssen. **Ergebnis der linken und alternativen K(r)ämpfe zusammengefasst** – soweit

Alternative Kulturpraxis

als eben möglich – und mit einer dicken Literaturliste zu jedem behandelten Kulturthema. Theater, Politik, Grüne, Flohmarkt und vieles mehr zwischen zwei Buchdeckel geklemmt, warten auf Leser . . . Kritiker und Optimisten . . .

Max Horkheimer (Hg.): **Nachdruck der «Zeitschrift für Sozialforschung».** Mit einer Einleitung von Alfred Schmidt in Band 1 und einem Gesamtregister in Band 9. Vollständiger dtv reprint der Originalausgaben. *9 Bände in Kassette, insgesamt 5366 S., 128 Fr.* **Nr. 305**

Nachdruck der »Zeitschrift für Sozialforschung«

Namen wie *Walter Benjamin, Theodor Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Max Horkheimer* prägten das Gesicht dieser Zeitschrift der dreissiger Jahre.

Rudolf Bahro

Rudolf Bahro: **Die Alternative.** *Zur Kritik des real existierenden Sozialismus (ungekürzte Studienausgabe). 544 S., kart., Bund-Verlag (früher EVA), 16.80 Fr.* **Nr. 318**

Das Thema Rudolf Bahro ist mit seiner Ausbürgerung in den Westen noch lange nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Heute sind wir direkt mit seiner Kritik des real existierenden Sozialismus angesprochen, müssen uns damit auseinandersetzen. Jetzt ist nicht nur seine «Alternative» in Buchform da, sondern Bahro als dessen Autor und Betroffener. In vielen Schweizer Städten ist Bahro unterwegs, seine Sozialismuskritik zu begründen und mit uns Alternativen zu besprechen und zu finden. Hier einiges an Informationslektüre, um Bahros Anliegen und Kritik kennenzulernen, sich damit auseinanderzusetzen:

Bahro-Kongress. *260 S., brosch., Olle & Wolter, 16.80 Fr.* **Nr. 321**

Rudolf Bahro: **Ich werde meinen Weg fortsetzen.** *Eine Dokumentation. 128 S., brosch., Bund-Verlag (früher EVA), 9.80 Fr.* **Nr. 319**

Ulf Wolter: **Antworten auf Bahro's Herausforderung.** *240 S., brosch., Olle & Wolter, 14.80 Fr.* **Nr. 320**

Bestellcoupon

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n).:

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Name

Str.

PLZ/Ort

Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandspesen) nach Erhalt der Bücher.